PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PSchA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 12.8.1975, fertiggestellt.

14. August 1975 3. Jg. Nr. 32 50 Pfennig

Stahlindustrie:

Ausbeutung gesteigert, Lohnabbau im Gange

Die Krupp-Kapitalisten haben den Wirtschaftsbericht für das 2. Quartal 1975 herausgegeben. Sie erwarten 20 % weniger Rohstahlerzeugung gegenüber dem Vorjahr. Das liegt nun nicht daran, daß kein Eisen mehr in der Erde zu finden ist, das gibt es noch genug. Auch nicht daran, daß die Menschen plötzlich kein Stahl mehr gebrauchen können, Möglichkeiten, Stahl zu benutzen, gibt es auch genug. Es kann also nur daran liegen, daß die Krupp-Kapitalisten derzeit kein Interesse haben soviel Stahl zu verkaufen wie letztes Jahr. Wie sie sagen, bringt der Stahlverkauf nicht genug “Erträge“. Sie drosseln also die Produktion, um für den verbleibenden Verkauf die Preise zu halten odergar noch auszubauen. “Angesichts dieser Situation hält die Unternehmensleitung an den Sparmaßnahmen im Personalbereich fest.“ (nach Handelsblatt vom 8.8.75) Innerhalb eines Jahres ist die Produktion von Rohstahlblöcken und -brammen in der BRD von 4 506 tausend Tonnen auf 3 169 tausend heruntergeschraubt worden. Der Umsatz in der eisenschaffenden Industrie ist aber nur von 3 738 Millionen Mark auf 3 716 Millionen Mark zurückgegangen. Gleichzeitig haben die Kapitalisten über 3 000 Arbeiter auf die Straße gesetzt und die Zahl der Kurzarbeiter um 46 450 erhöht auf 55 795. (Vergleichsmonate Mai 74 und 75, nach: Statistischer Wochendienst, Heft 29/75) Noch im Herbst letzten Jahres waren folgende Worte zu hören: “Wir werden das Rekordjahr 1969/70 überbieten.“ (Thyssenvorsitzender), oder: “Die Kapazitäten bleiben hinter dem Bedarf zurück.“ (Klöcknervorsitzender)

Für die Arbeiter hieß es damals Sonderschichten, Überstundenschinderei und verschärfte Antreiberei. Heute, nachdem aus den Arbeitern und den Anlagen herausgeholt wurde was nur geht, heißt es plötzlich: “Kapazitäten nicht ausgelastet, unzureichende Auftragseingänge, rückläufige Produktion“ usw. Der Krupp-Bereich ist voll davon. Kapazitäten, die im September nicht ausreichten, liegen brach, von keinem genutzt. Statt Überstunden: Kurzarbeit, statt Sonderschichten: Entlassungen, das steht jetzt auf der Tagesordnung. Nur an der Antreiberei während der Arbeit hat sich nichts geändert, sie wurde weiter verschärft.

Das Produktionsergebnis pro geleisteter Arbeitsstunde sei gestiegen, stellt das Statistische Bundesamt fest, von 127,7 im April 1974 auf 130,6 im April 1975 (1970 = 100). Es ist also keineswegs so, daß die Arbeiter an den “unausgelasteten Kapazitäten“ auch “unausgelastet“ sind. Eine Resolution des Klöckner-Vertrauensleutekörpers spricht von 4 bis 5 % Produktivitätszuwachs in der Stahlindustrie. Produktivitätszuwachs heißt mehr Tonnen pro Stunde, heißt mehr Schweiß für die Arbeiter, schnellerer Verschleiß ihrer Arbeitskraft. Das reicht den Kapitalisten nicht, die “Sparmaßnahmen im Personalbereich“ sollen weiter getrieben werden.

Letztes Jahr mußten die Stahlkapitalisten 9 Prozent und einen “Bonus“ von 600 Mark zahlen. Dieses Mal wollen sie weder etwas von Lohnerhöhungen so um die 10 Prozent noch von einem “Bonus“ wissen. Sie schreien nach einer Lohnpause und wollen in den kommenden Tarifauseinandersetzungen die Lohnerhöhungen unter die Inflationsrate drücken. Die Stahltarife sind die ersten, wo sie es versuchen werden. Unterstützt werden die Stahlkapitalisten dabei von allen anderen Kapitalisten, von ihren Professoren und Politikern. Ihren Wissenschaftlern wird jede Lumperei recht sein, um die Welt auf den Kopf zu stellen und um zu behaupten, die Arbeiter seien “Kostenfaktoren“, die verringert werden müssen. Kein Wort wird man über die tatsächlichen Verhältnisse von ihnen lesen können, daß es die Arbeiter sind, die allen Reichtum produzieren und ohne sie nichts läuft.

Die Belegschaften in der Stahlindustrie werden bis zum 15. Oktober ihre Forderungen diskutieren und beraten, welche aufgestellt werden müssen. Gegen diese Forderungen werden alle Kapitalisten ein großes Geschrei anstimmen und alle ihre Zeitungen fallen ein. Das wird auf die Stahlarbeiter dann keine Wirkung zeigen, wenn sie sich der Solidarität aller Arbeiter gewiß sein können. d.b.

Wahlkampf „brutal”

Der Bremer Landesverband der SPD hat Strafanzeige gestellt. Gegen Unbekannt, gegen drei Personen und gegen den KBW gleichzeitig. Nachdem die Bremer Lokalblätter schon letzte Woche hingelangt haben, meldet es letzten Montag auch die “Frankfurter Rundschau“. Nicht mehr demokratisch, fair und sachlich ist der Landtagswahlkampf in Bremen, sondern “brutal“.

Besonders “brutal“ sind die Anhänger des KBW, und davon am wildesten die Frauen. Die “Frankfurter Rundschau“ läßt 'Augenzeugen' berichten. Diesen Trick benutzt die bürgerliche Presse gern, wenn Lügen so dick sind, daß sie kein Reporter direkt verantworten mag. Jedenfalls berichten diese 'Augenzeugen', daß “haßerfüllte, militante KBW-Miezen“ auf sozialdemokratischen Veranstaltungen Politiker angreifen würden. Weiterhin wird berichtet, daß alle Wahlplakate der SPD überklebt worden wären.

Was hat es auf sich mit der “Brutalität“ und den “Miezen“? Auf SPD-Plakate, die Bremen als Ferienland anpreisen, wurde ein Zettel geklebt: “Die Sozialmieten für 76 haben wir schon erhöht. Weiter fordern wir: Die Straßenbahn muß teurer werden! Strom, Gas und Wasser müssen teurer werden!“ Das ist fast wörtlich aus dem “Bremen-Plan“ der SPD abgeschrieben. Die SPD-Presse empfindet es als brutal, daß auf Wahlplakaten auf diese Absicht der SPD-Regierung hingewiesen wird. Die Partei selber stellt deswegen Strafantrag. Heruntergekommen ist diese Partei, die sich durch den Staatsanwalt davor schützen lassen will, daß ihre **eigenen Erklärungen** auf ihren **eigenen Plakaten** zu lesen sind. Sowieso, verglichen mit der Plünderung der Arbeiterhaushalte, die diese Landesregierung in ihrem Programm stehen hat, ist das Verkleben eines Zettels wirklich eine äußerst milde, ausgesprochen sanfte Kritik. Man kann sich vorstellen, was diese Politiker sagen werden, wenn die Volksmassen zu lebhafteren Mitteln der Gegenwehr greifen. Sie werden sie als Tiere bezeichnen – und behandeln.

Das kann man auch der Äußerung mit den “Miezen“ entnehmen. Besser gesagt, da geht es schon an. Wie es scheint, sind die Häuptlinge der Bremer SPD schon so weit, daß sie sich Frauen nicht mehr **auf** politischen Veranstaltungen, sondern bloß **nach** Veranstaltungen und nicht mehr als Politikerinnen, sondern bloß noch als “Miezen“ vorstellen können.

Wir Kommunisten haben allen Grund, uns wohl zu fühlen, wenn bürgerliche Politiker uns unter die 'Brutalen' rechnen, die nicht schweigend zusehen, wie den Volksmassen der Pfennig aus der Tasche gezogen wird. Und auch unsere weiblichen Mitglieder werden sich nicht grämen, wenn sie in der sozialdemokratischen Presse von jenen sanften Geschöpfen unterschieden werden, die geeignet sind, führenden Sozialdemokraten nach Veranstaltungen Entschädigung für die Mühsal des Volksbetruges zu bieten. Dann schon lieber “haßerfüllt“ und “militant“.

Jedenfalls meldet die “Frankfurter Rundschau“, daß die SPD den Staatsanwalt eingeschaltet hat. Um der “Brutalität“ Schranken zu setzen. So daß jetzt auf den SPD-Plakaten nicht bloß Lügen zu lesen sein werden, sondern gesetzlich geschützte, polizeilich gesicherte und staatsanwaltlich behütete Lügen. Also Lügen höherer Weihe.

Es ist zu erwarten, daß die Volksmassen nicht recht einsehen werden, warum derartig hoch geweihte Lügen Vorzug vor schlichter Wahrheit haben sollen. Deswegen sind seit Wochen schon die Straßen Bremens voller Polizei. Damit die bürgerlichen Politiker einen 'fairen und sachlichen Wahlkampf' führen können. Kritik an der bürgerlichen Lügenpropaganda wird einfach abgeräumt. Allein letztes Wochenende wurden wieder so um die fünfzehn von der Polizei festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Daß dies nötig ist, darüber herrscht im Lager der bürgerlichen Parteien kein Zweifel. Der Spitzenkandidat der CDU sagt es: “Alle demokratischen Parteien müssen sich gemeinsam gegen die Verrohung der politischen Sitten wehren.“

Die konkret vorgefallene Verrohung bestand darin, daß auf SPD-Plakaten SPD-Absichten bekanntgemacht wurden. Und daß bei verschiedenen Gelegenheiten bürgerlichen Politikern von “haßerfüllten, militanten KBW-Miezen“ die eine oder andere schwierige Frage gestellt wurde.

Diese Sorte “Verrohung“ wird zweifellos Fortschritte machen, denn sie entspricht den Interessen der Volksmassen, die sanften politischen Sitten, die mit dem Polizeiknüppel verbreitet werden müssen, nicht.

Die Regierung Goncalves kann die Krise der revolutionären Entwicklung nicht lösen

Weitere Artikel über Portugal auf Seite 3 und Seite 8

In Portugal ist Ende letzter Woche eine neue Regierung unter Ministerpräsident Goncalves gebildet worden. Die Kräfte, auf die sich diese 5. Regierung nach dem Sturz des Caetano-Regimes stützen kann, sind schmaler als je zuvor.

Die Organisationen auf der äußersten Rechten sind dazu übergegangen, Bomben zu legen, Sabotageakte durchzuführen und Provokationen zu organisieren. Sie bereiten die offene Konterrevolution vor. Die beiden sozialdemokratischen Parteien PPD und PSP, die aus der letzten Regierung Goncalves ausgeschieden sind und dadurch die Regierungskrise ausgelöst haben, haben sich auch gegen die neue Regierung ausgesprochen und fordern eine Regierung, die Freiheit für alle garantiert, also auch für die Reichen bei der Ausbeutung der Armen.

Und auch bei den revolutionären Organisationen findet die Regierung Goncalves keine Unterstützung. Unterstützt wird sie vorbehaltlos nur durch die revisionistische PCP und die ihr nahestehende MDP.

Die Bewegung der Streitkräfte steht nicht geschlossen hinter der neuen Regierung

Auch auf die Unterstützung der ganzen Armee oder doch der gesamten Bewegung der Streitkräfte (MFA) kann die neue Regierung nicht bauen. Eine Gruppe von Offizieren um den ehemaligen Außenminister Antunes, die den Sozialisten nahesteht, hat eine Erklärung herausgegeben, die direkt gegen die jetzige Regierung gerichtet ist. Unter den Offizieren werden Unterschriften für diese Erklärung gesammelt. Gleichzeitig hat sich der Chef der Sicherheitstruppe COPCON, Otelo de Carvalho, Mitglied des Dreier-Direktoriums der MFA, geweigert, als stellvertretender Ministerpräsident in die neue Regierung Goncalves einzutreten.

Die schmale Basis, auf die sich die Regierung Goncalves unter den politischen Kräften Portugals stützen kann, wird auch keineswegs ausgeglichen durch ein kühnes Programm, das die entscheidenden Aufgaben der Revolution anpackt und geeignet wäre, neue Kräfte zu gewinnen. In der Presse und den Nachrichtendiensten ist über das Programm der neuen Regierung wenig zu erfahren. Bekannt geworden ist lediglich, daß sie auf ihrer ersten Sitzung einige weitere Verstaatlichungen beschlossen hat. Von durchgreifenden Maßnahmen zugunsten der Bauern und von Schritten gegen das ausländische Kapital ist keine Rede. Bis hin zum Staatspräsidenten Costa Gomes wird diese neue Regierung als nicht dauerhaft, sondern als “Übergangsregierung“ betrachtet.

In der Isolierung der neuen Regierung kommt zum Ausdruck, daß die Kräfte, die bisher in der Regierung zusammengegangen waren, auseinanderstreben. Es gibt kein klares, von den Massen getragenes Programm für eine Regierung, die alle fortschrittlichen und revolutionären Kräfte gegen die Reaktion zusammenschließen könnte. Das ist die eine Seite.

Die Tatsache aber, daß überhaupt eine solche Übergangsregierung zustandekam und daß die nicht in der Regierung vertretenen Kräfte nicht direkt zum Bürgerkrieg und zum Staatsstreich greifen, sondern lediglich einen Wechsel in der Führung zu erzwingen suchen, diese Tatsache drückt aus, daß die objektiv zur Lösung anstehenden Aufgaben nach wie vor einen Rahmen bilden, innerhalb dessen Reformisten und Revisionisten um die Führung kämpfen. Personell ausgedrückt kämpfen sie darum, ob Goncalves oder Antunes Ministerpräsident sein soll.

Tatsächlich können weder Revisionisten noch Reformisten das Volk bei der Lösung der revolutionären Aufgaben führen, seine Kräfte freisetzen und eine Einheit herstellen. Beide spalten die Einheit des Volkes.

Aufmarsch der Reaktion

Aber obwohl sie nicht mehr miteinander gehen können, können sie auch nicht mit allen Mitteln gegeneinander: Die Sozialisten – obwohl sie zuerst zu Massenaufmärschen gegen die Revisionisten und gegen Goncalves aufgerufen und damit der offenen Reaktion die Schleusen geöffnet hatten – kritisieren jetzt die “Übergriffe“ von Reaktionären gegen die Parteibüros der Revisionisten. Und die Revisionisten, die sich viele Posten im Staatsapparat erschlichen hatten, spüren ihre Schwäche unter den Massen und werden nicht müde, den Reformisten Angebote zum gemeinsamen Vorgehen zu unterbreiten. Zwischen beiden besteht eine Art Patt, das nur durch eine revolutionäre Führung auflösbar ist.

Die offene Reaktion nutzt diese Lage. Im ganzen Norden Portugals predigen die Pfaffen die Konterrevolution. In Coimbra verkündete der Bischof vor der Kathedrale, die Kirche werde jetzt auf die Straße gehen, dies sei für Christen die *“Stunde der Tat“* (Der Spiegel Nr. 33/1975). Damit erteilte der Bischof seinem gläubigen Kirchenvolk die Generalabsolution für alle möglichen Schandtaten. Überfälle auf die Parteibüros der Revisionisten sind an der Tagesordnung. Selbst die “Frankfurter Allgemeine Zeitung“ kommt nicht umhin, festzustellen: *“Unter den Massen, die jetzt die Parteilokale überfallen und anzünden, befinden sich sehr viele Anhänger der alten Diktatur und wohl auch Rowdys.“* In Lissabon explodierte eine Bombe im Landwirtschaftsministerium. Gelegt hatte sie der Zimmermann Resende. Er *“war früher Mitglied der faschistischen 'Portugiesischen Legion'; anscheinend explodierte ihm die Bombe, die er legen wollte, in den Händen. Resende soll häufig nach Spanien gefahren sein und dort Kontakt gehabt haben mit dem unter dem Vorwurf des Betrugs und Devisenvergehens für kurze Zeit verhafteten und dann wieder freigelassenen portugiesischen Großbankier und Finanzier Brito.“* (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. August)

In der westdeutschen bürgerlichen Presse werden die Überfälle auf die Parteibüros der Revisionisten im Norden Portugals als “Ausschreitungen“ bezeichnet. Angedeutet wird, daß es sich dabei um Provokationen organisierter Konterrevolutionäre handelt. Die “Süddeutsche Zeitung“ berichtet von einer Kundgebung mit 50 000 Katholiken in Braga am Sonntag, während das Parteibüro der PCP anschließend von 500 zerstört worden sei. Dabei schwingt in der Berichterstattung die Sorge mit, die offene Reaktion könnte zu weit gehen und gerade dadurch den revolutionären Kräften zur Entfaltung verhelfen, wie das schon zweimal, bei den Putschversuchen im September 1974 und im März 1975, geschehen ist. Aus Porto, der größten Stadt des Nordens, wurde gemeldet, daß dort am vergangenen Mittwoch 10 000 bis 20 000 gegen die Reaktion demonstriert hätten.

W.M.

Die Auswirkungen des neuen Konjunkturprogramms

Vorwiegend den Baukapitalisten sollen die fünf Milliarden zugute kommen, die die Bundesregierung für ein neues Konjunkturprogramm Ende August vorgesehen hat. Weitergehende Vorstellungen, welche Maßnahmen die Regierung ergreifen müsse, um den Kapitalisten aus der Krise zu helfen, sind Gegenstand der Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen Parteien.

Soweit bisher bekannt, soll das für Ende August geplante Konjunkturprogramm einen Betrag von 5 Milliarden Mark umfassen. Der Sprecher der Bundesregierung hat gleich hinzugefügt, man solle sich davon nicht zu viel erwarten. Eigentlich handle es sich bei diesem Konjunkturprogramm nur um ein "Überwinterungsprogramm" für die Bauindustrie.

Entsprochen wird damit der Forderung der Baukapitalisten, deren Verbandssprecher Brunner schon vor Wochen die Regierung aufgefordert hat, zehn Milliarden für die Bauindustrie bereitzustellen. (Wirtschaftswoche, 25.7.)

Wie ist die Lage in der Bauindustrie? Sie wurde von allen Branchen am schärfsten in die Krise hineingerissen und hat auch die größte Zahl der Konkurse. Während in der Gesamtindustrie im März 1975 die Beschäftigten auf 90,4 % des Beschäftigtenstandes gegenüber dem Jahre 1970 abgebaut worden waren, betrug die entsprechende Zahl für das Bauhauptgewerbe 79,5 %. Rund jeder vierte beim Baugewerbe Beschäftigte ist inzwischen entlassen worden. Während die Produktion in der Gesamtindustrie im Mai 1975 auf 97,7 % gegenüber der Produktion im Jahre 1970 gefallen war, betrug die entsprechende Zahl für das Bauhauptgewerbe 85,1 %. Während in der Gesamtindustrie die Auslastung der Kapazitäten rund 75 % beträgt, liegen im Baugewerbe fast 50 % der Produktionsmittel brach und finden keine Verwendung.

Dementsprechend ist beim Bau die Konkurrenz gegenwärtig besonders scharf und versuchen die Baukapitalisten durch Konzentration und Rationalisierungen ihre Lage zu verbessern. Notwendig ist für sie dabei, daß ein großer Teil der Produktionsmittel in dieser Branche vernichtet wird, damit das restliche Baukapital seine Waren wieder auf dem Markt absetzen kann. Folgendes Zitat der "Wirtschaftswoche" kennzeichnet diese Situation: *"Schoben sich früher die Baufirmen bei Ausschreibungen die fetten Aufträge wie Spielbälle gegenseitig zu, heute liefern sie sich fatale Preiskämpfe."* *(Wirtschaftswoche 6.9.1974)*

Entlassungen und Vernichtung von Produktivkräften: Das Krisenprogramm der Baukapitalisten

Untersuchen wir, welche Auswirkungen die "Überwinterungsmaßnahme" der Bundesregierung für die Arbeiter in der Bauindustrie haben wird. Diese selbst behauptet, daß so Arbeitsplätze gesichert werden könnten.

"Etwas mehr als die Hälfte der Mittel, nämlich 2,6 Milliarden Mark, sollen zu einem Sonderprogramm für die Altbausanierung und einem Neubauprogramm für etwa 50 000 bis 100 000 Wohnungen zusammengestellt werden." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.8.) Erhalten sollen die Gelder also jene, die ihre Altbauwohnung sanieren, ein Haus bauen oder eine Eigentumswohnung kaufen wollen. Über diese Aufträge soll dann die Bauindustrie saniert werden, insbesondere der Hochbau, dem diese Gelder zugute kommen.

Wird durch diese Aufträge der ruinöse Konkurrenzkampf in der Bauindustrie, der die Arbeiter aufs Pflaster wirft, die Vernichtung von Produktionskräften in der Bauindustrie und die Konzentration in diesem Bereich aufgehalten oder auch nur abgemildert werden? All dies wäre Voraussetzung dafür, daß die Bundesregierung recht hätte, wenn sie behauptet, ihr "Überwinterungsprogramm" erhalte Arbeitsplätze.

All dies wird nicht der Fall sein. Denn tatsächlich ist die Lage so, daß die riesigen Überkapazitäten in der Bauindustrie vernichtet werden müssen, damit die Baukapitalisten aus dem vorhandenen Kapital wieder genug Gewinne herausholen. Denn solange so viel Kapital brach und unbeschäftigt herumliegt, drückt dies ihre Gewinne und verhindert, daß sie aus der Krise herauskommen. Der Weg aus der Krise kann für die Baukapitalisten also nur darin bestehen, daß nach der einen Seite durch Konkurse und Konzentration die brachliegenden Produktionsmittel vernichtet werden, während sie auf der anderen Seite gleichzeitig versuchen, durch Rationalisierungsmaßnahmen aus den Arbeitern höhere Gewinne herauszuholen.

Ganz dementsprechend hat der Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie zu den Milliarden auch erklärt, diese *"würden es uns ermöglichen, unsere Kapazitäten langsamer abzubauen"*. (Wirtschaftswoche, 25.7.) Erklärt hat er damit, daß die Baukapitalisten nur über eine Vernichtung von Produktivkräften aus der Krise herauskommen, und wie das vergangene Jahr gezeigt hat, geht dies Hand in Hand mit der Entlassung von beim Bau Beschäftigten. Bewirken werden die staatlich geförderten Bauaufträge so nur, daß dieser Weg für die Baukapitalisten leichter wird und mit weniger Gewinneinbußen verbunden ist.

Mit dem langsameren Abbau der Kapazitäten hat es aber im wesentlichen auf sich, daß der Verband der Baukapitalisten hofft, durch die 2,6 Mrd. könnten spektakuläre Zusammenbrüche großer Baufirmen vermieden werden, so daß die Vernichtung der Produktivkräfte und die Konzentration in der Bauindustrie in ruhigen Bahnen und ohne zu großes öffentliches Aufsehen vor sich gehen kann.

Kassieren werden die Aufträge hauptsächlich die Großen, wodurch die Konzentration in der Bauindustrie begünstigt wird.

Arbeitsplätze werden durch diese 2,6 Mrd. also weder geschaffen noch erhalten, sondern sie bewirken, daß es den Baukapitalisten leichter gemacht wird, die Zeit zu überbrücken, bis die Überkapazitäten in der Bauindustrie, die auf die Gewinne drücken, abgebaut sind. Konnten die Kapitalisten die Investitionsprämie direkt für Rationalisierungsinvestitionen nutzen, so werden die Baukapitalisten eben jetzt die Gewinne aus den staatlich finanzierten Bauaufträgen zur Finanzierung ihrer Rationalisierungsmaßnahmen verwenden. Nutzen werden sie diese Rationalisierungsmaßnahmen wiederum, um neue Entlassungen vorzunehmen.

Am Wohungsbau verdienen Baugesellschaften und Spekulanten

Als zweites behauptet die Regierung, durch dieses Konjunkturprogramm stütze sie den Wohnungsbau, wodurch diese Gelder zum Nutzen der Lohnabhängigen seien.

Aber auch dieses Argument stimmt nicht. Damit man von diesen Geldern etwas erhält, muß man gerade ein Haus bauen oder eine Eigentumswohnung kaufen wollen oder Besitzer einer Altbauwohnung sein. Bekanntlich wohnt aber der größte Teil der Lohnabhängigen in Mietwohnungen und meist teuer und schlecht obendrein.

Wer also außer den Baukapitalisten wird von diesen Geldern profitieren? Wie man weiß, sind Altbauwohnungen ein beliebtes Objekt von Bauspekulanten, denen teilweise gleich ganze Straßenzüge gehören. Diese werden, wenn sie überhaupt sanieren, die Gelder kassieren und für die erfolgte Sanierung den Mietern obendrein höhere Mieten berechnen. So kassieren sie die Sanierungskosten gleich zweimal, während die Mieter sie doppelt bezahlen: einmal durch ihre Steuern, aus denen diese 2,6 Milliarden stammen, und zum anderen durch Mieten.

Noch offensichtlicher profitieren vor allem die Kapitalisten und Reichen von dem Teil der Gelder, der für den Bau von 50 000 bis 100 000 Neubauwohnungen vorgesehen ist. Erhalten kann diese Gelder nur, wer jetzt bauen oder eine Eigentumswohnung kaufen will. Das trifft natürlich für die Masse der Lohnabhängigen gerade in der Krise nicht zu, denn wer wird bei der gegenwärtigen Unsicherheit des Arbeitsplatzes die Schulden eines Hausbaues auf sich nehmen können?

Wohnungen im übrigen stehen, wie das Wirtschaftsministerium zugestehen mußte, genug leer: rund eine viertel Million, die nicht verkäuflich sind. *"Im übrigen wachse die 'Wohnungshalde' zur Zeit noch weiter an, da Eigentumswohnungen zur Zeit nur schleppend verkauft würden"*, schreibt dazu die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 8.8. Nicht verkauft können diese Wohnungen werden, weil sie zu teuer sind und den Lohnabhängigen das Geld zum Kauf fehlt, obwohl diese mehr und besseren Wohnraum durchaus brauchen könnten.

So wird es mit diesen Geldern für den Wohnungsbau so ausgehen, daß diese von den großen Wohnungsbaugesellschaften, wie zum Beispiel die Neue Heimat, kassiert werden und daß sich die Masse der nicht verkaufbaren Wohnungen erhöht.

Ein weiterer großer Teil der 5 Milliarden ist vorgesehen für Aufträge zur "Modernisierung" von Post und Bundesbahn. Was mit dieser "Modernisierung" gemeint ist, kann leicht erraten werden, sind beide doch gerade mit Vehemenz dabei, durch scharfe Rationalisierungen Tausende zu entlassen und die Arbeitshetze ungeheuer zu verschärfen.

Als Ergebnis haben wir so, daß dieses 5-Milliarden-Programm vorwiegend den Baukapitalisten und den Spekulanten im Wohnungsbau beim "Überwintern" hilft, während es für die Lohnabhängigen keine Verbesserung ihrer Lage mit sich bringt und die Arbeitsplätze beim Bau nicht sicherer macht.

Die Kapitalisten fordern ein umfassendes Krisenprogramm

Die Kapitalisten und die Opposition stimmen nun der Bundesregierung darin zu, daß dieses 5-Milliarden-Programm nicht genügt, um den Kapitalisten aus der Krise zu helfen.

Dabei gehen die Kapitalisten davon aus, daß die *"stark steigenden Lohn- und Sozialkosten"* sowie die *"steuerliche Belastung der Unternehmen"* (Pressemitteilung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, BDI, vom 4.8.) der Grund der Krise sind. Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Sohl, hat erklärt, daß diese Milliarden des neuen Konjunkturprogrammes *"zwar in einigen Branchen bruchartige Entwicklungen auffangen, aber insgesamt nicht zu der gesamtwirtschaftlich notwendigen Klimaverbesserung führen"* würde (BDI-Pressemitteilung, 4.8.).

Um diese "Klimaverbesserung" zu erreichen, fordern sie von der Bundesregierung ein Krisenprogramm, das ihnen möglichst viel Steuergelder aus dem Staatshaushalt zukommen läßt und das gleichzeitig staatlich verordnete Lohndrückerei und die Kürzung der Sozialausgaben für die Lohnabhängigen und Steuererleichterungen für die Kapitalisten vorsieht.

Zum offenen Fürsprecher dieser Forderungen der Kapitalisten hat sich die CDU/CSU und in der Regierung der Wirtschaftsminister Friderichs gemacht. Dieser hat *"jetzt dafür plädiert, die Diskussion über die Konjunktur um einige grundsätzliche Erörterungen zu verbreitern"* (Frankfurter Allgemeine Zeitung 7.8.), worunter er versteht, *"die Rahmenbedingungen in der Ordnungs-, Sozial- und Einkommenspolitik so wiederherzustellen, daß sich ein besseres Investitionsklima entfalten kann"*. (Frankfurter Allgemeine Zeitung) Als praktische Vorschläge dazu hat er unterbreitet: Steuererleichterungen für die Kapitalisten *"sowie eine Durchforstung der Sozialausgaben"* (Spiegel, 11.8.).

Auch aus dem Finanzministerium des SPD-Ministers Apel haben die Kapitalisten Schützenhilfe für ihre Forderungen gegenüber der Regierung erhalten. Der wissenschaftliche Beirat des Ministeriums legte zu Beginn der Woche ein Gutachten "zur Lage und Entwicklung der Staatsfinanzen" vor. Dabei stellen die Finanzwissenschaftler fest, die Staatsfinanzen kämen nur dann wieder in Ordnung, wenn die Ausgaben bei möglichst gleichzeitiger Erhöhung der Steuereinnahmen abgebaut würden. Im "Handelsblatt" kann man dazu lesen: *"Hans Apels Beiräte legen das Schwergewicht ihres Defizitminderungsplädoyers auf die Kürzung von Ausgaben und die effizientere Produktion staatlicher Leistungen. Steuererhöhungen sind für die Finanzwissenschaftler 'ultima ratio'."* (Handelsblatt, 11.8.)

Vorgeschlagen hat der Beirat dabei folgende Maßnahmen: Die Lohnabhängigen und die Rentner sollten sich an den Kosten bei Krankheit selbst beteiligen, die Bundeszuschüsse an die Rentenversicherung müßten gekürzt, an der Ausbildungsförderung für die Jugend müßte gespart und die Preise für staatliche Dienstleistungen müßten "kostengerecht" erhöht werden. Vorgeschlagen haben sie weiterhin die Erhöhung verschiedener indirekter Steuern (Tabak, Benzin, Branntwein) sowie als letztes Mittel eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2 %.

Es ist leicht zu sehen, daß diese Vorschläge weitgehend den Forderungen der Kapitalisten entgegenkommen, denn sie beinhalten einen Abbau der Sozialleistungen für die Lohnabhängigen, der Ausgaben der Bildung für die Jugend und eine Erhöhung der Ausplünderung der Lohnabhängigen durch indirekte Steuern. Bezahlen müssen die indirekten Steuern zum größten Teil immer die Lohnabhängigen, da die Kapitalisten diese Steuern auf die Preise überwälzen.

Während CDU/CSU und FDP sich offen zu Vertretern eines umfassenden Krisenprogrammes, wie es die Kapitalisten fordern, aufgeschwungen haben, kann dies die SPD, die unter den Arbeitern und Angestellten ihre Wählerbasis hat, nicht so leicht.

Uneinigkeit über den Weg

Die SPD muß folgenden Widerspruch lösen: Um den Forderungen der Kapitalisten zu entsprechen, muß sie die staatlichen Ausgaben für die Lohnabhängigen kürzen und diesen gleichzeitig mehr Geld aus den Taschen ziehen, das sie mit Konjunkturprogrammen den Kapitalisten gibt. Gleichzeitig muß sie die Lohnabhängigen glauben machen, daß all dieses in ihrem Interesse sei.

Bisher hat die SPD versucht, sich so aus der Affäre zu ziehen, daß sie immer nur zu einzelnen Forderungen der Kapitalisten Stellung bezogen und einzelne Forderungen der Kapitalisten in die Tat umgesetzt hat. Dazu gehört die geplante Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes, ein Diskussionspapier zum Abbau der Sozialleistungen, Angriffe auf die Beschäftigten im öfentlichen Dienst, Sparmaßnahmen im Bildungsbereich und die bisher verabschiedeten Konjunkturprogramme.

Vermieden hat sie, ein umfassendes Krisenprogramm auf den Tisch zu legen, denn sonst wäre leicht zu erkennen, was gespielt wird. Diese Vorgehensweise der SPD-Regierung hat für sie bisher den Vorteil gebracht, daß sie jede einzelne Krisenmaßnahme damit rechtfertigen konnte, Schlimmeres müsse verhindert werden. Der Zusammenhang der einzelnen Krisenmaßnahmen und das dahinter stehende Konzept ist so schwerer zu erkennen.

Einig sind sich die bürgerlichen Parteien darin, daß der Weg aus der Krise nur über die Erhöhung der Gewinne für die Kapitalisten und zu Lasten der Lohnabhängigen gehen kann. Das haben die bisherigen Krisenmaßnahmen drastisch gezeigt. Uneinigkeit herrscht darüber, wie man dabei vorgehen muß, damit diese Krisenmaßnahmen nicht auf immer schärferen Widerstand unter den Lohnabhängigen treffen.

–e.r.–

Mehr verdienen an leerstehenden Wohnungen

Bei der Planung des neuesten Konjunkturprogramms kam es zu einer bemerkenswerten Auseinandersetzung zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Bundeswohnungsbauministerium. "Im Bundeswirtschaftsministerium wird befürchtet", so meldet die "Frankfurter Allgemeine", "daß jedes Neubauprogramm die 'Wohnungshalden'. von 250 000 unverkäuflichen Wohnungen vergrößern würde." Dem wurde von seiten des Bauministeriums entgegengehalten, "daß ein Neubauprogramm weniger Mittel in Anspruch nehme als der ebenfalls erwogene Abbau der Wohnungshalden". (Frankfurter Allgemeine, 7.8.75) Mit anderen Worten: Es ist für den Staat billiger und für die Wohnungsbaukapitalisten profitabler, neue Wohnungen zu bauen, die dann ebenfalls leerstehen, als von Staats wegen die horrenden Zuschüsse zu zahlen, die notwendig wären, damit ein normaler Lohnabhängiger die Miete für diese Wohnungen aufbringen kann. Auf die naheliegendste und billigste Lösung sind beide Ministerien nicht gekommen: Die leerstehenden Wohnungen den Kapitalisten und Spekulanten wegzunehmen und sie den wohnungssuchenden Arbeitern und Angestellten billig zur Verfügung zu stellen. Man begreift: Für diese Lösung braucht man einen anderen Staat.

Friderichs: Vielen Unternehmern geht es besser als im Vorjahr

"Den meisten Managern der Großunternehmen geht es in diesem Jahr nicht schlechter als im vorigen Jahr. Vielen geht es besser. Aber betroffen worden sind die Unternehmen" von zu hohen Lohnkosten und Steuern. Das hat Bundeswirtschaftsminister Friderichs im "Spiegel" vom 11.8. zum Besten gegeben. – Die Sache ist es wert, im Betrieb ausgehängt zu werden. So offen wird selten gesagt, daß es den Unternehmern persönlich glänzend geht, während verschiedene Unternehmen Pleite machen, Arbeiter auf der Straße liegen und das Professorengesindel den Arbeitern mit dem Zwang zur Sparsamkeit die Ohren vollhängt, um sie zu verleiten, ihre Arbeitskraft billiger zu verkaufen.

Kaffee, Tee und Tabak unerschwinglich

Die westdeutschen Lohnabhängigen haben sich schon 1974 mit Kaffee, Tee und Tabak einschränken müssen. Trotz relativ niedrigerer Preise und zahlreichen Sonderangeboten sind nur 4,05 Kilogramm Kaffee pro Kopf gekauft worden (4,25 Kilogramm 1973). Der Teeabsatz ging von 165 Gramm 1973 auf 142 Gramm 1974 zurück. Der Zigarettenabsatz sank um 1,8 Prozent. Kaffee, Tee und Zigaretten werden mit fortschreitender Krise für große Volksmassen immer mehr zu unerschwinglichen Genußmitteln (nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. August).

Staatliche Sozialhilfe

Von jeder Mark, die durch das Sozialhilfegesetz aus Steuergeldern für Bedürftige bereitgestellt wird, entfallen 34 Pfennig auf Verwaltungskosten. Das teilte das DGB-Vorstandsmitglied Schmidt vor der Presse mit. (nach: Frankfurter Rundschau, 4.8.75)

Studenten müssen am Essen sparen

Die westdeutschen Studenten müssen an der Nahrung sparen. Im Vergleich zu 1973 geben sie nur 4,8 Prozent mehr Geld für Lebensmittel aus, obwohl die Lebensmittelpreise seitdem um 16 Prozent gestiegen sind. Das sind Ergebnisse einer Studie über Kaufkraft und Freizeitverhalten Göttinger Studenten. Das Durchschnittseinkommen liegt danach bei 584 DM monatlich bei den weiblichen und bei 604 DM bei den männlichen Studenten. Das sind etwa 100 Mark mehr als der Höchstsatz der Bundesausbildungsförderung: 41 Prozent erhalten Zuwendungen von den Eltern, 17 Prozent arbeiten neben dem Studium. Für den Rest liegt das Einkommen erheblich niedriger (nach Frankfurter Allgemeine, 8.8.75)

Über 5 000 Polizisten in Heidelberg zur Durchsetzung der Fahrpreiserhöhungen

5 342 Polizeibeamte aus dem gesamten Bundesgebiet mußten an sieben Einsatztagen in Heidelberg gegen die Bevölkerung aufgeboten werden, um die Fahrpreiserhöhungen durchzusetzen. Das ist einem Bericht der Heidelberger Polizei für das Innenministerium in Stuttgart zu entnehmen (nach Frankfurter Rundschau, 11.8.75). Obwohl damit auf je 20 Einwohner unter Einschluß von Kindern und Bettlägerigen ein Polizist losgelassen wurde, kommt der Bericht zu dem Schluß, daß "die Bevölkerung überwiegend auf Seiten der Polizei" gestanden habe. Wie diese Unterstützung der Bevölkerung für die Polizei aussah, und daß die Polizei künftig wirkungsvollere Waffen aufbieten muß, um der 'schweigenden Mehrheit' zum Sieg zu verhelfen, führt der Bericht weiter aus: "Wenn Barrikaden errichtet und die Beamten aus Fenstern mit Möbelteilen, Moniereisen, Steinen sowie Stahlkugeln (mit Schleudern verschossen) attackiert wurden, so sind massiver Schlagstockeinsatz, Tränengas und Wasserstrahl fast noch zu milde Mittel." Da soll wohl künftig namens der Mehrheit auf die Bevölkerung geschossen werden.

Portugal

Der Kampf um die Landreform entscheidet über Sieg oder Niederlage der Revolution

Korrespondentenbericht über die Agrarreform in Südportugal

Eine entscheidende Front, an der über Sieg oder Niederlage der Revolution in Portugal entschieden wird, ist der Kampf um die Landreform. In diesem Kampf geht es um die Herstellung und Festigung des Bündnisses zwischen den Arbeitern in den Städten und der Masse der Landarbeiter und Bauern, die ein Drittel der ganzen portugiesischen Bevölkerung stellen und die einen beträchtlichen Teil des nationalen Reichtums produzieren. Diese Massen der Landarbeiter und Bauern, die mit Lüge und Bestechung von den Faschisten gegen die Arbeiter und die Revolution aufgehetzt werden, können für die Revolution nur gewonnen werden, wenn sie in ihr eine bessere Zukunft erkennen. Wie sie ihre Lage verbessern können, haben sie selbst in zahlreichen Forderungen ausgedrückt, und sie messen die Revolution daran, ob sie ihre Forderungen erfüllt. Die Antwort der Arbeiterklasse ist: Landreform nach den Forderungen der Landarbeiter und der armen Bauern, radikal und sofort! Die provisorische Regierung hat einigen dieser Forderungen Rechnung getragen und ein Paket von Gesetzen erlassen, die unter dem Namen "Reforma Agraria" zusammengefaßt werden.

In diesem ersten Bericht schildern wir die Fortschritte und die noch vorhandenen Schranken der Revolution im Süden Portugals, in dem wenige Großgrundbesitzer über den gesamten Boden verfügten und die Landarbeit von Lohnarbeitern durchgeführt wurde. In einem späteren Bericht soll die Lage im Norden beschrieben werden, wo das Land von Tausenden von kleinen und mittleren Bauern und ihren Familien bebaut wird und wo heute die Konterrevolution ihre Hauptreserven besitzt.



Die Konterrevolution ist stark, wo die Landreform noch nicht begonnen hat und die Probleme der Bauern ungelöst sind; vor allem im Norden Portugals und im Zentrum. Das Bild zeigt die Belagerung des Parteibüros der revisionistischen PCP in Famalicao.

Im Süden Portugals, im Alentejo, ist es heiß und trocken. Die Landschaft ist bestimmt von Korkeichen, von denen überall Kork geschält worden ist. Selten sieht man ein Feld, eine Viehherde. Ein winziges Schild am Straßenrand mit der Aufschrift C.A.E.V. weist in einen ausgefahrenen Sandweg. Über ihn erreichen wir die "Cooperativa Agricola Estrela Vermelha", die Landgenossenschaft Roter Stern. Sie besteht seit dem 17. Februar 1975.

"Wie sah die Situation vor dem 25. April 1974 bei Euch aus? "

"Alles Land hier gehörte einem gewissen Enrique Barreidas. Er wohnt in Lissabon, man hat ihn hier niemals gesehen. Ihm gehörten 35 000 Hektar. Davon hat er fast nichts genutzt. Er hat nur Vieh weiden lassen auf dem unbebauten Land und hat jedes Jahr Kork schälen lassen. Deshalb hatten die meisten von uns keine Arbeit. Hier auf diesem Hof, der den Kern unserer Genossenschaft bildet, beschäftigte er nur sechs Leute. Heute sind wir 120, und dabei benutzen wir nur 3 000 Hektar von seinem Land, und das mit einer anderen Genossenschaft zusammen."

Das Gesetz der Regierung

Das war die Situation im Alentejo: Drei Familien besaßen fast die gesamte Provinz. Intensive Nutzung des Bodens gab es nur, wenn sich Landarbeiter fanden, die zu einem Pachtvertrag bereit waren. Ein solcher Vertrag war wie ein Pakt mit dem Teufel: Schriftliche Verträge gab es nicht; der Großgrundbesitzer gab nie eine Unterschrift. Er verlangte die Hälfte der Pacht mitten in der Aussaat und behauptete nach der Ernte, er hätte noch gar keine Pacht erhalten. Er setzte die Pacht in Geld fest, verlangte aber die Bezahlung in landwirtschaftlichen Produkten, deren Geldwert er selber bestimmte. Oft war es schlimmer Pächter zu sein als arbeitslos.

Das Landreformgesetz der Regierung vom April dieses Jahres setzt dagegen fest: Enteignung allen ungenutzten Bodens; Enteignung allen Bodens über 500 Hektar bei trockenem und sandigem, über 50 Hektar bei bewässertem Land in Privatbesitz; Pachtverträge nur noch schriftlich unter Kontrolle des staatlichen Instituts für die Reorganisation der Landwirtschaft IRA; Bezahlung der Pacht nur in Geld und über Konten der staatlichen Banken; Festsetzung der Höchstsummen für Verpachtung; Sofortkredite für Genossenschaften und Familienbetriebe bei 6,5 % Verzinsung und Abzahlung durch Abnahmegarantie für die Produkte.

Dieses Gesetz ist heute eine Waffe in der Hand des Volkes. Die Entstehung der Genossenschaft "Roter Stern" zeigt, daß es kein Geschenk der provisorischen Regierung an das Volk, sondern das Ergebnis des revolutionären Willens der Landarbeiter ist.

Die Landgenossenschaft "Roter Stern", eine Kommune in Portugal

"Wir haben hier im Februar angefangen, weil wir alle arbeitslos waren. Es gab damals noch kein Gesetz über die Landreform, weder für ungenutzten noch für bebauten Boden. Wir haben nur unbebautes Land besetzt, das heißt, wir haben einfach angefangen, es zu bearbeiten. Wir haben drei Kommissionen gewählt: eine für die Verwaltung, eine für Handels- und Absatzfragen und eine für technische Probleme. Alle Kommissionsmitglieder werden für ein Jahr gewählt, können aber jederzeit von der Vollversammlung der Genossenschaft abgewählt werden. Bis auf zwei Genossen von der Verwaltungskommission arbeiten alle mit auf dem Feld, und die zwei Genossen, die ständig für die Verwaltung arbeiten, haben mehr als genug zu tun, um ihre Aufgabe zu bewältigen.

Die Kommissionen treffen sich zweimal in der Woche. Bei wichtigen Sachen machen wir eine Vollversammlung; aber es kann ja auch sonst jeder auf dem Feld erfahren, was in den Kommissionen besprochen worden ist.

So sind wir seit Februar gut vorangekommen. Unsere erste Ernte fängt gerade an. Jetzt sind wir beim Schälen der Korkeichen, auch die Eukalyptus-Ernte ist schon dran. Bald kommen der Reis, die Tomaten, der Mais."

Die Genossenschaft "Roter Stern" ist eine von den Kommunen, die seit dem April des vergangenen Jahres entstanden sind, sich selbst organisiert haben und große Erfolge vorweisen können. Sie sind der Grund dafür, daß die Regierung dazu gebracht werden konnte, das Gesetz über die Landreform zu erlassen. Und diese "Genossenschaften" sind in Wahrheit schon Kommunen. Die Landarbeiter haben sich zusammengetan, nicht um das Land zu verteilen, sondern die Arbeit. Das Land gehört allen, ebenso wie die Erzeugnisse.

"Wie habt Ihr denn anfangen können? Habt Ihr Euch die Maschinen vom alten Besitzer geholt? "

"Der ehemalige Besitzer hatte nur ganz wenige Maschinen. Auf diesem Hof hatte er überhaupt nur zwei, und die wurden nur benutzt, um das Gelände umzubrechen und unbenutzbar zu machen. Diese Maschinen gehören jetzt uns. Andere Genossen, die sich uns angeschlossen haben, haben noch sieben Maschinen mitgebracht; so haben wir jetzt insgesamt neun."

"Habt Ihr Unterstützung von der Regierung erhalten? "

"Die Regierung hat uns einen Kredit gegeben; von dem konnten wir einige Maschinen reparieren, Vieh kaufen und Lebensmittel für uns selbst. Lohn haben wir bisher noch nicht zahlen können, weil wir noch keine Ernte hatten. Aber zusammen mit den Ersparnissen, die die Genossen in die Genossenschaft eingebracht haben, hat der Kredit bis heute zum Leben gereicht; und jetzt kommt ja schon die Ernte, und wir können jedem davon geben, was er braucht. Wenn wir die ersten Einnahmen haben, wollen wir den Lohn nach Arbeitstagen und Familiengröße auszahlen.

Die Regierung hat uns auch bei der Saatgutbeschaffung unterstützt. Das Saatgut müssen wir erst nach der Ernte bezahlen. Die MFA hilft uns mit Lastwagen, wenn wir etwas zu transportieren haben, und die beiden Arbeiter mit den großen Straßenbaumaschinen, die Du unten am Bach gesehen hast, sind vom IRA, sie legen Wasser und Kanalisation."

"Nachdem es jetzt das Landreform-Gesetz gibt, wie wird es in dieser Gegend weitergehen? Von den 35 000 Hektar Eures alten Besitzers gibt es doch noch viel zu enteignen? "

"Jedes Dorf wählt einen Mann, der das Land gut kennt, der seine Qualität einschätzen kann und weiß, wie viele Landarbeiter Arbeit brauchen. Diese gewählten Dorfvertreter machen einen Aufteilungsvorschlag, den die Regierung dann bestätigt."

"Bei 35 000 Hektar kann das aber lange dauern. Gibt es denn jetzt hier keine arbeitslosen Landarbeiter mehr, die jetzt sofort Arbeit brauchen? "

"Jetzt hat die Ernte der Korkeichen angefangen. Da gibt es noch reichlich Arbeit beim Großgrundbesitzer, und solange man dort welche bekommt, gehen alle noch dorthin. Aber in zwei Monaten ist das vorbei; und dann werden sie alle anfangen, sich Land zu nehmen. Jetzt schon gibt es in unserer Gegend drei Genossenschaften, andere fangen an. Und im nächsten Jahr kann der Großgrundbesitzer lange nach Lohnarbeitern suchen – dann werden alle nur noch für sich selbst arbeiten."

"Habt Ihr etwas davon erfahren, daß Euch die Arbeiter in den Städten unterstützen? "

"Wir haben sehr, sehr viel Unterstützung erfahren. An jedem Wochenende sind Arbeiter aus allen möglichen Städten zu uns gekommen, um uns bei der Arbeit zu helfen. Manchmal waren es 300, einmal sogar 700. Auch die Studenten helfen uns viel. Das Maisfeld, das Du dort siehst, ist von Studenten angelegt worden; vor fünf Monaten standen dort noch Gestrüpp und Disteln. Morgen kommen wieder hundert Studenten. Am nächsten Wochenende erwarten wir zweihundert Bankangestellte."

"Habt Ihr irgendwelche Probleme? "

"Überhaupt keine. Zu Anfang hatten wir welche mit den Tomaten; aber wir haben hier ja lauter in der Landwirtschaft erfahrene Genossen."

"Und welche Pläne habt Ihr? "

"Wir wollen unsere Ernte möglichst so weit verarbeiten, daß wir sie direkt an Ladenketten oder Supermärkte verkaufen können."

"Der alte Besitzer hat sich überhaupt nicht gerührt? "

"Von ihm haben wir gar nichts gehört. Aber wir bewachen unser Land Tag und Nacht."

"Und wenn etwas los sein sollte, was wollt Ihr dann machen? "

"Wir haben unsere Waffen. Sonst hätte die Bewachung ja keinen Sinn."

So kurz wie diese Antworten sind alle Sätze der Genossen, mit denen wir gesprochen haben. In ihnen spiegelt sich das Selbstvertrauen, das Bewußtsein, daß die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern in der Lage ist, besser und menschenwürdiger zu produzieren als der Kapitalismus; denn sie hat alle dafür notwendigen Fähigkeiten: Obwohl 70 Prozent der Landarbeiter der Genossenschaft "Roter Stern" weder lesen noch schreiben können, ist der Ertrag auf ihren Flächen heute schon höher als bei allen Großgrundbesitzern der Umgebung.

Die Landreform muß weitergehen

Bei diesen ersten Erfolgen der Arbeiter und Landarbeiter darf die Landreform nicht stehenbleiben. Wie soll es weitergehen? In der Informationsabteilung des Landwirtschaftsministeriums sagte man uns: "Das Gesetz sieht die Möglichkeit vor, daß das Volk selbst Vorschläge zur Durchführung der Landreform macht. Genauer gesagt ist es so, daß wir im Ministerium darauf angewiesen sind, daß das Volk nicht nur Vorschläge macht, sondern direkt an die Durchführung geht. Unser gesamter Apparat ist noch immer nicht von den alten Elementen gesäubert, und viele Anordnungen kommen in den Dörfern überhaupt nicht an. Wir haben nur die gesetzliche Unterstützung für die Aktionen des Volkes geschaffen. Zum Beispiel sieht ein Erlaß vom 7. Juli jetzt auch gesetzlich die Möglichkeit vor, nicht ausgelastete Landmaschinen zu enteignen."

Wir wollten wissen, ob in Fällen von Sabotage durch die Großgrundbesitzer auch Enteignungen vom Staat anerkannt werden, die über die Vorschriften der Landreform hinausgehen. Das brachte unsere Gesprächspartnerin in Verlegenheit; offensichtlich war sie fortschrittlicher als ihre eigenes Ministerium. Schließlich, um nicht direkt "nein" sagen zu müssen, sagte sie: "In bestimmten Fällen ja. Das hängt vor allem von der Entschiedenheit des Volkes ab und von seiner Bereitschaft, seinen Willen selbst durchzusetzen."

Damit hat sie die gegenwärtige Situation genau beschrieben: Das Volk muß die nächsten Schritte bestimmen, es darf nicht warten. Schon lassen die Großgrundbesitzer das Vieh schlachten, lassen sie sich Kredite geben, um die neuen Mindestlöhne zahlen zu können, und verschwinden damit ins Ausland, fälschen sie Unterschriften, um an die Kredite für Familienbetriebe heranzukommen, treiben sie Vieh nach Spanien über die Grenze. Wenn die Landarbeiter in dieser Situation nicht sofort entschieden voranschreiten, werden sie ihre bisher erreichten Positionen nicht halten können.

Ein Landwirtschaftsbetrieb in Paderne, einem Dorf im äußersten Süden, wenige Kilometer vor der Algarve-Küste, ist ein deutliches Beispiel, daß jedes Zögern zum Sieg für die Konterrevolution wird. Im März dieses Jahres verschwand dort der Besitzer, nachdem ein Putsch der Reaktion, den er mit seinem Vermögen unterstützt hatte, gescheitert war. Die 35 Arbeiter des Betriebes, der 380 Hektar umfaßt, waren zunächst ratlos; sie meldeten das Verschwinden ihres Kapitalisten dem Staat. Heute wird der Betrieb von ihnen gemeinsam betrieben, aber eine Genossenschaft sind sie noch nicht. "Wir wollen eine aufbauen, wir sind jetzt dabei. Wir haben eine Verwaltungskommission gewählt, drei Leute, für keine bestimmte Zeit; wir können sie abwählen, wenn sie die Arbeit schlecht machen."

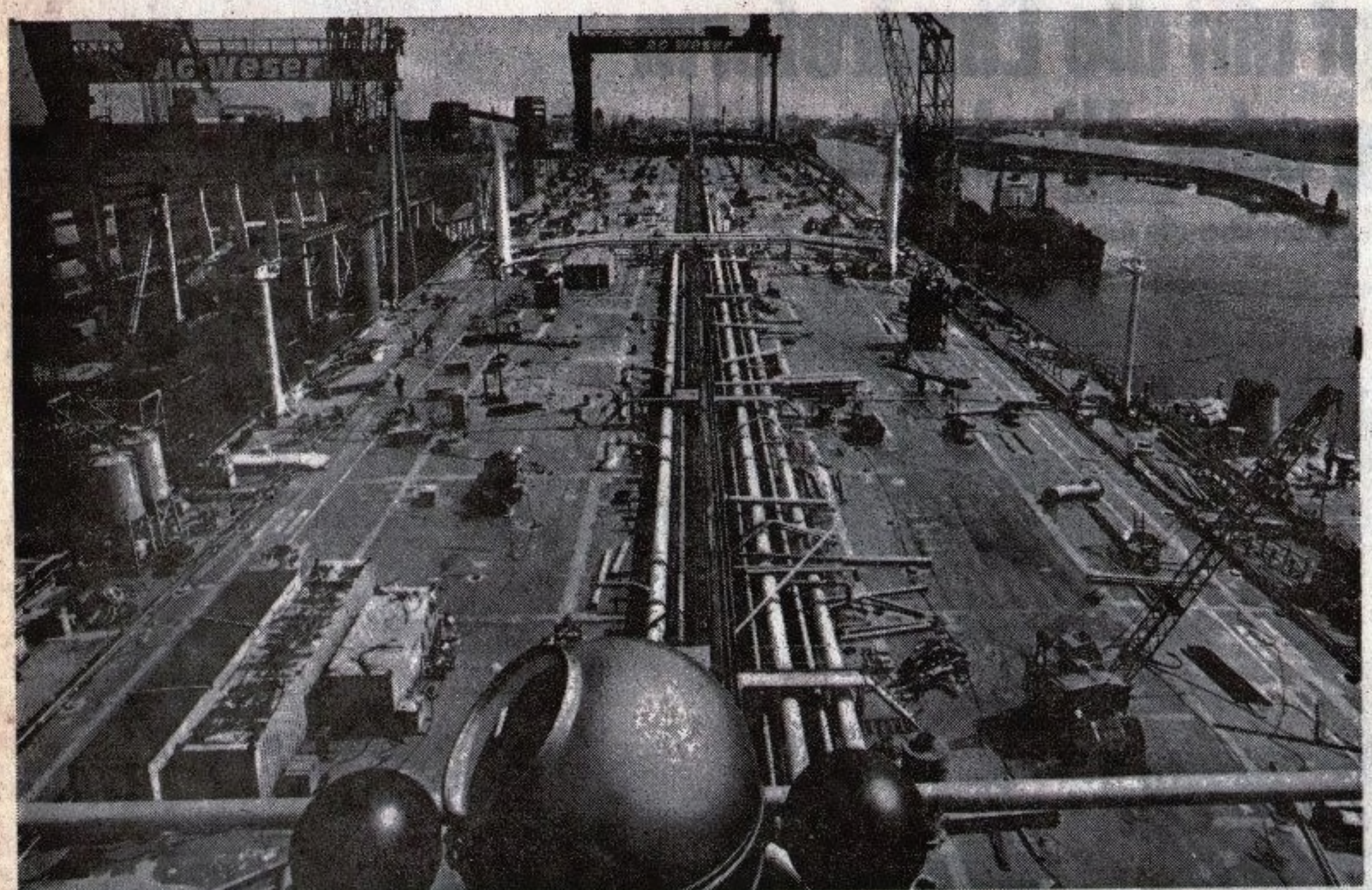
"Habt Ihr alle Maschinen und den Boden jetzt selbst übernommen? "

"Nein. Die Gebäude, das Land und die Maschinen gehören jetzt dem Staat. Uns gehört alles, was wir damit produzieren. Davon leben wir jetzt; denn seit der Besitzer abgehauen ist, haben wir ja keinen Lohn mehr bekommen."

Diese Bedingungen waren ganz offensichtlich das Ergebnis ihrer eigenen Unentschlossenheit. Noch immer wohnten sie in ihren armseligen Hütten; das Herrenhaus mit seinen Badezimmern, seinem Schwimmbad, stand leer, abgeschlossen von den Soldaten. Worauf warteten diese Landarbeiter? Der Funktionär vom IRA, der auf dem Betrieb die Bestandsaufnahme durchführte, antwortete uns: "Was diese Leute wollen, ist ihr Lohn. Ich glaube, wenn der alte Besitzer wiederkommt, würden sie sogar wieder für ihn arbeiten. Manchmal habe ich den Eindruck, daß sie deshalb so zögern, eine Genossenschaft aufzubauen."

Was kann sich die Konterrevolution jetzt Besseres wünschen als ängstliches Zögern des Volkes? Es kommt jetzt darauf an, die Landreform sofort durchzusetzen, und das Volk allein ist dazu imstande. Hier haben die Kommunisten eine große Aufgabe zu bewältigen; unter der Losung "Landreform sofort nach den Wünschen der Landarbeiter und der armen Bauern", die schon an vielen Mauern auftaucht, arbeiten sie daran, das Volk zusammenzufassen und vorwärtszuführen. Auch die Landarbeiter in Paderne werden sich dann dieser Bewegung anschließen. Schon jetzt sagten einige von ihnen: "Wir müssen entschlossener mit unserer Genossenschaft vorankommen." Andere zögerten noch immer und wollten über ihre Situation überhaupt nicht sprechen. Die Fortschrittlichen unterstützen und dadurch die Einheit der Aktion herstellen – davon hängt gegenwärtig in Portugal alles ab.

–t., z.Z. Sagres/Algarve–



Dieser Tanker, der viertgrößte der Welt, hatte am Freitag, 8. August, in Bremen Stapellauf: der 396 000 Bruttoregistertonnen-Tanker World Giant. Die Bauzeit für Schiffe dieser Größenordnung haben die Werftkapitalisten heruntergeschraubt auf 18 Wochen. 18 Wochen Knochenarbeit von 5 000 Arbeitern werden jetzt stillgelegt. Sie haben sich im Nachhinein als überflüssig herausgestellt. Sekt und Kaviar für die Kapitalisten, die sonst aufgetischt werden, wenn es den Werftherren gelungen ist, das von den Arbeitern gebaute Schiff zu versilbern, blieben diesmal im Keller. Die Taufe fiel ins Wasser, weil sich bis jetzt kein Reeder fand für dieses Schiff. "Was wir mit diesem Schiff machen, ist unsere Sache", erklärte der Direktor auf der letzten Betriebsversammlung. Wie kann das angehen, fragen viele Kollegen, daß dieses Schiff nun irgendwo angebunden wird und vergammelt? Weil in der kapitalistischen Gesellschaft nicht planmäßig, sondern anarchisch produziert wird und eine ungeheure Verschwendung herrscht, ist die Antwort.

Statt 300 Buchungen am Tag jetzt 700

Verschärfung der Arbeitshetze auch bei den Angestellten

Von den 1 017 900 Arbeitslosen Ende Mai waren 28,1 Prozent Angestellte. Im Juli stieg die Arbeitslosenquote bei den Angestellten um 15,1 Prozent bei einem Anteil von 3,3 Prozent Arbeitslosen unter den Angestellten insgesamt. Die Kapitalisten gehen daran, die Arbeitsplätze in den Büros abzubauen und die Arbeitshetze zu steigern. Ein Angestellter berichtet:

Ich bin Angestellter in einem größeren Chemiebetrieb. Unsere Abteilung muß dafür sorgen, daß die Lieferan-

ren. Manchmal schimpft dann der betroffene Kollege auf den von der anderen Abteilung, weil er von den Arbeitsbedingungen dort so gut wie nichts weiß. Einerseits ist also die Anzahl der Rechnungen überhaupt gestiegen, andererseits wirkt sich die gestiegene Arbeitshetze in anderen Abteilungen direkt bei uns aus, wir brauchen eben länger und müssen uns abhetzen, die Rechnungen zur Bezahlung fertig zu machen.

Dann werden in der Abteilung die bezahlten Rechnungen geprüft, ob alles richtig ist. Immer häufiger stimmen die Preise mit denen auf der Be-

prüfen, daß jeder mit der Arbeit angefangen hat. Auch abends kurz vor Feierabend macht er noch einen Kontrollgang, daß auch keiner zu früh aufhört. Doch das ist wirklich nur das Geringste. Um die beschriebene Verschärfung der Arbeitshetze abzusichern, legt der Abteilungsleiter sich einen gehässigen Ton zu. Als ein Kollege krank war, sagte er vor den anderen Kollegen im Raum: *"An der Häufigkeit der Krankheiten kann man sehen, welche innere Einstellung der Mitarbeiter zur Arbeit hat."* Als ob nicht die gestiegene Arbeitshetze, die verschmutzte Umwelt des Chemiebe-

Steigende Arbeitslosigkeit

Die Arbeiterklasse muß um ihre Einheit kämpfen

Die Arbeitslosigkeit hat weiter zugenommen. Für die Wintermonate erwartet die bürgerliche Presse anderthalb Millionen Arbeitslose.

Die bürgerlichen Massenblätter und dabei besonders deutlich die "Bild"-Zeitung haben ihre Agitation gegenüber der Arbeitslosigkeit wieder geändert. Vor Wochen war die "Bild"-Zeitung noch voll mit Beispielen, daß es weniger die Arbeitslosigkeit wäre, die schlimm ist, sondern die Arbeitslosen, die faul sind. Dafür wurden allerhand "Beispiele" aufgetischt. Die Zeitung "Metall" Nr. 16 der IG Metall ist diesen Beispielen nachgegangen und hat herausgefunden, daß sie allesamt erlogen sind.

Jetzt ist es plötzlich wieder die Arbeitslosigkeit selber, die schlimm ist und ein trauriges Los. Hat die "Bild"-Zeitung zurückgesteckt?

Keineswegs. Das Geheimnis dieses Kurswechsels besteht darin, daß Lohnkämpfe bevorstehen. Und daß die Kapitalistenklasse die Arbeitslosigkeit nutzen will, um den Lohn der Arbeiter tief zu drücken. Das will ideologisch vorbereitet werden.

Da ist es unpassend, wenn als Ursache der Arbeitslosigkeit die Faulheit der Arbeitslosen angegeben wird. Selbst wenn es einer glaubt, so hilft es gegen den Lohnkampf nichts. Denn selbst wenn die Arbeitslosen faul wären, warum sollten die Arbeiter, die Arbeit haben, weniger Lohn kriegen?

Also wird der Kurs geändert und das schreckliche Los der Arbeitslosen hervorgehoben. Dabei wird behauptet, wenn der Lohn niedriger wäre, dann könnten alle Arbeit finden. Das wird nicht offen ausgesprochen, aber angedeutet. Es wird scheinheilig an die Solidarität der Arbeiter appelliert.

Scheinheilig, weil es der bürgerlichen Presse in Wirklichkeit darum geht, die Arbeitslosen gegen die Beschäftigten aufzuhetzen. Das wird noch nicht offen ausgesprochen, das wird aber nicht mehr lang auf sich warten lassen. Praktisch spielt sich schon so etwas ab. Die Bundesanstalt für Arbeit berichtet, daß allein im Monat Juli durch die Arbeitsämter 207 400 Stellen vermittelt wurden. Das heißt, daß in einem Monat ein Fünftel des Arbeitslosenheeres ausgetauscht wurde. Das kann bloß den

kriegen?

Also wird der Kurs geändert und das schreckliche Los der Arbeitslosen hervorgehoben. Dabei wird behauptet, wenn der Lohn niedriger wäre, dann könnten alle Arbeit finden. Das wird nicht offen ausgesprochen, aber angedeutet. Es wird scheinheilig an die Solidarität der Arbeiter appelliert.

Scheinheilig, weil es der bürgerlichen Presse in Wirklichkeit darum geht, die Arbeitslosen gegen die Beschäftigten aufzuhetzen. Das wird noch nicht offen ausgesprochen, das wird aber nicht mehr lang auf sich warten lassen. Praktisch spielt sich schon so etwas ab. Die Bundesanstalt für Arbeit berichtet, daß allein im Monat Juli durch die Arbeitsämter 207 400 Stellen vermittelt wurden. Das heißt, daß in einem Monat ein Fünftel des Arbeitslosenheeres ausgetauscht wurde. Das kann bloß den

wirtschaftlichen Grund haben, daß Arbeiter mit höheren Löhnen ersetzt wurden durch Arbeiter, die, von der Arbeitslosigkeit mürbe gemacht, auch einen niedrigeren Lohn angenommen haben.

Man kann sowohl an der politischen Agitation der bürgerlichen Massenpresse als auch aus objektiven wirtschaftlichen Vorgängen sehen, daß die Gefahr der Spaltung der Arbeiterklasse in Arbeitslose und solche, die Arbeit haben, unerhört wächst. Diese Spaltung ist schon im Gange, sie spielt sich bloß gegenwärtig mehr unter der Oberfläche ab und wirkt sich in der Hauptsache dahin aus, daß im Betrieb die Konkurrenz unter den Arbeitern verschärft wird. Ihre volle Wucht wird sie entfalten, wenn die Auseinandersetzung um die Tariflöhne beginnt. Bestandteil jeder ernstzunehmenden Vorbereitung auf die Lohnkämpfe muß daher die Verankerung von Forderungen sein, die der Spaltung der Arbeiterklasse in Arbeitslose und Arbeiter, die Arbeit haben, entgegenwirken und die den Kapitalisten die Mittel aus der Hand nehmen, im Betrieb die Konkurrenz ins Uferlose zu schüren durch die Verlängerung des Arbeitstages, der Erpressung mit Überstunden also, durch die Intensivierung der Arbeit, durch Ausspielen und Hochschrauben der Akkordsätze. Und die sich dagegen wenden, daß die Arbeitslosen von den Arbeitsämtern so lange schikaniert werden, bis sie tatsächlich bereit sind, als offene Lohndrücker aufzutreten. Solche Forderungen braucht die Arbeiterklasse jetzt, um sich zusammenzuschließen. Solche Forderungen sind:

Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Lohnsysteme!

Verwirklichung des Achtstundentages, vollständiges Verbot der Überstundenarbeit, als Schritt zur Durchsetzung des Siebenstundentages

Einschränkung der Schichtarbeit auf Produktionsgänge, in denen dies technisch unerläßlich ist

Mindestens 80 % Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!

Die Arbeitslosenversicherung muß in die Selbstverwaltung der darin versicherten Arbeiterklasse übergehen, und die Beiträge für diese Versicherung müssen von den Kapitalisten bezahlt werden.

sind, als offene Lohndrücker aufzutreten. Solche Forderungen braucht die Arbeiterklasse jetzt, um sich zusammenzuschließen. Solche Forderungen sind:

Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Lohnsysteme!

Verwirklichung des Achtstundentages, vollständiges Verbot der Überstundenarbeit, als Schritt zur Durchsetzung des Siebenstundentages

Einschränkung der Schichtarbeit auf Produktionsgänge, in denen dies technisch unerläßlich ist

Mindestens 80 % Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!

Die Arbeitslosenversicherung muß in die Selbstverwaltung der darin versicherten Arbeiterklasse übergehen, und die Beiträge für diese Versicherung müssen von den Kapitalisten bezahlt werden.

Statt 300 Buchungen am Tag jetzt 700

Verschärfung der Arbeitshetze auch bei den Angestellten

Von den 1 017 900 Arbeitslosen Ende Mai waren 28,1 Prozent Angestellte. Im Juli stieg die Arbeitslosenquote bei den Angestellten um 15,1 Prozent bei einem Anteil von 3,3 Prozent Arbeitslosen unter den Angestellten insgesamt. Die Kapitalisten gehen daran, die Arbeitsplätze in den Büros abzubauen und die Arbeitshetze zu steigern. Ein Angestellter berichtet:

Ich bin Angestellter in einem größeren Chemiebetrieb. Unsere Abteilung muß dafür sorgen, daß die Lieferantenrechnungen bezahlt, verbucht und geprüft werden.

Die Dichte des Arbeitstages hat gewaltig zugenommen. Früher wurden 300 Buchungen am Tag gemacht, heute müssen wir mit derselben Anzahl von Kollegen 700 machen. So haben wir die Rechnungen der Nebenwerke des Unternehmens noch aufgehalst bekommen.

Besonders schlimm ist es an der Dateneingabemaschine. Hier werden die zu zahlenden Rechnungen von drei Kollegen, die sich täglich abwechseln, auf ein Magnetband eingegeben. In einem festgelegten Zeitraum (sieben Stunden) müssen immer alle vorliegenden Rechnungen eingegeben werden, gleichgültig wieviel es sind, weil nach 16 Uhr die Eingabemaschine abgestellt wird. Sonst bekommen wir am anderen Tag eine riesige Fehlerliste, weil dieselben Rechnungen vorher schon auf einem anderen Band eingegeben worden sind, dort allerdings geht das schneller, weil weniger Angaben gemacht werden. Alle nur auf dem ersten Band eingegebenen Rechnungen tauchen als Fehler auf und wir müssen dann zusätzlich noch zu den sowieso anfallenden Rechnungen am anderen Tag die Fehlerliste berichtigen.

Um das zu vermeiden, haut man dann nachmittags heftig in die Tasten, mit dem Ergebnis, daß abends die Finger ziemlich schmerzen. Doch auch dann kommt es schnell zu Fehlern, weil man bei der Hetze leicht falsche Eingaben macht. So kommt es fast immer zu größeren Fehlerlisten.

In einem anderen Büro müssen fünf Kollegen die Rechnungen zur Bezahlung fertig machen. Sie müssen die nötigen Unterlagen dazu heften (Wareneingangsmeldungen, Bestellungen und ähnliches). Das muß immer sehr schnell geschehen, weil die Kapitalisten auf viele Rechnungen noch Skontoabzug beanspruchen können, wenn schnell bezahlt wird. Die wachsende Arbeitshetze in anderen Abteilungen des Betriebs hat aber dazu geführt, daß immer häufiger die nötigen Unterlagen fehlen und noch nicht da sind.

So muß man wegen einer Rechnung länger rumsuchen und rumtelefonieren. Manchmal schimpft dann der betroffene Kollege auf den von der anderen Abteilung, weil er von den Arbeitsbedingungen dort so gut wie nichts weiß. Einerseits ist also die Anzahl der Rechnungen überhaupt gestiegen, andererseits wirkt sich die gestiegene Arbeitshetze in anderen Abteilungen direkt bei uns aus, wir brauchen eben länger und müssen uns abhetzen, die Rechnungen zur Bezahlung fertig zu machen.

Dann werden in der Abteilung die bezahlten Rechnungen geprüft, ob alles richtig ist. Immer häufiger stimmen die Preise mit denen auf der Bestellung nicht überein, weil mit zunehmender Inflation die Kapitalisten immer öfter die Preise ändern. Das hat dann einen riesigen Papierkrieg innerhalb des Betriebs und zwischen den Kapitalisten zur Folge. Für uns nimmt auf jeden Fall die Bearbeitungszeit pro Rechnung zu, aber die Anzahl der Rechnungen auch.

Um diese Arbeitsbedingungen abzusichern, verschärft sich der Kommandoton der Kapitalisten

Der Abteilungsleiter geht jeden Morgen zehn Minuten nach Arbeitsbeginn durch die Räume, um zu prüfen, daß jeder mit der Arbeit angefangen hat. Auch abends kurz vor Feierabend macht er noch einen Kontrollgang, daß auch keiner zu früh aufhört. Doch das ist wirklich nur das Geringste. Um die beschriebene Verschärfung der Arbeitshetze abzusichern, legt der Abteilungsleiter sich einen gehässigen Ton zu. Als ein Kollege krank war, sagte er vor den anderen Kollegen im Raum: *"An der Häufigkeit der Krankheiten kann man sehen, welche innere Einstellung der Mitarbeiter zur Arbeit hat."* Als ob nicht die gestiegene Arbeitshetze, die verschmutzte Umwelt des Chemiebetriebes usw. diese Krankheiten verursachen würden. Einmal war ausnahmsweise die Mappe mit den anfallenden Rechnungen nicht so dick wie sonst. Da sagte der Abteilungsleiter: *"So wenige Rechnungen, man könnte ja meinen, man wäre hier im Sanatorium."* Hinterher waren die Kollegen sehr empört darüber. Ganz knallhart hat er es einmal gebracht, als er sagte: *"Wem es nicht gefällt, der kann ja gehen"*, und er wies so nebenbei darauf hin, daß er noch einige Bewerber an der Hand habe. Hinter all dem steckt System und ich bin sicher, daß die Kapitalisten diese Leute zu solchen Zwecken speziell schulen.

–s.–

Den Demag-Kollegen Sozialplan aufgezwungen

Zusage auf andere Arbeitsplätze zurückgenommen

Kalldorf. Nachdem die Demag-Kapitalisten die Einrichtung einer Einigungsstelle beim Amtsgericht Detmold verlangt haben, und der Landesschlichter Peter Kraft vermittelnd eingegriffen hat, ist für die Kalldorfer Kollegen ein Sozialplan ausgehandelt worden. Noch rechtzeitig, bevor der Landesschlichter in Urlaub fahren mußte.

Dieser Sozialplan sieht vor, daß an alle Kollegen Ausgleichssummen nach Dauer der Betriebszugehörigkeit, des bisherigen Verdienstes und Anzahl der Familienmitglieder bezahlt wird. Diejenigen Kollegen, die in einen anderen Betrieb des Konzerns überwechseln, erhalten 50 Prozent dieser Beträge.

Nachdem der Sozialplan da ist, fühlen sich die Demag-Mannesmann-Kapitalisten nicht mehr verpflichtet, sich an ihre früheren Zusagen zu halten und für die Belegschaft Arbeitsplätze in anderen Betrieben des Konzerns bereitzustellen.

Dagegen sagte gegenüber der Lippeschen Landeszeitung ein Betriebsrat: *"Uns geht es nicht um hohe Abfindungen, uns geht es um die Erhaltung der Arbeitsplätze. Die Reaktion der Belegschaft, als man ihr mitteilte, daß der ausgehandelte Sozialplan für Umsetzungen keinen Raum mehr lasse, war eindeutig. Die Kollegen reagierten tumultartig. Nur drei Mitglieder haben von der Möglichkeit des freiwilligen Arbeitsplatzwechsels Gebrauch gemacht."*

Und Karl Reichel, Beauftragter der IG Metall, sagte: *"Die Annahme des Sozialplanes, den wir gar nicht wollten, der uns von Mannesmann-Demag über das Arbeitsamt unter Einschaltung der Einigungsstelle aufgezwungen worden ist, bedeutet für uns keine Preisgabe der Arbeitsplätze. Wir haben immer wieder betont, daß ein noch so guter Sozialplan keine Arbeitsplätze ersetzen kann."*

Die Konzernleitung hat inzwischen klargemacht, daß sie den Betrieb schließen will, indem sie dem Betriebsrat ihre Pläne für die Massenentlassungen förmlich zustellen ließ.

–U., OG Bielefeld–

Verschärfter Akkord Chef kauft sich Rolls Royce

Zieringer ist ein Betrieb in Bensheim, in dem Heizkörper und Decken produziert werden. Im Gegensatz zu vielen anderen Betrieben sind in der Krise die Aufträge der Zieringer KG eher noch gestiegen. So wurde eine neue Halle gebaut, in der auf einer kompletten Produktionsstraße Heizkörper produziert werden.

Als vorweg eine Maschine in Betrieb genommen wurde, eine sogenannte Kopfnahtmaschine, mußten die Arbeiter folgendes feststellen: An dieser Maschine, wie an allen anderen in der Halle, befindet sich eine Art Diagramm, das heißt ein Schreiber, der für Stückzahlen usw. Kurven aufzeichnet.

Ablesen kann man auf diesem Diagramm die Stückzahl, die bearbeitet wird, vor allem aber *wie schnell man arbeitet und welche Pausen gemacht werden.*

Dazu muß man wissen: Bei Zieringer gibt es ein Akkordsystem, nach dem für eine festgelegte Stückzahl, die innerhalb einer bestimmten Zeit produziert werden muß, eine Prämie gezahlt wird. Die Prämie wird ausgezahlt, wenn man mehr als 100 % schafft, und zwar gestaffelt bis 125 %. Bei weniger wird der normale Zeitlohn gezahlt. Ausfallzeiten, zum Beispiel wenn neues Material angekarrt wird oder an den Maschinen etwas nicht stimmt, zählen zur vorgegebenen Zeit. Gezahlt wird die Prämie anhand der durchschnittlichen Monatsleistung.

Bisher konnten die Arbeiter – hatten sie 125 % erreicht – auch mal eine Pause machen und ihr Arbeitstempo zum Teil selbst bestimmen.

Durch die Diagramme an den neuen Maschinen ist das nicht mehr möglich. Wenn auf dem Diagramm zum Beispiel Pausen aufgezeichnet sind, wird Zieringer die Stückzahl bestimmt hochsetzen, denn Pausen sind "verlorene Arbeitszeit". Also machen die Arbeiter keine Pausen mehr, sondern schaffen bis auf die zwanzig Minuten (!) offizielle Pause voll durch.

An der Maschine, die bereits läuft, ist das so zu beobachten. Dabei verstoßen die zwanzig Minuten Pause selbst gegen bestehende Regelungen.

Wenn jetzt aber voll durchgeschafft wird, liegt der Vorteil einzig und allein bei Zieringer.

Es wird mehr produziert, Zieringer zahlt die Prämie aber nur bis 125 %. Sein Profit steigt. Dazu wird er sich überlegen, ob er die Stückzahl nicht erhöht, wenn öfters über 125 % erreicht werden.

Dem Kapitalisten Zieringer geht es gut: Er konnte eine neue Werkshalle hinstellen lassen und neue Maschinen kaufen.

Auch hat er sich jetzt einen Rolls Royce gekauft, der gut und gerne sechs Jahreslöhne eines Arbeiters gekostet hat. Sein neues Hallenschwimmbad soll demnächst fertig werden. Gearbeitet hat dafür nicht er, sondern seine Arbeiter.

–L., P., Bensheim–

IG Chemie pfändet 1 200 Tonnen Zement bei Seibel

Erwitte. Bei dem Zementwerk Seibel hat die IG Chemie am 1. August 1,200 Tonnen Portlandzement durch einen Gerichtsvollzieher pfänden lassen. Seibel hatte 32 000 DM Lohn vorenthalten, der den Arbeitern für Februar zustand. Als im März die Seibel-Arbeiter den Kampf gegen Entlassungen aufnahmen und das Werk besetzten, hatte Seibel die Lohngelder zurückgehalten. Wenn Seibel in den nächsten Tagen nicht zahlt, will die IG Chemie den Zement verkaufen lassen.

Opel Rüsselsheim

Zeitverträge spalten die Belegschaft

Rüsselsheim. Die Kapitalisten bei Opel Rüsselsheim frohlocken: Beim "Rekord" um 80 Prozent Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr; der "City-Kadett" wird werksintern als Schlager bezeichnet; inzwischen steht Opel mit gut 17 Prozent Marktanteilen deutlich vor Ford und knapp hinter VW und hat schon hohe Bestellziffern für die neuen Modelle "Ascona" und "Manta".

Die Kollegen, aus deren Hände Arbeit dieser Aufschwung resultiert, haben aber nichts gewonnen: Die Arbeitsplätze sind nicht sicherer, und die Arbeit selbst wird immer unerträglicher.

Nachdem im vergangenen Jahr Tausende entlassen worden sind und mehrere Wochen kurzgearbeitet wurde, müssen die Kollegen jetzt Sonderschichten machen. Fünf waren es bereits, im August und September kommen noch einmal sechs hinzu. Neben der Ausdehnung der Arbeitswoche auf 48 Stunden wird zusätzlich noch die Arbeitshetze verstärkt.

In der Lackiererei wurden je ein Spritzer und ein Springer bei einer Sechs-Mann-Kolonne eingespart. Im Preßwerk wurde bei einer Straße versuchsweise der Ableger, der die fertigen Teile auf Wagen stapelt, eingespart. Es hieß, ein Kollege habe das als "Verbesserungsvorschlag" eingereicht, aber in Wirklichkeit wird dies der Meister gewesen sein, und die Kollegen sollen gegeneinander losgehen.

Ich selbst arbeite derzeit an einer Straße, auf der neue Kotflügel für den "Manta" laufen und die noch nicht reibungslos fährt. Deswegen sind auch noch keine Akkordsätze genommen worden, obwohl schon 60 000 Teile gefahren worden sind. D.h. wir arbeiten seit einer Woche praktisch für weniger Lohn.

Die Rationalisierungsmaßnahmen sollen jetzt anscheinend in breitem Umfang verstärkt werden; u.a. sucht Opel per Aushang 25 Mitarbeiter, die sich intern zum REFA-Fachmann ausbilden lassen wollen. So sehr die Kollegen über diese Arbeitshetze empört sind, so hat sich doch noch keine klare Front herausgebildet. Dies liegt zum einen an der Spaltung der Belegschaft in fest angestellte und Kollegen, die nur Zeitverträge haben, und zum anderen am Betriebsrat.

Die Zeitverträge spalten die Belegschaft

Insgesamt sind das etwa 3 000 zur Zeit. Diese bilden innerhalb des Betriebes praktisch eine Reserve, die beliebig herangenommen und wieder rausgeworfen werden kann. Gleichzeitig sackt Opel Gelder vom Arbeitsamt für jede Neueinstellung ein, bei manchen Kollegen gleich zweimal, wenn sie weitere Verträge erhalten.

Die Zeitverträgler wollen natürlich bleiben und wagen selten, sich zur Wehr zu setzen. Für den Vorstand sind sie Manövriermasse, mittels derer er scheinbare Zugeständnisse macht.

Diesen Spaltungsmaßnahmen ist der Betriebsrat nicht entgegengetreten. Statt zu fordern: Schluß mit den Zeitverträgen, weitere Neueinstellungen mit festen Verträgen! hat er den sechs Sonderschichten zugestimmt. So können die Opel-Bosse am billigsten die anstehenden Aufträge durchziehen. Für seine Zustimmung hat der Betriebsrat ausgehandelt: Keine Kurzarbeit bis zum 31. Januar 1976, keine Kündigung bis zum 30. April. Erstens hat aber Opel durch die Zeitverträge seine "betriebsinterne Reservearmee", und zweitens gilt die ganze Regelung nur, wenn kein "Einbruch" auf dem Markt erfolgt.

Die Stellung der Belegschaft gegenüber den Kapitalisten ist durch diesen Handel keineswegs gefestigt worden.

H., Rüsselsheim / Red.

Gefährlicher Arbeitsplatz im Hafen
Den Kollegen soll die Schuld an steigenden Unfallzahlen in die Schuhe geschoben werden
Hamburg. Seitdem das Tragen von staut, und man muß über Kisten und nicht so schnell und so viel Tonnage

Unerträgliche Hitze

Forderung bei Vulkan: Der Akkord muß während der Hitze weg

Bei 40 und mehr Grad Hitze an den Arbeitsplätzen wird die Arbeit unerträglich. Die Kapitalisten verlangen, daß die Leistung wie sonst gebracht wird. In den Betrieben werden Forderungen dagegen aufgestellt.

Bremen. Die derzeitige Hitzeperiode vergrößert die Arbeitsqual ungeheuer. Die Kollegen auf dem Bremer Vulkan leiden doppelt unter dieser Hitze. Einerseits arbeiten sie unter ewig schlechten Lüftungsbedingungen, auf den Schiffen wie in den Hallen in dieser Hitze, andererseits werden sie zudem vom Akkordsystem unmenschlich angetrieben, um ihren Lohn zu halten. Vor allem an Bord, in den Doppelböden und Tanks, herrscht eine ungeheure Glut, die einen selbst, ohne daß man arbeitet, den Schweiß herunterrinnen läßt. Die Arbeit in den Schiffen läßt einem dann den strömenden Schweiß herunterlaufen. Beim Schweißen oder Brennen kann man zudem nicht einmal seinen schweren Arbeitsschutzanzug ausziehen. Die Schweißzange kann man kaum mit den dicken Lederhandschuhen festhalten, die Schweißnaht glüht einem wenige Zentimeter vor dem Gesicht.

Der heißeste Platz dürfte wohl direkt unter dem Hauptdeck sein, auf das die Sonne knallt. Aber selbst dorthin versuchen einige Vorarbeiter noch Kollegen hochzuschicken. Das macht jedoch kein Kollege mit. Als in der Zeitung Günter Netzer zitiert wurde, der sagte, daß 90 Minuten Fußball in dieser Hitze mörderisch sei, meinten die Kollegen: Recht hat er. Aber wir sind acht Stunden in dieser Glut zugange.

Keiner will diese Plackerei mehr mitmachen. Der Akkord muß weg, sagen die Kollegen, und vorerst einmal während dieser Hitze. Kein Mensch kann ihn noch schaffen. Sind die meisten Kollegen, z.B. der Schweißer, eh immer knapp vorm völligen Versacken, so fehlen jetzt Unmengen von Stunden, wenn man den Akkord nicht schafft, was sich jeweils am Monatsende am Lohn deutlich zeigt. Und so stellte der Betriebsrat dann auf Anregung vieler Kollegen der Geschäftsleitung folgende Forderungen:

1. **Auch wenn der Akkord für Leistungslöhner nicht geschafft wird, soll der persönliche Durchschnitt bei Einhaltung der Vorgabezeit bezahlt werden. Es wird davon ausgegangen, daß sich diese Regelung entsprechend auch auf die Arbeitsleistung der Zeitlöhner und Angestellten auswirken muß.**
2. **Eine einmalige finanzielle Beihilfe für die Hitzeperiode in Höhe von 15 DM an alle Belegschaftsmitglieder.**

Die Geschäftsleitung akzeptierte allein die Forderung nach 15 DM, die Akkordforderung lehnte sie rigoros ab.

Daraufhin fanden am Dienstag bei den Schweißern, Schlossern und im Maschinenbau Branchenversammlungen statt, die die Forderungen noch einmal bekräftigten. Der Betriebsrat wird nun mit der Geschäftsleitung erneut verhandeln. Aufgrund dieser erneuten Verhandlung werden die Vulkan-Arbeiter schauen müssen, ob ihre berechtigte Forderung erfüllt wurde bzw. welche Schritte man einleiten muß, um sie dazu zu zwingen.

–Betriebszelle Bremer-Vulkan–

Fußball in dieser Hitze mörderisch sei, meinten die Kollegen: Recht hat er. Aber wir sind acht Stunden in dieser Glut zugange.
Keiner will diese Plackerei mehr mitmachen. Der Akkord muß weg, sagen die Kollegen, und vorerst einmal während dieser Hitze. Kein
wird nun mit der Geschäftsleitung erneut verhandeln. Aufgrund dieser erneuten Verhandlung werden die Vulkan-Arbeiter schauen müssen, ob ihre berechtigte Forderung erfüllt wurde bzw. welche Schritte man einleiten muß, um sie dazu zu zwingen.
–Betriebszelle Bremer-Vulkan–

Gefährlicher Arbeitsplatz im Hafen

Den Kollegen soll die Schuld an steigenden Unfallzahlen in die Schuhe geschoben werden

Hamburg. Seitdem das Tragen von Helm und Unfallschuhen im Hamburger Hafen für jeden vorgeschrieben ist, wird zu allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten darauf hingewiesen.

Immer wieder aber legen die Kollegen den Helm auf die Seite, weil er drückt, man darunter bei dem Arbeitstempo und der großen Hitze furchtbar ins Schwitzen kommt oder auch, weil man die Pflicht zum Helmtragen als direkte Schikane empfindet.

Denn außer auf das Tragen von Helm und Schuhen wird an den Schuppen oder auf den Schiffen auf Sicherheit des Arbeitsplatzes kein Wert gelegt. Vorschriften existieren da zwar, wenn auch völlig unzureichende, und nicht einmal die werden eingehalten.

– Wie oft ist der Niedergang zugestaut, und man muß über Kisten und Sackgut in die Luke einsteigen? Die Sicherheitsschuhe haben bisher die Knochenbrüche dabei nicht verhindert!

– Wie oft hängt die Hieve während der Arbeit über unseren Köpfen? Wenn dann eine Fischmehlhieve runterkommt, wie im Juli am Schuppen 57, dann hilft kein Helm mehr. Da mußte ein Kollege die höhere Tonnage, die rausgeklotzt werden soll, mit dem Leben bezahlen.

– Jeder normale Mensch weiß, daß Auspuffgase ungesund sind. Trotzdem sind wir oft gezwungen, im Unterraum schwer körperlich zu arbeiten, während gleichzeitig zwei Diesel-Stapler eingesetzt sind. Wir atmen die Abgase, die kaum abziehen können, aus voller Lunge ein. Der Einsatz von Elektro-Staplern würde dem Abhilfe schaffen, aber mit denen kann man nicht so schnell und so viel Tonnage raushauen.

– Mangelhafte Gangways, nicht abgedeckte Luken, Giftgasverladung ohne Sicherheitsmaske, Verladung von Chemikalien, ohne daß man weiß, was drin ist, usw. sind im Hamburger Hafen schon so üblich, daß die Hafenpolizei großzügig darüber hinwegsieht und sich nur um die völlig untragbaren Zustände kümmert.

In einer von dem Betriebsrat der Gesamthafenbetriebsgesellschaft und der Geschäftsleitung gemeinsam unterschriebenen Bekanntmachung wird angekündigt: *"Mehrere Hafeneinzelbetriebe haben bereits angedroht, in Zukunft diejenigen Gesamthafenarbeiter ohne Lohnzahlung des Arbeitsplatzes zu verweisen, die ihre vorgeschriebenen Sicherheitsmittel nicht benutzen."*

Mit solchen Drohungen soll den Kollegen die Schuld an den steigenden Unfällen in die Schuhe geschoben werden. Die Gründe für die steigenden Unfallzahlen, die mangelhaften Arbeitsbedingungen und die Antreiberei können aber durch derartige Bekanntmachungen nicht vernebelt werden.

Ein Kollege, der bereits über dreißig Jahre im Hafen ist, berichtete mir: Als er mitkriegt, wie ein junger Viz mal wieder einen Kollegen anmachte wegen fehlendem Helm, sagte er: "Früher hat fast keiner einen Helm getragen, und es ist viel weniger passiert. Aber wir haben auch in Ruhe unsere Arbeit gemacht und oft weniger als die Hälfte der Tonnage, und das noch mit zwei Mann mehr im Gang."

J.

Schwergut-Verladung im Hamburger Hafen. Kein Helm und kein Schuh helfen, wenn da was kracht.

Lebenshaltungskosten

Die Lebenshaltungskosten sind im Juli um 6,2 Prozent gestiegen. Für einen Vier-Personen-Haushalt der Lohnabhängigen stiegen die Kosten um 6,3 Prozent, für Zwei-Personen-Haushalte der Rentner und Sozialhilfeempfänger um 7,3 Prozent. Die einfache Lebenshaltung eines Kindes um 8,4 Prozent. Im Vergleich zum Juli 1974 stiegen die Preise bei Frischobst ohne Südfrüchte um 34,5 Prozent, Kartoffeln um 33,1 Prozent, Südfrüchte 21,5 Prozent. Elektrischer Strom wurde um 19 Prozent und Gas um 13,9 Prozent teurer (Stuttgarter Zeitung vom 9. August).

Karstadt

Karstadt konnte seine Position als größter Kaufhauskonzern Europas weiter ausbauen. 12 Prozent Umsatzsteigerung und 20 Prozent Dividende läßt das Herz der Kapitalisten höher schlagen. Die Beschäftigten wurden um 5,6 Prozent abgebaut.

Lohnpause ist schon längst Wirklichkeit

Dortmund. Die nachfolgenden Auszüge aus der Lohnabrechnung einer Verkäuferin im Einzelhandel zeigen deutlich, daß hier die sogenannte "Lohnpause" der Kapitalisten schon Wirklichkeit geworden ist. Ein Vergleich der Löhne April 1975 gegenüber Juni 1973 und Januar 1975 gegenüber September 1973 bei jeweils gleicher Monatsstundenzahl ergibt, daß der Nettolohn immer niedriger liegt. Dabei ist die Preissteigerungsrate ja noch gar nicht berücksichtigt!

Beim Bruttolohn ist zu berücksichtigen, daß eine "Umsatzbeteiligung" rund 25 % ausmacht, was sich gegenwärtig bei allgemeinem Reallohnbau natürlich nachteilig auswirkt. Vom Bruttolohn werden neben den unten stehenden Abzügen weitere 35 DM abgezogen, die im Rahmen des 624-DM-Gesetzes zwangsgespart werden müssen.

Monat	Brutto	Monatsstunden	Lohnsteuer	Arbeitslosenversich.	Krankenversich.	Rentenversich.	Netto
April 75	1.075	151	201	11	56	97	674
Febr. 75	1.173	160	209	11	58	100	697
Jan. 75	1.027	164	190	10	54	92	645
Sept. 74	1.018	151	165	9	49	92	669
Juni 74	1.122	164	185	10	54	101	735
Mai 74	1.199	181	200	10	58	108	785
März 74	1.055	154	172	9	51	95	692
Sept. 73	1.094	164	180	9	48	99	723
Juni 73	1.038	151	169	9	46	93	686

aus: Ortsbeilage Dortmund, Nr. 29

„Gewohnten Lebensstil aufrechterhalten"

Ein Beispiel dafür, wie diejenigen leben, die der arbeitnehmenden Bevölkerung den Lohnverzicht empfehlen.

Die Ehefrau des Inhabers des Kleenex-Taschentuch-Imperiums hat dem Gericht in ihrem Ehescheidungsverfahren die Unterhaltsforderungen an ihren Mann vorgelegt.

Um ihren *"gewohnten Lebensstil aufrechterhalten zu können"*, benötigt sie **monatlich** unter anderen folgende Beträge:

– 210 DM für ihren Zwergpudel (davon allein 100 DM für Hundespielzeug);
– 10 000 DM für Gästebewirtung;
– 4 700 DM für Delikatessen und Lebensmittel für sich selbst;
– 3 850 DM für Kleider;
– 1 600 DM für Blumen;
– 825 DM für Friseur und Schönheitssalon;
– 6 000 DM für Arzt und Zahnarzt.

Für ihre Freizeitgestaltung benötigt sie unter anderem noch **monatlich** folgende Summen:

– 1 160 DM für ihr Hobby Fallschirmspringen (plus jährlich 4 000 DM für einen neuen Fallschirm);
– 1 000 DM für tägliche Tennisstunden;
– 6 000 DM für tägliche Flugstunden;
– 220 DM für Schießunterricht.

Damit sie auch genügend Zeit hat, um ihre Hobbys täglich zu pflegen, benötigt sie noch das Gehalt für zwölf Dienstboten. Ein Dienstboy ist ständig damit beschäftigt, ihren Swimmingpool zu pflegen, während ein anderer Boy sich nur damit zu beschäftigen hat, die Autos ihrer Gäste zum Parkplatz zu rangieren.

Da sie sich bei dieser niedrigen Unterhaltszahlung wohl allein kein Auto leisten kann, hat ihr König Hussein einen Ferrari-Sportwagen geschenkt.

Wer in solchen Verhältnissen lebt, dem fällt es sicherlich leicht, diejenigen, die für ihren Unterhalt arbeiten müssen, zum Verzicht auf eine Lohnerhöhung zu bewegen.

Angaben aus: Bild-Zeitung, Hamburger Ausgabe, vom 26. Juli 1975

Maßregelung der DKFZ-Belegschaft:

„Einhaltung gewisser Grundregeln"

Heidelberg. Am 25. Juli erhielt jeder Beschäftigte des Deutschen Krebsforschungszentrums ein "Mitteilungsblatt" der DKFZ-Verwaltung mit dem Titel "Verhalten von Mitarbeitern des DKFZ außerhalb des Dienstes".

Dieses Blatt wurde, wie es im "Mitteilungsblatt" heißt, auf "Anregung des Kultusministeriums Baden-Württemberg" an die Belegschaft gegeben.

Die Belegschaft wird darin aufgefordert zur "Einhaltung gewisser Grundregeln" innerhalb und außerhalb des Dienstes. *"Für einen Angehörigen des öffentlichen Dienstes ergeben sich diese Regeln nicht zuletzt aus dem öffentlichen Dienstrecht und den Erfordernissen einer geordneten Verwaltung (vgl. § 8 Bundesangestelltentarif)."*

Der Absatz 1 § 8 Bundesangestelltentarif besagt folgendes: *"Der Angestellte hat sich so zu verhalten, wie es von Angehörigen des öffentlichen Dienstes erwartet wird. Er muß sich durch sein gesamtes Verhalten zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen."*

Absatz 2 unterstreicht: *"Der Angestellte ist verpflichtet, den dienstlichen Anordnungen nachzukommen ..."*

Warum verweisen das Kultusministerium und die DKFZ-Leitung auf die **Einhaltung** des öffentlichen Dienstrechts und des § 8 Bundesangestelltentarif?

Der Belegschaft ist die Antwort auf diese Frage klar: Sie hat gesehen, wie einige ihrer "Dienstherren" sich gerade im Rahmen der Regeln des öffentlichen Dienstrechts und der herrschenden Eigentumsgesetze (Grundgesetz) maßlos an Steuergeldern bereicherten. So hat sich ein Abteilungsleiter auf Institutskosten ein Motorschiff zusammenbasteln lassen; ein Direktor ließ seiner Frau aus einem Schrotthaufen im Institut einen schnittigen Sportwagen herrichten. Von Wohnzimmerregalen bis zum Vogelhaus verließen halbe Wohnungseinrichtungen, gefertigt auf Veranlassung von leitenden Herren, die Werkstätten des DKFZ.

Die Belegschaft hat gesehen, wie leitende Wissenschaftler und ebenfalls vorgesetzte "Dienstherrn" an schwangeren Frauen ohne deren Wissen Experimente mit radioaktiven Substanzen durchführten.

Lange haben Teile der Belegschaft unter teilweise katastrophalen Arbeitsbedingungen gearbeitet. So in der Käfigwaschanlage, wo 40 Grad und eine gesättigte Wasserdampfatmosphäre in einem fensterlosen Loch herrschten und das Kondenswasser von den Wänden tropfte. Solange die Kollegen den vorgeschriebenen Dienstweg einhielten und sich an die Vorgesetzten wandten, geschah nichts. Erst als sie mit Arbeitsniederlegung drohten, kam Bewegung in die DKFZ-Leitung, und sie erstellte daraufhin Umbaupläne.

Großen Teilen der Belegschaft werden ihnen zustehende tarifliche Eingruppierungen verweigert und Zulagen gestrichen.

Die Belegschaft hat auch gesehen, daß die DKFZ-Leitung eine Informationssperre über ihre Wissenschaftler verhängte, als sie Bodenproben der Müllkippe Leopoldshafen bei Karlsruhe im Auftrag einer Bürgerinitiative untersuchten und sich herausstellte, daß dort reichlich radioaktives Material abgelagert war. Die Belegschaft hat zu diesen Dingen nicht geschwiegen. Diese Zustände wurden auf Personalversammlungen aufgegriffen und öffentlich angeprangert.

Dies sind einige Beispiele, wo die Belegschaft sich nicht an den vorgeschriebenen Dienstweg hielt, wo nicht Bitten an die vorgesetzte Behörde gerichtet wurden, sondern die Belegschaft sich gegen ihren Dienstherrn selbständig zusammenschloß.

In diesem Rahmen wurde auch der Zugriff der Belegschaft auf den Personalrat enger, und er wird zunehmend als ein Instrument von ihr eingesetzt. Der alte Personalrat war für die Belegschaft unbrauchbar; er wurde deshalb vor einem halben Jahr zum Rücktritt aufgefordert und ein neuer wurde gewählt.

Das alles sind für den "Dienstherrn" Zeichen für Entwicklungen, die er unterdrücken muß, denn eine solche Belegschaft wird nicht weiter vor ihrem Dienstherrn buckeln wollen.

So wurde auch in der Belegschaft ein Betriebskomitee für einen Volksentscheid gegen den § 218 gegründet, das trotz Urlaubszeit in wenigen Wochen mehr als 300 Unterschriften gesammelt hat.

Einige Tage vor Herausgabe des "Mitteilungsblattes" an die Belegschaft schrieb außerdem die DKFZ-Leitung im Auftrag des Kultusministeriums dem Personalratsmitglied Dr. Walter Samsel, der für den KBW zum Stadtrat kandidiert hatte, einen ähnlichen Brief. Samsel wird darin gemaßregelt, weil er im Zusammenhang mit dem Atommüllskandal in Obrigheim, wo er zu den Findern gehörte, sich in öffentlichen Versammlungen dafür einsetzte, daß dieser Skandal von den Behörden und der Geschäftsleitung des Kernkraftwerkes Obrigheim nicht vertuscht werden konnte. Jetzt werden ihm in diesem Brief wegen dieses Verhaltens arbeitsrechtliche Konsequenzen angedroht, wenn er "die Pflichten eines Angestellten des öffentlichen Dienstes" künftig mißachtet.

Kurz nach dem Erscheinen des "Mitteilungsblattes" hielt der Personalrat des DKFZ eine Sondersitzung ab. Vier Personalratsmitglieder brachten dort eine Stellungnahme ein, die sich gegen diese massive Einschränkung demokratischer Rechte wendet und die DKFZ-Leitung auffordert, dieses Papier zurückzuziehen. Bei Stimmengleichheit wurde diese dann aber abgelehnt. Dagegen stimmten Personalratsmitglieder, die sich in ihrem Wahlprogramm zur "vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit der DKFZ-Leitung verpflichtet hatten. Die anderen Personalratsmitglieder begannen daraufhin mit den gleichen Forderungen eine Unterschriftensammlung in der Belegschaft.

–Zelle DKFZ–

Keine Streichung der Planstellen!

ÖTV-Bezirksvorstand: "Rücknahme der Mieterhöhungen ist gewerkschaftsschädigend"

Frankfurt. An den Unikliniken hatte der ÖTV-Vertrauensleutekörper die Forderungen von 182 Pflegeschülern unterstützt. In einem offenen Brief an die hessische Landesregierung waren die Forderungen erhoben worden: Rücknahme der Mieterhöhung und der Essenspreiseerhöhung. Keine Streichung der Planstellen. Die gemäß der Durchführung der 40-Stunden-Woche erforderlichen Planstellen müssen eingerichtet und besetzt werden.

Diese Forderungen wurden auf einer ÖTV-Mitgliederversammlung in der Chirurgie in einer Erklärung beschlossen. Der Vertrauensleutekörper hat dann diese Erklärung einstimmig unterstützt und sich an den Bezirks- und Kreisvorstand gewandt mit der Aufforderung, die Erklärung zur Veröffentlichung freizugeben. Nach einem Gespräch zwischen dem Vorstand des Vertrauensleutekörpers, dem Kreis- und Bezirksvorstand wurde eine neue Vertrauensleutekörper-Sitzung einberufen, auf der der Vorstand mitteilte, daß der Kreis- und Bezirksvorstand die Erklärung wegen ihres gewerkschaftsschädigenden Charakters abgelehnt haben. Der Hauptgrund: die Forderung nach Rücknahme der Mieterhöhung sei gewerkschaftsschädigend, weil die ÖTV die Mieterhöhung mit ausgehandelt habe. Dazu muß man wissen: Der öffentliche Arbeitgeber und die ÖTV-Führung sind nach dem erfolgreichen Widerstand der Belegschaft der Uniklinik gegen die Mieterhöhung im letzten Jahr und zahlreichen Protesten aus anderen öffentlichen Betrieben erneut in die Verhandlungen gegangen. Die ÖTV-Führung hat aber gegen den erklärten Willen und ohne Kenntnis der betroffenen Mitglieder zugelassen, daß an der Mieterhöhung festgehalten wird

Der Vertrauensleutekörper ließ die Forderung nach Rücknahme der Mieterhöhung und der Essenspreiserhöhung fallen. Der Vertrauensleutekörper verabschiedete einen Brief an die Landesregierung, für den eine Unterschriftensammlung durchgeführt wird. Der Brief fordert "die Besetzung aller freien und freiwerdenden Stellen" und "die Anhebung der Stellenpläne entsprechend der Einführung der 40-Stunden-Woche".

Dieser Beschluß des Vertrauensleutekörpers ist Ausdruck der Bewegung an der Klinik. Die betroffenen Bediensteten sind aber nach wie vor mit der Mieterhöhung nicht einverstanden und geben dem Ausdruck: am Schwarzen Brett des Wohnheimes der Krankenpflegeschulen wurde ein Aushang gemacht, der auffordert, die neuen Mietverträge über die ab 1. April rückwirkend erhobene Mieterhöhung, die jetzt jeder Mieter von der Klinikverwaltung zur Unterschrift zugeschickt bekommen hat, nicht zu unterzeichnen

–S./Red.–

Entlassung wegen Unterschriftensammlung im Betrieb?

Stellungnahme eines Rechtsanwalts zu den gesetzlichen Verteidigungsmöglichkeiten

Die Kommunistische Volkszeitung berichtete in Nr. 28 vom 17. Juli, daß in einem Bremer Betrieb ein Kollege gekündigt wurde, weil er Unterschriften für einen Volksentscheid gegen den § 218 gesammelt hat. Als Kündigungsgrund war parteipolitische Betätigung angegeben worden.

Eine derartige Kündigung sollten wir nicht einfach hinnehmen. Denn bei dieser Begründung können die Kapitalisten sich nicht so ohne weiteres auf ihr Arbeitsrecht stützen. Hinzu kommt, daß ein Arbeitsgerichtsprozeß gegen eine politische Entlassung oft – wenn auch nicht juristisch, so doch politisch – erfolgreich gegen die Kapitalisten geführt werden kann.

Ihr Arbeitsrecht verbietet den Kapitalisten den Rückgriff auf gewisse Begründungen, wenn sie eine Kündigung aussprechen. So dürfen sie z.B. nicht angeben, daß politische Anschauungen oder die Mitgliedschaft in einer politischen Organisation der Grund einer Kündigung sei. Das widerspräche nämlich der freiheitlich-toleranten Schminke, die sie ihrer Ausbeutung geben. Ist ein Kapitalist dennoch so dreist oder so dumm, eine Kündigung nur mit den politischen Anschauungen des Arbeiters zu begründen, bekommt der Tölpel von den Arbeitsgerichten, die seine Klasse eingerichtet hat, die Quittung und eine Belehrung. Die Kündigung wird für unwirksam erklärt und er darauf hingewiesen, daß er das nächste Mal alles andere als Grund heranziehen darf, nur nicht eben die politische Meinung.

Eine Ausnahme von dem Verbot, allein aus politischen Gründen zu kündigen, gilt für Kirchen, ihre karitativen und erzieherischen Einrichtungen sowie für "Tendenzbetriebe". Das sind Betriebe, die vorrangig *"politischen, koalitionspolitischen, konfessionellen, karitativen, erzieherischen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Bestimmungen oder Zwecken der Berichterstattung oder Meinungsäußerung dienen"* (§ 118 Betriebsverfassungsgesetz).

Außerhalb dieser kirchlichen und Tendenzbetriebe kann eine Kündigung nur dann mit politischer Betätigung begründet werden, wenn hinzukommt, daß *"der Betriebsfriede nachhaltig gestört worden ist"* (so die Rechtsprechung der Arbeitsjustiz).

Das Bundesarbeitsgericht hielt im Urteil von 6. Februar 1969 (BAG AP Nr. 58 zu § 626 BGB) fest, daß selbst staatsfeindliches oder strafbares Verhalten nur dann ein Grund zur fristlosen Kündigung ist, wenn *"die betriebliche Ordnung und der betriebliche Frieden nachhaltig gestört"* seien. Natürlich ist der Betriebsfriede nach Auffassung der Kapitalisten ein ganz mimosenhaftes Ding, das bei Diskussionen unter Kollegen schon zittert, lange bevor das Wort "Ausbeutung" fällt. Aber immerhin muß der Kapitalist, will er sich auf die Störung seines "Betriebsfriedens" berufen, nachweisen, daß die Leistungen des Arbeiters wegen seiner politischen Betätigung nachgelassen haben oder daß es zu Auseinandersetzungen in der Belegschaft gekommen sei, daß sein Vertrauen zu dem Arbeiter grundlegend erschüttert oder daß die Betriebssicherheit gefährdet sei.

Nicht selten ist der Nachweis einer "Störung des Betriebsfriedens" für den Kapitalisten ein dornenreicher und nicht ganz billiger Weg: Ganze Abteilungen arbeiten nicht, weil sie als Zeugen beim Arbeitsgericht sind. Deswegen haben die Kapitalisten nach einer Abkürzung dieses Verfahrens gesucht. Ihre Zuflucht glauben sie in § 74 Abs. 2 Betriebsverfassungsgesetz gefunden zu haben, der "Arbeitgeber und Betriebsrat jede parteipolitische Betätigung im Betrieb" verbietet. Sie sagen dann, wenn schon parteipolitische Betätigung verboten sei, dann selbstverständlich auch jede allgemeinpolitische Betätigung wie z.B. eine Tätigkeit gegen den § 218.

Die Sache hat aber zwei Haken, an denen man diese Paragraphenjongleure mit ihrem Trick aufhängen sollte.

Zunächst trifft das Verbot der parteipolitischen Betätigung auf der Seite der Belegschaft nur den **Betriebsrat**. Er, nicht die anderen Belegschaftsmitglieder, soll nach dem Betriebsverfassungsgesetz mit den Kapitalisten zum *"Wohl des Betriebs zusammenarbeiten"*. Die Belegschaft hat diese *"gesteigerte Friedenspflicht"* nicht. Allen anderen Arbeitern und Angestellten ist parteipolitische Betätigung nur dann verboten, wenn sie zu Unruhe führt.

Zweitens wird nur **parteipolitische** Betätigung untersagt. Die bürgerlichen Parteien haben mit dieser Bestimmung ein Abkommen geschlossen, ihrem gemeinsamen Interesse an der ungestörten Ausbeutung in den Betrieben den Vorrang zu geben gegenüber der Erörterung ihrer unterschiedlichen Auffassungen, wie Ausbeutung und Unterdrückung am besten gesichert und ausgebaut werden. Sie wollen vermeiden, daß "parteipolitischer Hader" im Betrieb die Arbeiter gegeneinander aufbringe, daß die Parteien jeweils ihr angehörige Betriebsräte als Brückenköpfe in den Betrieben verwenden, um ihre Variante bürgerlicher Politik den Arbeitern besser zu verkaufen. Die Bestimmung ist also ein Nichtangriffspakt der bürgerlichen Parteien im Bereich der Produktion.

Dieser Nichtangriffspakt wird nicht zum Vorteil einer Partei gebrochen, wenn Unterschriften gegen eine bestimmte staatliche Maßnahme, die von allen bürgerlichen Parteien getragen wird, gesammelt werden. Das ist zwar ein Argument auf dem Boden des arbeiterfeindlichen Betriebsverfassungsgesetzes, aber man kann es vor der bürgerlichen Arbeitsjustiz sehr gut verwenden. Die Arbeitsrichter werden nämlich gezwungen, entweder der Kündigung die Weihe der Rechtmäßigkeit zu geben – dann allerdings verletzen sie den Grundsatz, daß die Arbeiter in ihrer Meinungsfreiheit *"nicht weiter eingeschränkt werden sollen als für einen ungestörten Arbeitsablauf erforderlich ist"* (so einige Kommentatoren zu § 74 Betriebsverfassungsgesetz), und den weiteren Grundsatz ihrer Rechtsordnung, daß freiheitsbeschränkende Bestimmungen eng auszulegen sind; oder sie halten sich an diese Grundsätze und erklären die Kündigung für unwirksam. Diese Entscheidung, auch wenn sie mit Argumenten aus dem Arsenal der herrschenden Klasse erfochten wird, gibt Raum, um den Zusammenschluß der Arbeiterklasse voranzubringen.

Klar ist, daß die Begründung des § 74 Betriebsverfassungsgesetz, Streit in der Belegschaft verhindern zu wollen, durch und durch verlogen ist: Nichts kommt der herrschenden Klasse mehr gelegen als eine Spaltung in der Belegschaft. Daß andererseits die Bewegung für Volksentscheid gegen den § 218 keine Zwietracht unter den Arbeitern hervorruft, sondern deren Zusammenschluß begünstigt, sind Tatsachen, die ein Arbeitsgericht nicht gern vernimmt und noch weniger in einem Urteil zugunsten des gekündigten Kollegen verwenden wird. Weil es aber Tatsachen sind, sollte man nicht unterlassen, sie – gerade auch in dem Arbeitsgerichtsprozeß – hervorzuheben.

Stefan Baier, Rechtsanwalt



"Nicht die Frauen, die abtreiben, gehören angeklagt, sondern die Verhältnisse, die sie zur Abtreibung zwingen." – Straßenagitation des Komitees gegen den § 218 in Bochum.

Bundesversicherungsanstalt für Angestellte

ÖTV gegen Arbeitshetze

Westberlin. Rund 40 000 Rentenanträge fallen bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte gegenwärtig monatlich zur Neubearbeitung an. Mit 95 000 unerledigten Anträgen ist der höchste Rückstand seit Jahren erreicht worden.

Bereits bei der Durchsetzung der 40-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst am 1.10.1974 hatten sich die Arbeitsverhältnisse verschlechtert. Denn die Arbeitszeitverkürzung war für die Geschäftsführung nur Anlaß dazu, aus der Belegschaft mehr Arbeit herauszuholen, um keine neuen Einstellungen vornehmen zu müssen. Als Hauptmittel hat ihr dazu die Einführung der gleitenden Arbeitszeit gedient. Mit dieser hofft sie zu erreichen, daß die Kollegen vor allem dann am Arbeitsplatz sind, wenn am meisten Arbeit anfällt, und unbezahlte Überstunden gemacht werden. Als Druckmittel, um ihr Ziel zu erreichen, hat die Geschäftsleitung eingeführt, daß alle Angestellten durch ihre Vorgesetzten einer Beurteilung nach ihrer Leistung unterworfen werden. Gegen diese Verschlechterung der Arbeitsbedingungen hat sich jetzt die ÖTV-Gruppe in einem offenen Brief an den Präsidenten der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte gewandt. Darin schreibt sie: **"Die Verhältnisse in der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte lassen es nicht länger zu, daß die Betriebsgruppe der ÖTV lediglich in ihren Institutionen und im Personalrat nach Abhilfe drängt. Es ist vielmehr an der Zeit, eine öffentliche Diskussion zu beginnen."** Und weiter unten: **"Wir verlangen: 1. Personelle und organisatorische Maßnahmen zur Normalisierung der Arbeitslage. 2. Stopp mit dem Leistungsdruck über Statistiken und Beurteilungen. 3. Eine Entschädigung der verschleierten Überstunden. Schaffen Sie endlich Verhältnisse, die den vereinbarten 8-Stunden-Tag ermöglichen."**

Unterschrieben ist dieser Brief von der ÖTV-Betriebsgruppe und der Abteilung Versicherungsangestellte des ÖTV-Bezirks Westberlin.

–C./H.–

Feyl-Pleite: Millionen beiseite geschafft-Löhne nicht gezahlt

Über die Firma Mesoprint schafft Druckkapitalist Meyer die Gelder beiseite/Für Meyers Geschäfte stand der Senat gerade

Westberlin. Den Juli-Lohn hat der Druck-Kapitalist Meyer den 217 Arbeitern der Druckerei Feyl bis jetzt nicht ausgezahlt.

Als er vor drei Jahren die Druckerei kaufte, erhielt Meyer 8,5 Millionen DM Kredit. Auf die Maschinen bezahlte ihm der Westberliner Senat 25 Prozent Investitionszulage aus Steuergeldern, dazu weitere Sonderabschreibungen von bis zu 75 Prozent in den ersten fünf Jahren. Immer wenn aus seinem Zweigunternehmen in Bad Oeynhausen Aufträge nach Westberlin gegeben wurden, wurde ihm zusätzlich eine Umsatzvergütung von 8,7 Prozent gutgeschrieben. Als im Dezember 1974 in der Druckerei erstmals von roten Zahlen gesprochen wurde, ließ der Westberliner Senat Meyer weitere 3,8 Millionen als Bürgschaft zukommen.

Alles lief darauf hinaus, in kürzester Zeit über das Berliner Werk Millionen locker zu machen aus Senatsgeldern, die Arbeitskraft der Arbeiter auszupressen und über eine größere Pleite sich mit den zusammengerafften Millionen abzusetzen. Daß das so ist, stellt sich immer deutlicher heraus. Kapitalist Meyer hat mit der Pleite einen schönen Reibach gemacht. Von Anfang an hatte man sich gewundert, warum Meyer ausgerechnet jetzt, wo noch für 5,5 Millionen DM Aufträge bis Ende Oktober da sind, die Zahlungen einstellen mußte. Mittlerweile ist etwas mehr Licht in das Spekulanten-Dunkel gekommen:

Der Konkursverwalter handelt als "heißen Tip" für eine "Auffanggesellschaft" die Firma Mesoprint. Die Mesoprint gehört Meyers Frau und ehemaligen Geschäftsführern von Meyer.

Wie uns Kollegen von Feyl berichteten, sollen die Maschinen, die noch im Betrieb stehen, ebenfalls der Mesoprint gehören.

– In letzter Zeit ist immer mehr Papier für Feyl von der Mesoprint aus Westdeutschland geliefert worden. Dieses Papier ist gleich am ersten Tag aus dem Betrieb geschafft worden, wahrscheinlich um es es schnell zu versilbern.

Der Westberliner "Tagesspiegel" vom 6. August meldet, daß das "Auffangmanöver" durch einen anderen Betrieb, der Meyers Frau gehört, "geglückt" sei. Elf Maschinen sollen von dieser Firma sichergestellt sein.

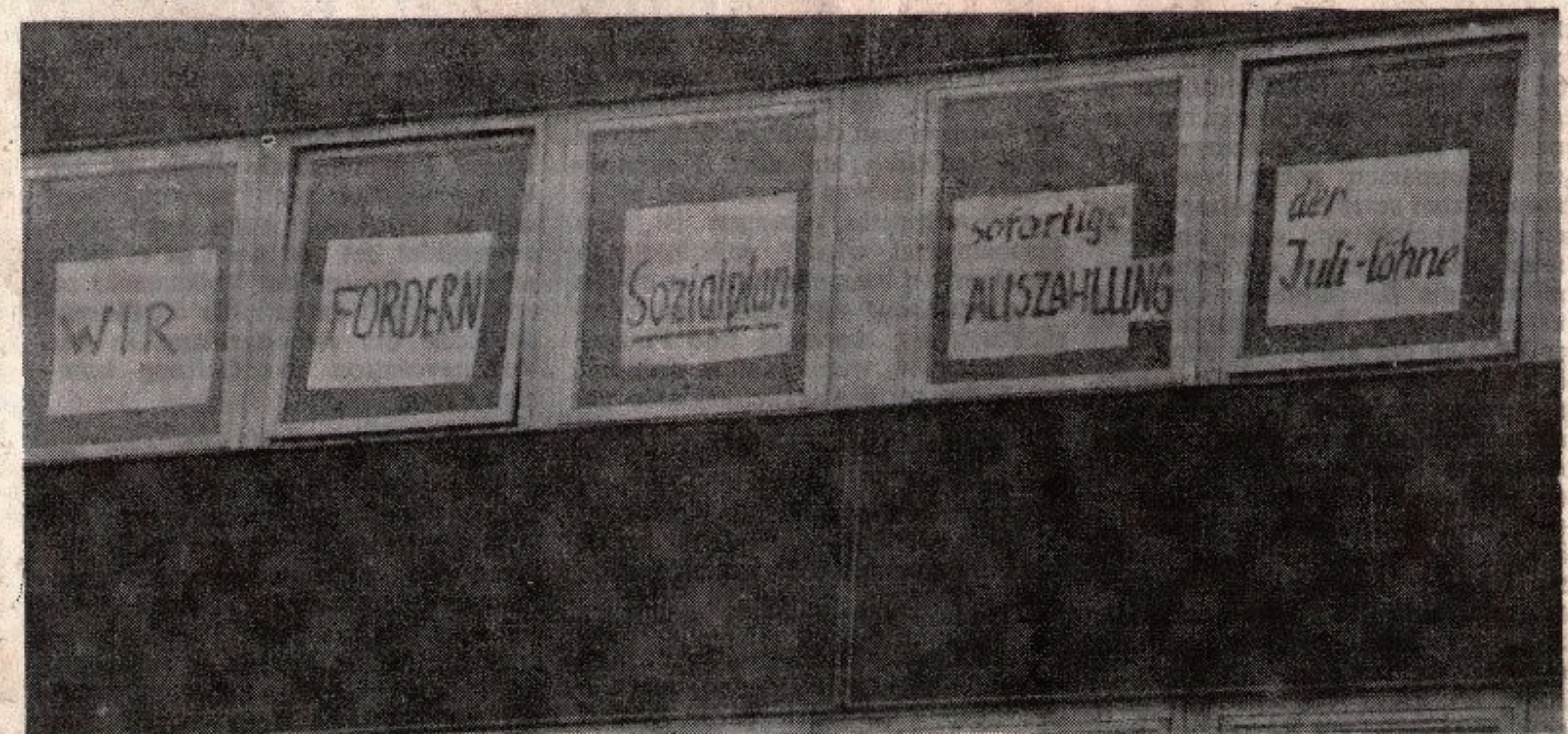
Durch Meyers Spekulationstricks kommt für die 18 Millionen Mark Verluste, die Meyer in den letzten Jahren gemacht hatte, der Senat auf. Meyer gehören über seine Frau nach wie vor die Maschinen und Rohstoffe von Feyl. Geld ist über verschiedene Briefkastenfirmen auch genug beiseite geschafft. Da wird man nicht lange warten müssen, bis der Kapitalist wieder irgendwo "einsteigt" und die Profitmacherei von neuem beginnen kann. Vom Arbeitsamt braucht Meyer nicht einmal zu träumen.

Für die Feyl-Kollegen sieht die Lage anders aus. Während der letzten Monate wurde die Ausbeutung bei Feyl enorm verschärft: Streichung der betrieblichen Sozialleistungen, Anrechnung der miesen Tariferhöhungen auf die übertariflichen Zulagen, immer mehr Arbeit mit vermindertem Personal an den Druckmaschinen, 12-Stunden-Schichten und in letzter Zeit auch noch die Einführung von Mängelanzeigen, mit denen die Kollegen noch mehr unter Druck gesetzt werden sollten. All das wurde mit der "Sicherung der Arbeitsplätze" begründet.

Für die Juli-Löhne will der Westberliner Senat mit einem weiteren Kredit nicht aufkommen. Ein Faustpfand haben die Kollegen nicht mehr in der Hand. Ein Kollege meinte: **"Mensch, wär' ich doch vor zwei Wochen einfach mit dem Arsch drauf sitzengeblieben, auf den Maschinen und dem Papier; aber jetzt, Wochen später, ist fast nichts mehr drin."**

Der Landesbezirkstag der IG Druck und Papier in Westberlin hat im April den Hauptvorstand aufgefordert, eine zentrale Demonstration zur Lage in der Druckindustrie zu organisieren. Der Hauptvorstand hat sich dazu bisher noch nicht gerührt.

Nach Berichten aus Westberlin



Die Kollegen von Feyl-Druck hängten an den Fenstern ihre Forderungen aus

Gehlen: Löhne mußten ausgezahlt werden

Kaiserslautern. Nachdem am 4. August empörte Bauarbeiter auf dem Lohnbüro bei Gehlen ihren überfälligen Lohn verlangten (siehe KVZ Nr. 31), wurden inzwischen die Löhne und Gehälter bei der Gehlen GmbH ausgezahlt.

Der Betriebsrat allerdings, anstatt auf die Stärke der Belegschaft zu setzen, sucht sein Heil in Bettelgängen. Während die Kollegen aufgefordert wurden, *"ruhig zu bleiben und weiterzuarbeiten, um eventuelle Käufer nicht abzuschrecken"*, schickte er ein Telegramm nach Bonn mit der Bitte um ein Darlehen von 8 Millionen Mark, nachdem die rheinland-pfälzischen Finanzminister Gaddum und der Wirtschaftsminister eines Landesbürgschaft abgelehnt hatten.

Das Gleiche tat auch das Mitglied des Bundestages, Müller-Emmert (SPD), immer bestrebt, sich als Sachverwalter der Arbeiter hinzustellen. Die Zeitung 'Rheinpfalz' verkündete, daß angesichts der Auftragslage mit einem Verwalterdarlehen von 8 Millionen Mark bis März nächsten Jahres weitergearbeitet werden könne.

Dasselbe war bereits vor einem halben Jahr erzählt worden. Damals hatte das Land 9 Millionen Mark in die Kassen der Gehlen-Kapitalisten fließen lassen.

–G.D., Kaiserslautern–

Presseerklärung von Lehramtsreferendaren

Frankfurt. Die Lehramtsreferendare des Studienseminars 10 im 1. Semester haben in einer Presseerklärung "gegen die Nichteinstellung von weit über 1 000 Referendarsanwärtern und Lehrern" protestiert. Sie weisen in ihrer Erklärung auf die materielle Notlage ihrer arbeitslosen Kollegen, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, hin und fordern die Anerkennung aller arbeitslosen Lehramtsreferendare und Lehrer als Arbeitslose. Weiterhin stellen sie fest, daß die Nichteinstellungen "für die Kollegen an der Schule verschärfte Arbeitshetze" mit sich bringen. Demgegenüber fordern sie die Einstellung aller Lehrer und Referendare und die Abschaffung aller Anhörungsverfahren zur politischen Überprüfung der Lehramtsanwärter und Lehrer.

Frechheit der Kapitalisten kennt keine Grenzen

Erfahrungen bei der Suche nach einem Arbeitsplatz

Von den 1 017 900 Arbeitslosen Ende Mai waren 28,1 Prozent Angestellte. Im Juli stieg die Arbeitslosenquote bei den Angestellten um 15,1 Prozent bei einem Anteil von 3,33 Prozent Arbeitslosen unter den Angestellten insgesamt. Die Kapitalisten gehen daran, die Arbeitsplätze in den Büros abzubauen und die Arbeitshetze zu steigern. Ein Angestellter berichtet:

Seit Ende Juni bin ich arbeitslos. – Von Beruf Industriekaufmann. Gleich zu Beginn der Arbeitslosigkeit bin ich aufs Arbeitsamt gegangen und habe mich nach einer Stelle erkundigt – nichts drin!, war die Antwort. Kein einziges Angebot. Und trotzdem hatte der Angestellte einen ganzen Stapel Karteikarten vor sich, die er durchwühlte. Ich fragte, was das denn sonst für Karteikarten wären. Antwort: *"Ja – weibliche Angestellte werden sehr wohl gesucht. Eine Gehaltsfrage."*

Am gleichen Tag beantragte ich mein Arbeitslosengeld. Das war am 1. Juli. Nach zirka zwei Wochen bekam ich ein Schreiben, in dem es hieß, daß mein Antrag noch nicht bearbeitet werden könne, da man erst bei meinem früheren Kapitalisten nachfragen müsse, warum ich gekündigt wurde. Für den Juli hat mein Junigehalt gerade noch gereicht. Im August sitze ich auf dem Trockenen.

Wenn man einen Mund zum Essen hat, aber nicht weiß, woher man's nehmen soll, das ist großartig – das schafft beste Voraussetzungen: für die Kapitalisten.

Vor einer Woche war ich bei einem solchen Kapitalisten und habe mich auf sein Inserat hin vorgestellt. "Color-Druck" in Eutingen bei Pforzheim heißt der Betrieb. Es war ein Job als Schichtarbeiter, um den ich mich bewarb. Als kaufmännischer Angestellter scheint man sonst auf dieser Welt ja überflüssig zu sein.

Nun gut. Ich kam also dahin und mußte erstmal über eine Stunde warten. Dann kam eine Dame und nahm meine Personalien auf. 7,30 bis 7,50 DM die Stunde, meinte sie. Je nach Ermessen des Chefs. Ich fragte nach dem Tarif: 6 DM und ... Da hab ich schnell den Mund gehalten.

Dann ging's weiter: *"Sie kennen ja die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Nicht mehr wie vor fünf Jahren; heute können wir schon ein wenig aussuchen. Bei uns wird zehn Stunden gearbeitet, nur manchmal sind es acht."* Unverschämtheit, dachte ich. Das war aber noch nicht alles. *"Öfters müssen wir noch zulegen und dann werden es zwölf Stunden."* Ich wußte nichts mehr zu sagen.

Beim Abschied meinte die Dame: *"Wir geben Ihnen nächste Woche Bescheid, ob wir Sie nehmen. Es werden sich ja noch weitere Personen melden. Die möchten wir gerne auch noch abwarten."* Bis heute war von diesem Betrieb nichts mehr zu hören.

Inzwischen geht mein Geld endgültig zur Neige. Arbeitslosengeld ist auch noch keins da.

Heute, am 8. August, wieder ein Hoffnungsschimmer, einen Ausbeuter zu finden, Zeitungsanzeige lautet: Büroarbeiten in einem Stahllager – in Dauerstellung bei der Firma Nestle & Koch, Pforzheim.

Ich stoße bis zum Oberbuchhalter vor, der scheinbar den Chef vertritt. Ich sage, daß ich auf die Anzeige hin komme. Er glotzt mich von oben bis unten an. Ich komme mir vor, als ob ich mich selbst zu Markte trage und nicht nur meine Arbeitskraft. – Insgesamt scheine ich die Prüfung zu überstehen. Nur meint er: *"Der Bart muß ab, unsere Kunden mögen das nicht."* Solche Worte habe ich bisher nur bei der Bundeswehr gehört. Die Frechheit der Kapitalisten kennt wirklich keine Grenzen. Nun ja, über solche Frechheiten käme man noch mit hochrotem Kopf hinweg. Auf meiner früheren Arbeitsstelle hatte ich 830 DM netto. Zum Leben reichte das wirklich gerade hin. Auf meine Frage antwortete dieser Mensch: *"900,– DM zahlen wir Ihnen!"* Ich meinte hoffnungsvoll: "Netto?" – *"Brutto!"* kam hartnäckig die Antwort. – Man kann es wirklich kaum fassen. Das sind zirka 600 DM netto, die einem diese Leuteschinder zum Leben übriglassen wollen. Wenn wir uns überlegen, daß in nächster Zukunft die Lohnabhängigen in Westdeutschland in der Lohnrunde ihre Lebensgrundlage verteidigen müssen, dann kann man nur sagen: Die Kapitalisten haben mit dem Arbeitslosenheer einen weiteren guten Trumpf in der Hand, die Arbeiterklasse ein weiteres Mal zu spalten, um mit dieser Spaltung eine weitere Senkung des Reallohns zu erreichen.

Am eigenen Leib muß ich im Augenblick erfahren, wie notwendig die Forderung zur Verhinderung der Spaltung ist: 80 % Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit! Und wie wichtig es ist, daß die Arbeitsämter den Kapitalisten als Instrument der Lohndrückerei entrissen werden. Ich jedenfalls würde keinen Job für 600 DM annehmen müssen, wenn ich ein Arbeitslosengeld in etwa der gleichen Höhe beziehen könnte.

–M., Pforzheim–

GEW soll Demonstration organisieren

Frankfurt. Auf einer Versammlung der Initiative nichteingestellter Lehrer und Referendare am 30. Juli beschlossen die etwa 40 Anwesenden einen Antrag an den Bezirksvorstand der GEW Frankfurt, in dem sie diesen auffordern, gegen die Nichteinstellung von Lehrern und gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Lehrer tätig zu werden. Dazu gehört nach ihrer Ansicht die Forderung, daß auch die arbeitslosen Lehrer und Referendare Arbeitslosengeld erhalten. Sie fordern den GEW-Bezirksvorstand auf, eine Demonstration zum Arbeitsamt zu organisieren und dort eine Kundgebung abzuhalten. Vorgeschlagen wurde, daß auf der Kundgebung ein arbeitsloser Lehrer oder nichteingestellter Referendar einen Beitrag zu den Folgen der Arbeitslosigkeit der Lehrer halten soll. Der Chef des Arbeitsamtes solle aufgefordert werden, zu den vorgetragenen Forderungen Stellung zu beziehen.

Diesen Dienstag hat der Bezirksvorstand der GEW beschlossen, daß die Demonstration am 19.8. durchgeführt werden soll. Beteiligen werden sich daran auch der Kreisverband Offenbach der GEW.

"Die Segnungen der Marktwirtschaft"

Einer der 77 Absolventen der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule aus Rheinland-Pfalz, der nicht in den Schuldienst eingestellt wurde, weil er das erste Examen mit Note 4 bestanden hat, legte gegen seine Nichteinstellung Widerspruch ein.

Folgende Antwort gab das Ministerium *"Zwar wären die Absolventen des Herbstprüfungstermins 1974 im Jahre 1975 alle umstandslos in den Schuldienst übernommen worden, wie das bisher immer der Fall war, wenn uns die wirtschaftliche Rezession nicht zu erheblichen Einsparungen auch auf dem Personalsektor gezwungen hätte."*

Nun weiß man ja, daß der Staat dieses Jahr mehr Gelder ausgibt als je zuvor, und daß gespart wird nur da, wo es um die Bedürfnisse und Angelegenheiten des Volkes geht, während man für die Kapitalisten stets aufwendige "Konjunkturprogramme" ersinnt. Daß soviel Lehrerabsolventen nicht eingestellt werden, hängt so einzig daran, daß der Staat in der Krise alle verfügbaren Mittel für die Kapitalisten braucht, wofür er auch bereit ist, das Volksbildungswesen weiter verrotten zu lassen.

Dann heißt es weiter: *"Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß der Lehrerbedarf an Grund- und Hauptschulen ohnehin bis zum Jahre 1976 ein gewisses Maß an Sättigung erreicht hätte. Wir haben nämlich in Rheinland-Pfalz dank einer guten schulischen Personalpolitik in den vergangenen Jahren die in der Bund-Länder-Kommission aufgestellten Richtwerte für Schüler-Lehrer-Relationen (in der Grundschule 30–35 Schüler pro Lehrer und in der Hauptschule 21–22 Schüler pro Lehrer) bereits im Jahre 1975 unterschritten; denn nach den neuesten statistischen Ermittlungen kommen in Rheinland-Pfalz in der Grundschule auf einen Lehrer 28,5 und in der Hauptschule auf einen Lehrer 20,3 Schüler."*

Laut GEW-Informationen gab es im Schuljahr 1972/73 1 074 Klassen mit mehr als 40 Schülern!

Daß diese Klassenstärke auch heute keine Seltenheit ist, erfahren wir täglich in der Praxis. So unterrichte ich auch in einer Klasse mit 42

Schaut man genauer hin, so stellt sich dann auch heraus, daß es sich bei diesen Richtzahlen gar nicht um die Klassenstärke handelt, sondern um einen abstrakten Durchschnittswert, der im Schulalltag überhaupt keine Bedeutung hat. Er dient alleine dazu, die tatsächlichen Mißstände zu verschleiern.

Was Lehrer, Schüler und Eltern interessiert, ist doch: wieviele Schüler in einer Klasse sitzen! Nicht, wieviele Schüler auf einen Lehrer kommen, denn da sind alle Lehrer dabei, die irgendwann mal für ein paar Stunden in der Schule sind. Dieses Verhältnis aber geben die "Richtwerte" des Kultusministeriums an.

Mit seinen "Richtwerten" versucht das Kultusministerium der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen, so zu tun, als gebe es Mißstände an den Schulen nicht. Aber unsere Erfahrungen sind anders. Der Lehrermangel ist zu offenkundig.

Weiter heißt es in dem Brief des Kultusministeriums: *"Schließlich liegt es im Risiko eines jeden Berufs, daß nach seinem Ausbildungsabschluß nicht die angestrebte und erwünschte Berufstätigkeit ausgeübt werden kann, was im übrigen nicht nur für die Berufe, für die ein Studium Voraussetzung ist, sondern ganz allgemein für jegliche berufliche Tätigkeit gilt. Das hat letztlich seine Begründung in unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung so wie in unserem marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftssystem. In Folge dessen ist im Artikel 12 des Grundgesetzes das Recht auf freie Auswahl der Ausbildungsstätte garantiert; es ist aber nicht das Recht verbrieft, daß jedermann nach Abschluß der Ausbildung einen entsprechenden Arbeitsplatz erhält."*

Die Verfassung garantiert zwar jedem das Recht auf freie Wahl des Ausbildungsplatzes, aber ob er den gewählten Ausbildungsplatz auch erhält, bleibt völlig offen, denn niemand anders als die Kapitalisten und ihr Staat entscheiden darüber. Was dieses Recht wert ist, kann man an den Tausenden arbeitsloser Schulabgänger sehen, die keinen Ausbildungsplatz finden.

Noch nicht einmal mehr auch nur formal dagegen garantiert diese Verfassung das Recht auf einen Arbeitsplatz, was als Segnung unserer "freiheitlich demokratischen Grundordnung" ausgegeben wird.

M./E.

Kein Kindergeld für arbeitslose Jugendliche

Kindergeld, das bisher für Kinder in der Ausbildung bis zum 27. Lebensjahr bezahlt wurde, wird jetzt gestrichen in all den Fällen, wo die weitergehende Ausbildung nicht "unmittelbar", das heißt spätestens vier Monate nach Schulabschluß, beginnt.

Das gilt für arbeitslose Jugendliche nach Abschluß der Hauptschule, aber auch für Abiturienten, die wegen des Numerus Clausus keinen Studienplatz erhalten.

Solange die Bewerbung um einen Studienplatz läuft, wird Kindergeld bezahlt. Sobald die Ablehnung eintrifft, werden die Zahlungen eingestellt.

Portugal

Die Krise der revolutionären Entwicklung

Die revolutionäre Entwicklung in Portugal befindet sich gegenwärtig in einer schweren Krise. Die Frage der politischen Macht ist nicht entschieden. Sie drängt auf Entscheidung. Welche Klassen sollen herrschen unter Führung welcher Klasse? Sollen die Großgrundbesitzer und die Großbourgeoisie unter Führung einer Kompradorenclique, also letztlich der imperialistischen Monopolbourgeoisie, herrschen oder sollen die Arbeiter, Bauern und Kleinbürger unter Führung der Arbeiterklasse herrschen? Welche Art von Demokratie soll errichtet werden: die Herrschaft der Großgrundbesitzer und der Großbourgeoisie über das Volk, verhüllt durch die Existenz einiger parlamentarischer Organe, oder die Herrschaft des Volkes offen ausgeübt durch Organe der Volksmacht? Wer soll unterdrückt werden? Die Großgrundbesitzer und die Großbourgeoisie sowie die Statthalter des Imperialismus oder die Bauern, Kleinbürger und Arbeiter? Wer soll die Waffen besitzen? Eine bürgerliche Armee oder das Volk und seine Milizen? Welche Produktionsweise soll herrschen? Die kapitalistische Produktionsweise, durchsetzt mit Elementen des Feudalismus und unter dem Diktat des ausländischen Monopolkapitals, oder die sozialistische Produktionsweise nach einer Reihe von Übergangsformen, die ihren Aufbau vorbereiten?

Bisher ist in Portugal noch keine der Fragen entschieden, die durch die Entwicklung seit dem Sturz des Caetano-Regimes aufgeworfen worden sind.

Je weniger entschieden und bewußt die Kräfte der Revolution die Entscheidung vorbereiten, umso größer sind die Möglichkeiten der Reaktion, die vorhandenen Widersprüche zur Spaltung des Volkes zu nutzen, umso größer ist die Gefahr, daß sich die Massen nicht auf die anstehenden Aufgaben der Revolution konzentrieren können, sondern zu Anhängseln der verschiedenen Kräfte der Konterrevolution werden. Denn die politische Lage ist verworren und die wirtschaftliche Lage verschlechtert sich. Die alte Ökonomie hat bereits vor dem 25. April nicht mehr funktioniert. Jetzt funktioniert sie noch weniger. Eine neue Ökonomie kann sich jedoch ohne die Klärung der Machtfrage nicht entwickeln. Von innen und außen legen die Kräfte der Konterrevolution Portugal die Daumenschrauben an.

Die Kräfte der Revolution und Konterrevolution

Diese Kräfte der Konterrevolution sind im Innern die Großgrundbesitzer und die Großbourgeoisie. Außerhalb Portugals sind es der Imperialismus und die beiden Supermächte, die in Gestalt verschiedener politischer Parteien sich mächtige Agenturen unter den Volksmassen selber geschaffen haben. Dabei setzt der US-Imperialismus auf Spinola und seine im Land gebliebenen Anhänger, die Sowjetunion auf die Revisionisten und der westeuropäische Imperialismus mit der BRD an der Spitze vor allem auf die Sozialisten. Die inneren Reserven der Konterrevolution bilden die Parzellenbauernschaft im Zentrum und im Norden Portugals und die Kleinbourgeoisie. Objektiv sind die Bauern des Zentrums und des Nordens und die Kleinbourgeoisie nicht nur Reserven der Konterrevolution, sondern auch Reserven der Revolution. Sie schwanken zwischen der Revolution und der Konterrevolution und im Kampf um diese Reserven wird sich der Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution entscheiden, wobei diese Entscheidung letztlich fallen wird in der Auseinandersetzung um die Streitkräfte und die bewaffnete Macht.

Welches sind die Aufgaben der Revolution in der gegenwärtigen Situation?

Diese Aufgaben sind: Enteignung des Großgrundbesitzes und Übernahme durch die Landarbeiter und Bauern. Enteignung der Banken und des portugiesischen Monopolkapitals. Enteignung des ausländischen imperialistischen Kapitals.

Die Aufgaben der Revolution

Ein Teil dieser ökonomischen Aufgaben scheint bereits erfüllt, insbesondere die Verstaatlichung der Banken und des portugiesischen Monopolkapitals. Jedoch gerade hier bleibt die Kernfrage: Welcher Staat hat die Banken und das Monopolkapital enteignet? Es ist der bürgerliche Staatsapparat, der durch die MFA geleitet wird, jedoch nach wie vor als losgetrennter Apparat über den Volksmassen fortexistiert. So ist keineswegs entschieden, ob die Verstaatlichung der Banken und des Monopolkapitals nicht lediglich auf eine Treuhandschaft des Staates hinausläuft, bis es der Bourgeoisie gelungen ist, den Staatsapparat wieder vollständig in die Hand zu bekommen. Oder ob die Verstaatlichung ein Schritt zur Vernichtung der Monopol- und Finanzbürokratie ist, wenn es dem Volk unter Führung der Arbeiterklasse gelingt, den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen und durch eigene Machtorgane zu ersetzen. Letzteres zu verhindern arbeiten alle Kräfte der Konterrevolution von Spinola bis zu den Revisionisten entschieden zusammen.

Die Frage des Großgrundbesitzes ist ebenfalls nicht entschieden, sondern ihre Lösung im Süden erst in Angriff genommen. Die teilweise Enteignung des Großgrundbesitzes wird durch die Staatsmacht geduldet, aber nicht durch eigene politische Machtorgane des Volkes vorangetrieben.

Die für die Unabhängigkeit Portugals und für die Befreiung des portugiesischen Volkes vom Imperialismus entscheidende Frage der Enteignung des ausländischen imperialistischen Kapitals ist bisher im buchstäblichen Sinn liegengeblieben. Sie kann auch nicht durch die spontane Arbeiterbewegung ernsthaft in Angriff genommen werden, sondern nur durch die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung von Organen der Volksmacht, die sich in den Betrieben auf Fabrikräte stützen und durch die Arbeiterklasse geführt werden.

Als Ergänzung zu diesen entscheidenden Aufgaben der Revolution in der gegenwärtigen Situation sind notwendig Erleichterungen der Lage der Bauern im Zentrum und im Norden sowie des Kleinbürgertums. Die wirtschaftliche Lage der Bauern hat sich durch die bisherige Entwicklung eher verschlechtert. Eine zu einem späteren Zeitpunkt notwendige Kollektivierung der Parzellenwirtschaft wird jedoch nur möglich sein auf der Grundlage einer Verbesserung der Lage der Bauern durch Steuererleichterungen, Absatz- und Preisgarantien und die dazu notwendige Vergenossenschaftlichung des Handels sowie ein entsprechendes Kreditwesen. Die Nationalisierung der Banken ist hierfür eine wichtige Voraussetzung, jedoch kann sich diese Nationalisierung der Banken nur dann segensreich auswirken, wenn sich die Banken unter der Kontrolle von Organen der Volksmacht befinden, die sich auf Räte der Bankangestellten stützen.

Die Revolution zögert vor ihren Aufgaben

Warum zögert die Revolution vor diesen Aufgaben? Sie zögert vor diesen Aufgaben, weil zwei Voraussetzungen für ihre Lösung nicht erfüllt sind. Noch kann die Arbeiterklasse als einzige entschieden revolutionäre Klasse ihre führende Rolle in der Volksrevolution nicht verwirklichen, weil sie selbst noch keine Avantgarde ausgebildet hat und noch ist es nicht gelungen, Organe der Volksmacht zu errichten, mit deren Hilfe die führende Rolle der Arbeiterklasse in der Volksrevolution zur Geltung kommen kann.

Bereits die ersten Ansätze der Legitimierung und Propagierung solcher Organe der Volksmacht durch die MFA haben unter Führung der Sozialisten und mit dem Schlachtruf der "reinen Demokratie" auf den Lippen einen großen Teil der Kräfte der Konterrevolution in Bewegung gebracht. Die Konterrevolution kann sich dabei auf beträchtliche Teile der Massen stützen, weil der Schlachtruf der "reinen Demokratie" seine demagogische Kraft gerade aus der Fortexistenz des bürgerlichen Staatsapparates und seiner Infiltration durch die Revisionisten zieht.

Die Stärke der Reformisten im Volk ist nichts anderes als die Kehrseite der Stärke der Revisionisten in der Arbeiterbewegung, ihres Einflusses in der MFA und im bürgerlichen Staatsapparat. Das zeigt, daß die Arbeiterklasse nur durch einen Kampf an zwei Fronten, gegen den Revisionismus und den Reformismus, sich zusammenschließen und ihre führende Rolle in der Volksrevolution verwirklichen kann.

Die Fortexistenz des bürgerlichen Staatsapparates bedeutet nicht nur, daß das Instrument der Herrschaft der Großgrundbesitzer und der Großbourgeoisie nicht zerschlagen ist, sondern bedeutet auch, daß zur Ernährung und Erhaltung dieses Staatsapparates weiter die Volksmassen und insbesondere die Bauern ausgeplündert werden. Diese Ausplünderung muß sich verschärfen, nachdem die Ausplünderung der früheren Kolonien nicht mehr länger fortgesetzt werden kann.

Die Krise der revolutionären Entwicklung in Portugal besteht nicht, wie Staatspräsident Costa Gomes das Volk glauben machen will, in einem zu raschen Marschtempo der Avantgarde, sondern in der fehlenden klaren Marschrichtung und dem Tempoverlust der Revolution. Beides erklärt sich gerade aus dem Fehlen einer anerkannten Avantgarde der Arbeiterklasse.

Die Tatsache, daß Teile der MFA sich auf die Seite des Volkes stellen und daß die MFA die Leitung des Staatsapparates noch in Händen hält, bedeutet einen wichtigen Zeitgewinn für die Arbeiterklasse und die Kräfte der Revolution. Noch ist die Konterrevoluion nicht in der Lage, gewaltsam das Ruder des bürgerlichen Staatsapparates herumzureißen. Doch dieser Zeitraum wird nicht lange währen. Eine Revolution unter der Schirmherrschaft der bürgerlichen Armee ist nicht möglich. Die gegenwärtige Situation kann genutzt werden, um die Armee weiter zu zersetzen, Teile der Armee für die bewaffnete Volksmacht zu gewinnen und diese selber aufzubauen. Noch sind die bereits vorhandenen Elemente der Doppelherrschaft in der Armee zusammengefaßt. Diese Situation ist nicht lange haltbar. Das zeigt sich bereits in den Auseinandersetzungen innerhalb der MFA, in den Schwierigkeiten der Regierungsbildung und der Widersprüchen des Dreierdirektoriums Gomes, Goncalves, Carvalho. Das Volk kann sich nicht auf die MFA verlassen. Deren Leitung der Armee schafft ihm gegenwärtig Zeit und Raum. Das ist alles.

Die Kräfte der Konterrevolution nützen die Zeit ebenfalls, denn auch sie haben durch die Unentschiedenheit der MFA viel Platz. Der weitere Weg der portugiesischen Revolution wird schwierig sein und die Nagelprobe steht erst bevor.

Für die revolutionäre Bewegung in Westdeutschland kann dies nur bedeuten, daß sie alle Illusionen über einen "revolutionären Prozeß" im Selbstlauf ablegt, sich über die bevorstehenden Auseinandersetzungen Klarheit verschafft, die portugiesische Arbeiterklasse und die sich langsam herausbildende marxistisch-leninistische Avantgarde unterstützt, allen Einmischungen des Imperialismus und der beiden Supermächte entschlossen entgegentritt.

Zu Euphorie besteht keinerlei Anlaß, wohl aber zur Zuversicht in die Fähigkeit der portugiesischen Arbeiterklasse und des portugiesischen Volkes, sich gegen die Großgrundbesitzer, die Monopolbourgeoisie, den Imperialismus und die Einmischungen der Supermächte zusammenzuschließen, wenn die Marxisten-Leninisten in Portugal eine richtige Linie für diesen Zusammenschluß aufzeigen.

–J.S.–

Ungarn

Beschwerde eines Arbeiters über die Wohnungsnot

Der nachfolgende Brief eines ungarischen Arbeiters an die Wohnungsbehörde von Gödöllö (Kleinstadt bei Budapest) ist im Organ des ungarischen Schriftstellerverbandes "Elet es Irodalom" erschienen (Jahrgang 19, Nr. 31 vom 2. August 1975).

"Unterschriebener Kamenszki Pal und Ehefrau, geborene Karsai Borbala, ehemals in Gödöllö wohnhaft, gegenwärtig wohnhaft in Kerepes, Kossuth-Siedlung, möchten die Veränderungen in ihrer Wohnsituation wie folgt darstellen: Der durch unsere Familie bewohnte Raum hat eine Grundfläche von 12,5 Quadratmetern. Wir benutzen den Ausdruck 'Raum', da wir in einem Raum wohnen, der weder als Wohnung, noch als Zimmer qualifiziert werden kann.

Als wir unseren Antrag auf eine Wohnung gestellt haben, wohnten wir, meine Frau, unser Kind, meine Eltern und ich bei meinen Eltern in einem einzigen Zimmer (Gödöllö, Hunyadi-Str. 23). Meine Eltern erlaubten uns jedoch nicht mehr, bei ihnen zu wohnen; deswegen mußten wir eine Untermiete suchen. In Gödöllö haben wir keine Untermiete bekommen. Meine Frau war zu dieser Zeit bereits mit unserem zweiten Kind schwanger. So kamen wir nach Kerepes, nach unserem gegenwärtigen Aufenthaltsort, in den Teil der Liegenschaft von Majdan Janos, den er uns für eine Monatsmiete von 400 Forint vermietete. (Der Durchschnittslohn eines ungarischen Arbeiters dürfte bei 2 000 Forint liegen, Anm.d.Verf.)

Der Raum, in dem wir wohnen, ist ein Nebengebäude; es diente früher als Ziegenstall. Der Raum hat keinen Dachboden. Seine Wände bestehen aus Brettern, die von Lehm zusammengehalten werden. Im Winter können wir heizen, wie wir nur wollen, es bleibt immer kalt. Wir haben keinen Strom, wir leuchten mit einer Petroleumlampe. Von dem Fenster unserer Wohnung ist das Plumpsklo fünf Meter entfernt, und so ist der Gestank, insbesondere im Sommer, kaum erträglich. Ansonsten ist das ganze Gebäude baufällig, obwohl wir viele Reparaturen ausgeführt haben. Dieser einzige Raum ist unser Heim; hier kochen, waschen und schlafen wir. Unsere Wohnsituation gefährdet die Gesundheit unserer Familie. Seitdem wir unseren Wohnungsantrag gestellt haben, ist unser zweites Kind, Eszter, auf die Welt gekommen. So wohnen wir in dem oben beschriebenen Raum inzwischen mit zwei minderjährigen Kindern. Unser Sohn Pal wird im September 1975 in die Schule gehen. Unter diesen Bedingungen kann das Kind unmöglich lernen ...

Unseren Antrag auf eine Wohnung halten wir aufrecht. Wir bitten darum, wenn möglich, behandeln Sie unseren Antrag außerhalb der offiziellen Reihenfolge.

Hochachtungsvoll,
Kamenszki Pal
und Ehefrau

Während das Elend der Arbeiterklasse in Ungarn bereits groß ist, wertet der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses der USAP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei) die Wirtschaftslage Ungarns wie folgt:

Die ungarische Wirtschaft ist in Strukturschwierigkeiten geraten, a) weil die Zahlungsbilanz dem Westen gegenüber negativ war, b) weil "1975 die Einkünfte der Bevölkerung weiterhin schneller anstiegen als geplant" (aus: "Tarsadalmi Szemle", theoretisches Organ der USAP, Nr. 7, Juli 1975).

Trotz dieses angeblich zu hohen Anstiegs des Lebensniveaus waren im Mai 1975 um 6 Prozent weniger Wohnungen im Bau als im Mai des Vorjahres. Am 4. August 1975 sind die Preise für Baumaterial durchschnittlich um 26,2 Prozent vom Staat erhöht worden (nach: "Nepszabadsag", Zentralorgan der USAP, vom 3. August). Das heißt, die Wohnungsnot wird sich vor allem für die Arbeiter der großen Städte weiter verschlechtern. Die Funktionäre von Partei und Betrieb haben darunter auch bisher nicht gelitten und werden es wohl auch in der Zukunft nicht. Noch nie hat es so viele Villen am Plattensee gegeben wie 1975.

G., Frankfurt

BASF Lehrlinge: "Wir haben einen Schritt voran getan"

Über 1000 auf der Jugendversammlung der BASF/Forderung nach Übernahme aller Lehrlinge

Am Freitag, dem 8. August, hatten wir in der BASF-Werkskantine Jugendversammlung. Sie war zu einem Thema einberufen worden, was schon die ganze Woche bei uns im Betrieb diskutiert wurde: 500 Lehrlinge, die gerade ihre Prüfung abgelegt haben, werden entlassen. Wieviel die Werksleitung wieder einstellt, ist nicht sicher (siehe KVZ Nr. 31).

Jedem war klar, das ist eine Sache, die uns alle betrifft. Und so waren schon auf dieser ersten Versammlung am Morgen mindestens 1 000 Jugendliche erschienen. Der Vorstand der Werksleitung jedoch hatte es nicht für nötig gehalten zu kommen, obwohl er die Entlassungen beschlossen hatte.

Nach dem kurzen Rechenschaftsbericht der Jugendvertretung wurden die ersten Solidaritätsadressen bekanntgegeben, die unsere Forderung: Übernahme aller Lehrlinge, unterstützten. Eingegangen waren Solidaritätsadressen vom Bund der Antifaschisten, der Ortsgruppe der DKP, vom Stadtjugendring, dem Christlichen Verein junger Männer, der Evangelischen Jugend Ludwigshafen, der Jugendvertretung von Bayer Leverkusen, der IG Chemie Mainz, dem SDAJ-Bundesvorstand und dem Juso-Bundesvorstand.

Jede dieser Resolutionen wurde mit Beifall begrüßt.

Der Beitrag des Jugendvertretungsvorsitzenden Thieser folgte. Er griff die Maßnahmen der Werksleitung an. Damit würden die Jugendlichen und ihre Eltern verunsichert werden bis zum Termin der Einstellungsgespräche. Er verurteilte es, daß der Vorstand nicht erschienen war, und legte dann unsere Forderung auf den Tisch: **Übernahme aller Lehrlinge!**

Der nächste Redner forderte dann auf, eine Delegation zu schicken, um den Vorstand zu holen. Jetzt kam Stimmung in den Saal.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen

Ein Jugendvertrauensmann geht ans Mikrofon: "Wir haben oft über diese Maßnahmen in der Gruppe diskutiert; was heißt Maßnahmen, man muß sagen, über diese Sauerei diskutiert!"

Starker Beifall, die Kollegen im Saal klopfen mit Flaschen auf die Tische, der Vertrauensmann mußte eine Weile unterbrechen. Dann fährt er fort: "Klar ist, das geht uns alle an. Die Entlassenen müssen mit einer geringen Arbeitslosenunterstützung rumkrebsen, bei den Kollegen im Betrieb steigt die Arbeitshetze, wenn keine neuen Arbeiter rauskommen. Und wir, wie wir hier sitzen, kriegen Tag für Tag eins auf den Deckel: Jeder soll schaffen wollen, was das Zeug hält; jeder soll probieren, besser zu sein als der andere, weil einem immer wieder mit der späteren Nichtübernahme gedroht wird, wo dann nach Leistung gesiebt werden soll."

Er stellt die Resolution, die schon von der letzten Vertrauensleuteversammlung beschlossen wurde und in der die Übernahme aller Lehrlinge gefordert wird (siehe KVZ Nr. 31), zur Abstimmung. Als Zusatz enthält sie den Antrag, am Tag der Entlassungen eine Demonstration zu machen und die Woche darauf eine Veranstaltung. Dort sollen alle Betriebe, Jugendvertretungen und Organisationen eingeladen werden, um die weiteren Schritte zu besprechen. Beifall, jeder hebt die Hand für diese Resolution. Einstimmig angenommen!

Der Jugendvertrauensmann geht auf den Vorschlag ein, eine Delegation zum Vorstand zu schicken: "Dafür bin ich nicht. Die wimmeln so ein paar Mann doch glattweg ab und belabern sie. Außerdem weiß der Vorstand doch schon längst, was gespielt wird, und ist bereits hierher gebeten worden. Wenn er nicht kommt, holen wir ihn. Aber alle zusammen, die ganze Versammlung muß zum B 1, Sitz der Werksleitung, marschieren!" Im Saal rappelt es wieder, stürmischer Beifall.

Jetzt sieht der anwesende Betriebsrat, Ries, seine Stunde gekommen. Er fordert uns auf, im Namen des Betriebsfriedens, nur eineDelegation zu schicken. Dann folgt ein langer Beitrag von ihm, der Betriebsrat unterstütze natürlich unsere Forderung . . .

Langsam kommt die Versammlung zur Ruhe. Man döst langsam ein. Wenig Kampfgeist steckt in dem Beitrag des Betriebsrates. "Man hat immer das Gefühl, er stirbt beim Sprechen", sagt ein Kollege neben mir.

Wir begrüßten ihn mit einem Pfeifkonzert

Jetzt soll Herr Apel, eine kleine Nummer aus der Werksleitung, zu Wort kommen. Die Stimmung geht wieder aufwärts im Saal. Man begrüßt ihn gleich mit einem Pfeifkonzert und Buh-Rufen. Einige Kollegen halten ein Transparent hoch: Übernahme aller Lehrlinge! Es wird unter Beifall über Apels Kopf hinten an die Wand gehängt. Noch grinst er.

"Wir haben natürlich Verständnis für Ihre Empörung." Buh-Rufe, Zwischenruf: "Oh, auf einmal!" Pfeifkonzert. Es wird gebeten, Apel weiterreden zu lassen. "Wir können aber angesichts der wirtschaftlichen Situation nicht alle Lehrlinge übernehmen. Machen Sie doch der Werksleitung keine Schwierigkeiten jetzt!" Man soll dankbar sein, sagt er, denn die Ausbildung bis zur Prüfung habe die Werksleitung doch eine Menge Geld gekostet. Zwischenruf eines Kollegen: "Wir sollen ja später dann das Tausendfache wieder reinschaffen. Und unsere Eltern tun das schon!" Dankbar sollen wir sein, denken die Kollegen. Ohne die Arbeiter stünde doch das ganze Werk nicht.

Das Gelaber von Apel ist nicht mehr auszuhalten.

Uns platzt der Kragen: "Vorstand her, Vorstand her!" beginnen wir in Sprechchören zu rufen. Apel wird unterbrochen. Es wird nach einer Abstimmung doch erst mal beschlossen, eine Delegation zum Vorstand zu schicken. Sie geht los; in etwa einer halben Stunde soll sie zurück sein.

In dieser Zeit probiert Apel nochmal zu reden: "Die 500 werden doch erstmal nur beurlaubt, bis zum Bescheid der Übernahme oder Nichtübernahme. Für diesen Sonderurlaub werden sie doch bezahlt." Weiter hat er nichts zu sagen. Eine Kollegin geht nach vorn: "Ein schöner Urlaub, bei sonnigem Wetter, mit der Angst im Nacken, in der nächsten Zeit stempeln zu gehen!" Beifall.

Die Zeit bis zur Rückkehr der Delegation muß überbrückt werden. Jeder weiß, gegen 11 Uhr müssen wir raus, die Kollegen aus den Betrieben wollen ihr Essen. Ein von der Entlassung Betroffener meldet sich zu Wort. Er zeigt nochmal anschaulich an seinem Beispiel die Situation der Entlassenen auf. Ein anderer gibt einen Beschluß der Entlassenen bekannt. Sie wollen am Donnerstagfrüh um 7 Uhr vorm Tor 3 gegen die Entlassung protestieren.



Demonstration der BASF Lehrlinge am 12.8.

Wir lassen uns doch nicht verschaukeln

Mittlerweile ist die halbe Stunde um. Der Jugendvertrauensmann, der vorhin den Antrag stellte, die ganze Versammlung soll losziehen, geht nach vorn: "Die halten unsere Delegation wohl für Kasper. Und uns hier wohl für blödes Stimmvieh, was nur Resolutionen abstimmen kann, aber nicht kämpfen. Wir werden ihnen zeigen, daß es nicht so ist. Wir marschieren alle!"

Ein Zug bildet sich in der Kantine und ruft immer wieder: "Solidarisieren, mitmarschieren!" Der Großteil der Versammlung schließt sich an. Als die erste Reihe aus der Kantine tritt, kommt die Delegation zurück. Sie haben uns was mitgebracht: Herrn Dribbusch, ein Mitglied des Vorstands.

Alles wieder zurück in die Kantine. Dribbusch wird auch gebührend mit Pfiffen begrüßt. "Ich habe den Eindruck, Sie wollen mich gar nicht", sagt er. Pfiffe und Buh-Rufe.

Er beginnt nach einiger Zeit, als sich das Pfeifen gelegt hat, zu reden. Was heißt reden, er drückt sich um den heißen Brei herum. Da weiß er zu erzählen, daß es ungerecht wäre gegenüber den anderen Arbeitslosen, alle Prüflinge zu übernehmen. Höhnisches Gelächter im Saal. Dann mußten natürlich auch die Araber herhalten, die uns das alles eingebrockt hätten usw. blablabla – keine Stellungnahme zu den Entlassungen.

Es ist 11 Uhr. Dribbusch hat gesprochen, aber nichts gesagt. Die Jugendvertretung weist die Argumente Dribbuschs zurück und besteht auf der Forderung: **Übernahme aller Lehrlinge!**

Die Versammlung wird geschlossen, da die Kantine gebraucht wird.

Einige von uns rennen schnell aus der Kantine, um draußen die Kollegen zusammenzuhalten: "Ohne Stellungnahme des Vorsitzenden des Vorstandes, Seefelder, dem BASF-Oberhaupt, ist für uns die Sache nicht gelaufen", rufen sie, "wir marschieren durch den Betrieb zum Seefelder!"

Wir haben alle eine Riesenwut. Ungefähr 800 Kollegen schließen sich dem Aufruf an. Ganze Haufen von Werkspolizisten ziehen sich zusammen, können aber nicht eingreifen. Wir sind zu viele.

Dann marschierten wir zum Vorstandsgebäude hin

Der Marsch geht los. Vor jedem Betrieb, an dem wir vorbeikommen, halten wir. "Übernahme aller Lehrlinge!" rufen die Sprechchöre und "Vorstand raus, Vorstand raus!"

Gegen 11.30 Uhr erreichen wir das Gebäude der Werksleitung. Seefelder hat es nicht nötig, sich zu zeigen. Der Demonstrationszug macht einen Schlenker, zurück zum Tor 2, um raus auf die Straße zu gehen. Wir wollen es mal von draußen probieren, in aller Öffentlichkeit. Die Werkspolizisten versuchen von jedem den Werksausweis zu verlangen, ohne Erfolg.

Als wir dann von außen das Gebäude der Werksleitung erreichen, sind wir auf etwa 300 Mann geschrumpft. Bei dem Schlenker im Werk und beim Tor 2 sind wir wohl getrennt worden. Wir machen trotzdem weiter.

Wir setzen uns auf den Platz vor dem Gebäude der Werksleitung und rufen wieder: "Seefelder raus, Seefelder raus!" Er hält's immer noch nicht für nötig. Wir kochen.

"Er ist wohl gerade am Fressen oder Saufen", sagen die Kollegen, "dem geht wohl die Klammer vor Angst!" Die Sprechchöre werden lauter und rufen: "Feigling – komm raus!" "Seefelder raus – Feigling!" Nichts rührt sich. Wir wissen aber, er ist da, denn er hat ja schon mit der Delegation gesprochen.

Da greifen Ries, der Betriebsrat, und Thieser, der Vorsitzende der Jugendvertretung, wieder ein. Über Megaphon fordern sie uns auf, an die Arbeit zu gehen. "Wir bleiben", rufen die Kollegen.

Wir bleiben auch noch etwa eine Viertelstunde bis um 12 Uhr. Doch wir sehen, daß wir viel weniger sind als beim Marsch und daß sich Seefelder nicht rührt. Dann lösen wir uns auf. Es wird aber nochmals auf die Demonstration am Dienstag hingewiesen und daß der Kampf nicht zu Ende ist.

Wir gehen also wieder zurück in den Betrieb, ohne Ausweiskontrolle, denn wir bleiben in großen Diskussionsgruppen zusammen. Uns ist klar: Wir haben einen Schritt voran getan, unsere Solidarität hat sich gefestigt, der Kampf wird weitergehen. Die Demonstration am Dienstag wird es zeigen.

Zelle-BASF Ludwigshafen

Dienstag, 12. August

Am Dienstag Nachmittag demonstrierten 450 Lehrlinge der BASF durch die Straßen von Ludwigshafen für ihre gerechten Forderungen. Die Demonstration fand große Aufmerksamkeit bei der Ludwigshafener Bevölkerung, überall an den Straßenrändern standen Menschen und aus den Fenstern beobachteten viele den Marsch. Auf der Kundgebung hatte die Geschäftsleitung der BASF Spitzel aufziehen lassen, Tobian von der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit war selbst anwesend. Das konnte nicht verhindern, daß die Jugendvertretung noch einmal bekräftigte, daß sie weiterhin für die volle Übernahme aller Lehrlinge eintrete, ebenso der Bezirksleiter der IG Chemie Papier Keramik. Die Jugendvertretung kündigte einen Hungerstreik an, den sie als Jugendvertretung durchführen wolle. 35 Solidaritätsresolutionen aus allen Teilen der Bundesrepublik sind mittlerweile eingetroffen, und zum Schluß der Kundgebung sprach sich ein betroffener Kollege unter Beifall der Versammelten für die Weiterführung des Kampfes aus.

Recht auf Ausbildung zur käuflichen Ware gemacht

Vorschlag des Kultusminister Krollmann: Eltern sollen Lehrerlohn direkt durch "Spenden" bezahlen

Vor kurzem hat der hessische Kultusminister Krollmann einen Vorschlag gemacht, wie man der Misere im Schulwesen Einhalt gebieten könne.

Es herrsche "enormer Lehrermangel", hat er festgestellt, und die Verschlechterung der Schulverhältnisse sei unabwendbar. Dabei, so meinte er, müsse das nicht sein, denn im nächsten Jahr werde man 20 000 ausgebildete Lehrer haben, die als Arbeitslose auf der Straße stehen. Einstellen könne der Staat diese Lehrer aber nicht, denn Geld sei keines da.

Offen eingestanden hat er damit, daß der bürgerliche Staat in der Krise nicht mehr in der Lage ist, das Recht der Jugend auf Ausbildung zu gewährleisten, und daß unter seiner Regie das Volksbildungswesen verrotten muß.

Welche Lösung bietet er an? *"Durch private Spenden der Eltern soll die finanzielle Voraussetzung für die Einstellung von arbeitslosen Lehrern in den Schuldienst geschaffen werden"*, wozu *"neue Formen der Beschäftigung von Lehrern außerhalb staatlicher Regie"* gefunden werden müßten (Frankfurter Rundschau vom 9. August). Nichts anderes beinhaltet damit dieser Vorschlag, als daß der hessische Kultusminister das Recht der Jugend auf eine Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr teilweise wieder zu einer Privatangelegenheit machen will. Zu einer Sache, die gekauft werden muß und die man sich bloß besorgen kann, wo man genug Geld im Beutel hat.

Viel hat sich die bürgerliche Klasse stets darauf zugute gehalten, daß sie im Rahmen eines staatlichen Schulwesens das Recht auf eine Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr für die Jugend aller Klassen und Schichten unabhängig von der Größe des elterlichen Geldbeutels verwirklicht habe.

Obwohl dieses Recht für die Jugend der besitzlosen Klassen meist nur eine schlechte Ausbildung beinhaltete, so blieb es doch als Recht stets garantiert. So weit ist die Krise der bürgerlichen Gesellschaft fortgeschritten, daß sie jetzt selbst das minimale Recht auf Ausbildung nicht mehr aufrechterhalten kann und offen zu dessen Aushöhlung übergehen muß.

Wo das Recht auf Ausbildung weichen soll zugunsten einer Ausbildung als käuflicher Ware, trifft dies lediglich die Jugen;der besitzlosen Klassen, während die besitzende Klasse und ihr Anhang durch Geld die Ausbildung ihrer Jugend sichern werden. Denn was der Kultusminister Krollmann der besitzenden Klasse im Handel dafür angeboten hat, daß sie der Aufweichung des Rechts auf Ausbildung zusieht, ist, daß sie Privatlehrer, Privatschulen und mehr Einfluß auf das Schulwesen sich anschaffen darf. *"Auch schloß der Minister nicht aus, daß wohlhabende Eltern durch hohe Spendenbeträge Einfluß auf Schule und Lehrpläne nehmen könnten."* (Frankfurter Rundschau vom 8. August)

Zustimmen muß man dem Minister, daß das Schulwesen der "staatlichen Regie" entzogen werden muß. Aber nicht nur teilweise, sondern radikal. Hat er doch eingestanden, daß dieser Staat das Schulwesen weiter verlumpen lassen und das Recht auf Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr aushöhlen will.

Es ist nicht im Interesse der Jugend der besitzlosen Klassen, daß die Ausbildung zu einer Privatangelegenheit wird, die sich nur aneignen kann, wer genügend Geld hat.

In ihrem Interesse ist es, wenn das Volk die Schulen unmittelbar in eigene Regie übernimmt und die Einheitsschule erkämpft, in der das Recht auf gleiche Ausbildung für jedermann bis zum 18. Lebensjahr gewährleistet ist.

e.r.

Gegen die Einschränkung der Fahrkostenerstattung

Am Dienstag, dem 5. August, verabschiedete der Ortsjugendausschuß des Fernmeldeamtes Trier der Deutschen Postgewerkschaft einstimmig eine Resolution gegen den Beschluß der Landesregierung von Rheinland-Pfalz, die Fahrkostenerstattung für Schüler erheblich einzuschränken. Der Ortsjugendausschuß wendet sich dabei insbesondere gegen das Argument der Landesregierung, es sei kein Geld für die Fahrkostenerstattung da. Dazu heißt es in der Resolution: "Es ist aber da für die Investitionsspritzen an Unternehmer, für den Ausbau von Polizei und Heer." Zum Schluß der Resolution heißt es: "Wir unterstützen die gerechten Forderungen der Schüler: **Volle Beibehaltung der Fahrkostenerstattung für Schüler! Keine Einschränkung der Fahrgelderstattung!**"

Wyhl: „Solange die Landesregierung den Willen des Volkes nicht respektiert, bleibt der Platz besetzt"

Versammlung auf dem Bauplatz beschließt: Verhandlungen nur, um das Kernkraftwerk zu verhindern

Am Sonntag, dem 10.8., fand auf dem Bauplatz in Wyhl eine Informations- und Diskussionsveranstaltung über die gegenwärtige Lage und die weiteren Aufgaben im Kampf gegen das Kernkraftwerk statt. Erschienen waren über 500 Menschen. Diese Veranstaltung war von großer Bedeutung, weil in der letzten Zeit Unklarheiten und Unsicherheit über das weitere Vorgehen entstanden waren, vergrößert noch durch das Verhalten der Bürgerinitiativen in den Verhandlungen mit der Landes- und Bundesregierung und ihre Erklärung vom 3. Juli (siehe KVZ Nr. 31), die letztendlich die Entscheidung über den Bau des Kernkraftwerks in die Hände der Gerichte legen würde.

Dieses Vorgehen war auf zunehmende Kritik innerhalb der Bevölkerung gestoßen, auch, daß über die Verhandlungen mit Späth, Eberle und Matthöfer kein öffentlicher Bericht abgelegt worden war.

Auf der Platzversammlung am Sonntag, dem 3. August, war deshalb beschlossen worden, daß die Bürgerinitiativen auf einer größeren Veranstaltung ihr Vorgehen öffentlich zur Diskussion stellen müssen und die Verhandlungskommission über die bisherigen Gespräche Rechenschaft ablegen muß.

Am Sonntag traten denn auch die widersprüchlichen Meinungen über das weitere Vorgehen viel deutlicher als bisher zu Tage. Ein Vertreter der Verhandlungskommission berichtete über das Ergebnis der bisherigen Gespräche: "Bisher ist jeder Erfolg ausgeblieben!" Bundes- und Landesregierung wollen mit den Verhandlungen nur ihre Pläne gegen die Bevölkerung durchsetzen. Bundesforschungsminister Matthöfer: *"Wenn die Kernkraftwerke nicht gebaut werden, wird die Arbeitslosigkeit noch weiter steigen und dann ist diese Regierung in Gefahr!"* Der Bericht der Verhandlungskommission zeigte: All die wohlgefälligen Beteuerungen der bürgerlichen Politiker über ihre Verständnis für die betroffene Bevölkerung sind Schall und Rauch, wichtig ist für sie einzig und allein, daß das Kernkraftwerk gebaut wird.

Ein Vertreter aus Weisweil, Fischermeister Ehret, erklärte, daß die Landesregierung keinen Deut von ihrem Vorhaben abrücken werde, sondern notfalls auch mit Polizeigewalt die Interessen der Badenwerk AG durchsetzen werde. Die Kaiserstühler müßten gegen einen Polizeiüberfall gewappnet sein. Wenn in der kommenden Woche die Freiau-Wohnungen in Freiburg von Polizeikräften geräumt werden sollen, müsse man auch mit einem "Besuch in Wyhl" rechnen. Das einzige Mittel, sich gegen einen bevorstehenden Angriff zu wehren sei die *"Geschlossenheit, der persönliche Mut und der volle Einsatz aller Betroffenen"*. Der Platz müsse auf jeden Fall gehalten werden. Er erhielt begeisterten Beifall.

Ein Sprecher aus dem Elsaß erklärte, daß man den besetzten Platz auf keinen Fall aus der Hand geben dürfe. Zu groß sei dieses Symbol des Widerstandes für die bevorstehenden Kämpfe gegen Kernkraftwerke im Elsaß. "Falls dieser Platz geräumt werden soll, halten Sie aus, bis wir Elsässer rüberkommen!", rief er den Versammelten unter großem Beifall zu.

Alle Sprecher, die in dem gemeinsamen Widerstand der Bevölkerung das einzige Mittel gegen den Bau sahen, erhielten großen Beifall.

Auf einem großen Transparent stand: "Was Verhandlungen nicht geschafft, die Bauplatzbesetzung schafft es über Nacht."

Ein Kollege aus der Rhodiaceta aus Freiburg erklärte auf der Versammlung: "Mehr und mehr sichere Arbeitsplätze soll das Kernkraftwerk bringen, damit soll den Arbeitern plausibel gemacht werden, daß wir ums Kernkraftwerk nicht herumkommen. Mehr und sichere Arbeitsplätze, ein Witz, wenn man schaut, wie es heutzutage tatsächlich in den Fabriken aussieht. Bei uns in der Rhodia wird mehr Energie benötigt, aber nicht um Arbeitsplätze sicherer zu machen. Tatsächlich sieht es so aus, daß immer mehr Menschen durch Maschinen ersetzt werden und auf die Straße fliegen. Die anderen Arbeiter, die weiterhin in den Fabriken sind, müssen durch schneller laufende und rationellere Maschinen aber umso mehr schuften."



Auf dem besetzten Bauplatz: Debatte über den weiteren Weg

Ein anderer Sprecher verwies auf die Tatsache, daß im Ruhrgebiet eine Zeche mit 400 Kumpels geschlossen werden soll, weil der zuständige Elektrizitätskonzern "Energie aus Kohle" nicht benötige. Diesen Kumpels gilt unsere volle Solidarität und unser Beitrag wird sein, daß wir im Kampf gegen das Kernkraftwerk nicht nachgeben.

Der Kollege aus der Rhodia sagte weiter: "Was wir bisher erreicht haben, konnten wir nur dadurch erreichen, daß wir hinter unsere Forderungen entsprechenden Druck gesetzt haben; hätten wir anders gehandelt, wären da etwa die Herren Minister zu uns auf den Platz gekommen? Hätte anders etwa eine Sondersitzung der Stuttgarter Regierung stattgefunden? Nein! Die ersten Mauern wären schon hochgezogen worden."

In diesem Sinn wurde eine Resolution eingebracht, in der es unter anderem heißt: "... der Landesregierung geht es nicht darum, den Willen des Volkes zu respektieren, im Gegenteil, sie will nach wie vor die Interessen des Badenwerks durchsetzen. Unser Interesse ist es, den Bau des Kernkraftwerks zu verhindern und deshalb können wir den besetzten Bauplatz, wie auch in Marckolsheim, nicht aus der Hand geben, bevor der Plan der Landesregierung endgültig gefallen ist. Verhandlungen mit der Landes- und Bundesregierung haben nur dann einen Sinn, wenn sie mit diesem Ziel geführt werden."

Einige Vertreter der Bürgerinitiativen versuchten, eine Beschlußfassung über diese Resolution zu verhindern. Daß die Absicht der Landesregierung so deutlich beim Namen genannt wird und die Verhandlungskommission darauf festgelegt wird, Verhandlungen ausschließlich mit dem Ziel des endgültigen Falles des Kernkraftwerksprojektes zu führen, war ihnen unangenehm. Die Versammlung bestand aber auf der Abstimmung. Mit überwältigender Mehrheit wurde die Resolution angenommen.

Jetzt wird es darauf ankommen, die Auseinandersetzung überall, vor allem in den Dörfern, fortzuführen mit dem Ziel, eine möglichst große Einheit für das weitere Vorgehen zu erzielen.

Der Kollege aus Freiburg sagte: "Wichtig ist, wenn gerade in den nächsten Wochen wieder von der Bevölkerung starker Druck ausgeübt wird. Es würde viele Menschen ermutigen, daß sie sich noch mehr als bisher gegen das Kernkraftwerk einsetzen, wenn zum Beispiel durch eine Erklärung, hinter die sich die Mehrheit der Bevölkerung eines Dorfes stellen kann, zum Ausdruck gebracht wird, daß die Propaganda der Landesregierung nicht zieht und die Bevölkerung weiterhin entschlossen ist, ihren Willen durchzusetzen."

–Di, Emmendingen–

Frankfurt: Die Fahrpreiserhöhung ist mit dem Polizeiknüppel durchgesetzt worden

Für den Magistrat kein Grund zum Feiern

Gegen die gerade in Kraft getretenen Fahrpreiserhöhungen wurde am 4. August eine erneute Protestkundgebung durchgeführt. Die Polizei unterband zwar die angekündigte Demonstration und nahm erneut willkürliche Verhaftungen vor, wagte aber nicht, die Kundgebung selbst anzugreifen und zu zerschlagen. (Wir haben darüber in der letzten KVZ berichtet.)

Der Grund ist, daß der Magistrat zwar die Fahrpreiserhöhung durchsetzen konnte, aber sich dafür eine jetzt schon über Wochen laufende öffentliche Diskussion und Auseinandersetzung auf den Hals gezogen hat, deren Nachteile auf lange Sicht für ihn schwerwiegender sein werden als der kurzfristige Vorteil, 30 Millionen DM mehr pro Jahr von der arbeitenden Bevölkerung in Frankfurt erpreßt zu haben. Dies ist ein Erfolg der großen Hartnäckigkeit, mit der trotz wütender Angriffe durch große Aufgebote ziviler und uniformierter Polizei jeweils zwischen vierhundert und eintausend meist junge Arbeiter und Angestellte, Lehrlinge, Schüler und Studenten in wiederholten Demonstrationen für ihre Rechte eingestanden sind.

Sie haben dies getan trotz großer Schwierigkeiten, die sich nach dem 12. Juni der Bewegung gegen die Fahrpreiserhöhungen stellten, als 3 000 vor dem Römer demonstrierten, durch unser Versäumnis aber nicht sogleich zu neuen Aktionen aufgerufen wurden, so daß eine erhebliche Zersplitterung der Kräfte eintrat, was infolge der mittlerweile begonnen Ferienzeit auch nur schwer zu korrigieren war Unter direkter Führung der Kommunisten wurden dennoch mitten in der Urlaubszeit neue Demonstrationen organisiert, trotz aller Unkenrufe der einst so "großmächtigen" Frankfurter Linken, die Sache sei zwecklos und halsbrecherisch. Am 12. Juli konnte zeitweise der Verkehr auf der Zeil blockiert werden. Diese Aktionen und die brutalen Unterdrückungsmaßnahmen der Polizei haben dazu geführt, daß die Diskussionen in der Arbeiterschaft in der ganzen arbeitenden Bevölkerung über die Fahrpreiserhöhungen und die Politik von Regierung und Magistrat noch weitergeführt wurden. Viele Kollegen haben klarer erkannt, daß sie mit Milliarden an Steuern und Gebühren und Tarifen diesen Staat zwangsweise unterhalten müssen, der dennoch nicht einmal elementare Notwendigkeiten wie Nahverkehr, Gesundheitsversorgung und Bildung in vernünftiger Weise gewährleisten kann, sondern den Reichen zuarbeitet und ihr Eigentum schützt. Gerade auch vom sozialen Lack des "Dynamit-Rudi" Arndt, der sich für die Durchsetzung der Fahrpreiserhöhung nachhträglich eingesetzt hatte, ist einiges abgesplittert. Die Erkenntnis, daß die Interessen der arbeitenden und der besitzenden Klassen unvereinbar sind, ist gewachsen, und daß die Arbeiter selbständig etwas unternehmen müssen, trotz Polizei (und wenn sie sich ihnen in den Weg stellt, gegen sie), damit ihnen nicht das Fell über die Ohren gezogen wird.

Richtig ist, daß der Großteil der arbeitenden Menschen noch nicht bereit war, sich selbst dem Polizeiknüppel entgegenzustellen. Noch erscheinen Reichtum und Besitz fest begründet und ihre Macht unüberwindlich. Aber in der breiten Kritik und ohnmächtigen Wut, die die andauernden Polizeiüberfälle, zuletzt auf das Frauenzentrum und sogar auf eine Kinderdemonstration in Bockenheim, hervorgerufen haben, wird ihre Stellung weiter untergraben. Polizeipräsident Müller weiß, wovon er spricht, wenn er in einem internen Rundschreiben feststellen mußte: das Verhältnis zwischen Polizei und Bürger sei "gestört" und es sei eine wachsende Neigung zu beobachten, "sich polizeilichen Aktionen zu widersetzen". Kein Wunder ist denn auch, wenn sich die bürgerlichen Politiker und Journalisten aller Parteien gegenwärtig den Kopf zerbrechen und geräuschvoll herumzanken, wie sie mit dieser Entwicklung fertig werden können. Die führenden Frankfurter Sozialdemokraten sind dafür, das besonders verhaßte Chemical-mace vorläufig aus dem Verkehr zu ziehen, "um unerwünschte Solidarisierungseffekte zu vermeiden". Die Landesregierung und ihr FDP-Innenminister, sowie die Christdemokraten treten stattdessen für noch rücksichtslosere Polizeieinsätze ein, um in Frankfurt künftig Ruhe zu schaffen. Nutzen wird weder das eine noch das andere. Es sind die Wirkungen der kapitalistischen Produktionsweise und der Maßnahmen des bürgerlichen Staates zur Aufrechterhaltung der Profite der Kapitalisten, die unter den arbeitenden Massen immer mehr Unzufriedenheit und Unruhe hervorrufen. Daran ändert weder geschickteres noch brutaleres Vorgehen der Polizei etwas. Im Gegenteil: alle Polizeimaßnahmen beschleunigen die Einsicht unter den fortgeschrittenen Arbeitern und Werktätigen, daß die Kapitalistenklasse durch diesen Staat organisiert ist gegen das Volk, das Volk unter Führung der Arbeiterklasse sich gleichfalls gegen die herrschende Klasse organisieren muß. Dazu muß die Partei der Arbeiterklasse wiederaufgebaut werden, die Kommunistische Partei.

Am 5. August hat die KBW-Ortsgruppe eine Saalveranstaltung durchgeführt mit dem Thema: Wem dient dieser Staat? 500 haben bis auf wenige Ausnahmen unsere Darlegungen unterstützt. Auch dies zeigt, daß der langwierige Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen in Frankfurt einen Fortschritt für die Einheit und den Zusammenschluß bedeutet und für die kommenden Auseinandersetzungen die Kampfbedingungen verbessert hat.

– G.K., Frankfurt –

Batelle – Institut bespitzelt die Kaiserstühler Bevölkerung

An das berüchtigte Batelle-Institut in Frankfurt, das zuletzt durch eine für die Bundesregierung angefertigte Studie über "Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken" (Kostenpunkt 250 000 DM) von sich reden machte, hat die Bundesregierung zwei neue Aufträge in Höhe von 950 000 DM und 180 000 DM vergeben.

Das Institut soll der Bundesregierung helfen, endlich einen Dreh zu finden, wie der Staat mit dem Widerstand gegen seine ehrgeizigen Kernkraftwerkspläne fertig werden kann.

Der erste der neuen Aufträge mit der Nr. 50.206 sieht über einen längeren Zeitraum Umfragen am Kaiserstuhl und im Ballungsraum Rhein-Neckar vor. Dabei soll denselben Menschen in bestimmten Abständen dieselbe Frage gestellt werden. Damit will man rauskriegen, wodurch und wo Meinungsänderungen vorkommen, und Anhaltspunkte dafür, wie und wo Uneinigkeit in der Bevölkerung angestiftet werden kann.

Das zweite "Projekt" soll "nachrechnen", wieviel die "Nichtpartizipation", also der Widerstand der Kaiserstühler Bevölkerung gegen die Pläne des Staates kostet. Der "Schaden für die Volkswirtschaft" pro Tag der Platzbesetzung soll den Kaiserstühlern unter die Nase gerieben und die Kaiserstühler vor der übrigen Bevölkerung als Schädlinge hingestellt werden.

SPD-Abgeordnete forderten Polizei-Sondertruppe für Mannheim-Heidelberg

Mannheim. Fünf Landtagsabgeordnete aus der hiesigen Region haben an die CDU-Landesregierung den Antrag "zur Aufstellung einer besonderen Einsatzeinheit von speziell ausgebildeten Polizeibeamten für den Raum Mannheim/Heidelberg" gestellt. Aufgabe dieser Eingreifreserve solle sein, die "Schutzpolizei bei Sondereinsätzen zu entlasten". Unter den Antragstellern befindet sich neben dem ehemaligen Innenminister Walter Krause, der 1969 den Heidelberger SDS verbieten ließ, auch der frühere 1. Bevollmächtigte der IG Metall Mannheim, Walter Spagerer.

Der baden-württembergische Innenminister Schieß hat dem sozialdemokratischen 'Reform'vorschlag inzwischen eine Absage erteilt und darauf hingewiesen, daß in Bruchsal ausreichende Polizeieinheiten als Reserve stationiert seien. Zwar sei auch er der Ansicht, daß die Sicherheitslage in Baden-Württemberg gerade "durch die jüngsten Krawalle in Heidelberg" angespannt sei, aber die Regierung sei schließlich nicht untätig. Zum einen seien in den letzten drei Jahren 2 237 Polizisten mehr eingestellt worden und sei man damit "der angestrebten Polizeidichte von einem Beamten pro 400 Bürger" näher gerückt (heute: 1:532), aber zum anderen sei es gerade "heute mehr denn je anzustreben, das Verhältnis zwischen Bürger und Polizei aufzupolieren".

Weinbauern leisten Widerstand gegen Bau einer Mülldeponie

Ludwigsburg. 500 Horrheimer Bürger versammelten sich am 7. August auf einem für eine zentrale Mülldeponie vorgesehenen Gelände, um die Behördenvertreter bei ihrer Geländebegehung gebührend zu empfangen. Die Horrheimer waren durch den Beschluß des Regierungspräsidenten, sofort mit dem Bau zu beginnen, alarmiert. Sie sind gegen die Deponie in dem Naherholungsgebiet, weil der zu erwartende starke Lastwagenverkehr in der engen Ortsdurchfahrt zu unerträglichen Belastungen führt.

Die Herren von der Behörde waren aber gewarnt worden und kamen nicht. In einem Demonstrationszug fuhren daraufhin 300 Menschen, vor allem Weinbauern, mit Traktoren und Autos nach Ludwigsburg zum Landratsamt. Sie pflanzten ihre Plakate auf, schossen mit Weinbergpistolen in die Luft und schlugen mit ihren Wengerträtschen Krach. Sie forderten, den Landrat zu sprechen. Über eine Stunde dauerte die Debatte.

Demonstration am 21.9.1975 in Bonn
Nächster Schritt im Kampf gegen den Paragrafen 218

Vor Monaten hat die Bourgeoisie ihr Verfassungsgericht das Machtwort sprechen lassen. Der verhaßte Paragraf 218 soll nach dem Willen der Bourgeoisie und gegen den Willen der Volksmassen aufrechterhalten bleiben. Durch dieses Urteil sollte in den Volksmassen das Gefühl der Machtlosigkeit erzeugt und die bürgerlichen Parteien vor den Volksmassen entlastet werden. Die eine Hälfte dieses Planes scheint geklappt zu haben. Die öffentliche Diskussion um den § 218 ist verstummt und die bürgerlichen Parteispitzen schweigen sich aus. Sie hoffen, daß jedermann einsehen wird, daß es zwecklos ist, gegen das Urteil zu kämpfen und geben zu verstehen, daß sie schon gewollt hätten. Örtlich kommen sie damit aber zusehends weniger durch. Ihre Lokalmatadore werden öfters als ihnen lieb ist belästigt. Gleichzeitig wird hintenrum gehetzt: der "Geburtenrückgang", der die Nation bedroht, wird beschworen, die Gefahren der Abtreibung werden ausgemalt. Das Wichtigste aber ist: die Volksmassen haben sich nicht in eine Haltung der Duldung drängen lassen.

Das zeigen die bisherigen Ergebnisse der Kampagne gegen den § 218. Obzwar bislang außer dem Kommunistischen Bund Westdeutschland keine politische Organisation die Komitees und Initiativen gegen den § 218 unterstützt und für ihre Forderungen eintritt, hat sich doch gezeigt, daß auf der Grundlage dieser Forderungen der Komitees die Einheit und der Zusammenschluß der Volksmassen vorangebracht werden kann. Anders ist es nicht zu erklären, daß mit verhältnismäßig schwachen Kräften und in verhältnismäßig kurzer Zeit ca. 300 000 Unterschriften gegen diesen Paragrafen und für seine Beseitigung durch Volksentscheid schon gesammelt werden konnten.

Der politische Erfolg der Kampagne geht jedoch weiter: die Bewegung gegen den § 218 hat sich nicht darauf beschränkt, Unterschriften zu sammeln. Sie hat den Kampf gegen diesen Paragrafen aufgenommen. An vielen Orten wurde eine lebhafte Enthüllungstätigkeit über die "Staats- und Kirchenfürsorge für das ungeborene Leben" eingeleitet. Das hatte den Erfolg, daß der mit dem Vorschlag der Fristenlösung verbundene Betrug der bürgerlichen Parteien aufgedeckt werden konnte und daß heute viele Vertreter der Fristenlösung nachdenklich geworden sind und viele für die Forderung nach ersatzloser Streichung gewonnen wurden. Denn: lebhaft genug war der Anschauungsunterricht über die Staatsbetreuung und ihren Charakter, um einen jeden zu belehren, daß man auf die freie Entscheidung über die Abtreibung nicht verzichten kann. Und wenn diese Grundlage fehlt, jede "Beratung" zur gewöhnlichen Bespitzelung wird.

Es hat sich im Verlauf der Kampagne auch herausgestellt, daß die Arbeiterklasse in dieser Frage ziemlich geeint ist. Obwohl die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften die führende Position haben, obwohl die sozialdemokratische Parteimeinung auf Propaganda für die Fristenlösung festgelegt war, konnten in den Gewerkschaften vielfach Beschlußfassungen für die Forderungen der Komitees und für die ersatzlose Streichung des § 218 durchgesetzt werden.

Zweifellos wird die Kampagne gegen den § 218 einen weiteren Aufschwung nehmen können, wenn mit dem allgemeinen Ende der Schulferien auch das gewerkschaftliche Leben Aufschwung nehmen wird und die politische Auseinandersetzung unter der Jugend, in den Berufsschulen und Gymnasien, erleichtert ist. Allerdings zeigt sich auch, daß die Verteidiger des § 218 – das ist die gesamte bürgerliche Klasse und alle bürgerlichen Parteien – ihr Geschäft überaus zäh betreiben. Und jeder irrt sich, der meint, eine erträgliche Lösung wäre in Sicht oder die Forderung der Volksmassen nach Streichung und zwar ersatzloser Streichung des § 218 sei leicht durchzusetzen.

Die bürgerlichen Politiker sind in Vorbereitung einer großen Parlamentsintrige. In Bonn gibt es Geheimverhandlungen. Angestrebt wird ein gemeinsames Papier der Koalitionsparteien SPD und FDP. Außerdem sollen "interfraktionelle Gespräche" mit der CDU stattfinden. Das alles wird nicht einfach werden, denn schon vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes waren die Parlamentsparteien quer zu den Fraktionen gespalten. Jetzt befinden sie sich in der Lage, diesen Paragraf erhalten zu müssen und gleichzeitig diese Tat so hinzudrehn, als sei dies nicht so schlimm. Sondern "erträglich" oder "das Beste, was rauszuholen sei". Für sie ist Schweigen Gold. Und ein Überraschungscoup die gebotene Taktik.

Die Politik des Verschweigens soll ein Gefühl der Hilflosigkeit unter den Volksmassen erzeugen. So daß dann der Coup glücken kann. So zeigt sich, daß die Taktik der Komitees und Initiativen gegen den § 218 vollständig richtig war und ist. Diese Taktik hat darauf beruht, sich nicht darauf einzulassen, ob die bürgerlichen Parteien die Frage zur Debatte stellen und wann es ihnen genehm ist, diese Sache in der Öffentlichkeit zu erörtern. Sie hat darauf beruht, die Beseitigung des § 218 durch die Volksmassen selber zur Debatte zu stellen und zwar indem mit dem Kampf gegen den § 218 aktiv begonnen wurde.

Man erinnert sich an allerhand linke Organisationen, die den Mund ziemlich voll genommen haben, wie nötig der Kampf gegen den § 218 sei und wie schädlich die Taktik der Komitees. Diese alle waren in den letzten Monaten gelähmt, in ihrer Agitation gegen den § 218 behindert und sind verstummt. Denn: man kann nicht kämpfen, wenn man keine Perspektive hat.

Die Journalisten der großen bürgerlichen Redaktionen werden nicht nur dafür bezahlt, daß sie Verdrehungen schreiben, sondern auch dafür, daß sie zum passenden Zeitpunkt schweigen. Die Bewegung gegen den § 218 wird durch Schweigen bekämpft.

Der nächste Schritt der Bewegung gegen den § 218 wird demgegenüber die Zusammenfassung dieser Kampagne und ihr geschlossenes politisches Auftreten in einer machtvollen **Demonstration in Bonn am 21. September** sein. Die Demonstration in Bonn, gerade zur Eröffnung der Parlamentssitzungen, wird für die Staatsmacht überaus schmerzlich sein, faßt sie doch die Kräfte der Bewegung gegen den § 218 öffentlich an dem Zeitpunkt zusammen, an welchem die Sache von ihr leise über den Tisch gebracht und dann daruntergefegt werden soll. Die Demonstration in Bonn wird ein ausgezeichnetes Mittel sein, auf zentraler Ebene vorzugehen, wie jetzt schon an den Orten vorgegangen wird. Ein Herausholen der bürgerlichen Politiker aus ihren Löchern, ein Stellen der politischen Kräfte. Eine Zuordnung der politischen Richtungen nach Verteidigern des § 218, die sich den Abscheu der Massen zuziehen müssen, und nach Kämpfern gegen diesen § 218, die sich der Zustimmung der Volksmassen gewiss sein können.

–HJH–

Sonderzüge zur Demonstration nach Bonn am 21. September

Nach Mitteilung des Ausschusses der Komitees gegen den § 218 werden für die Fahrt nach Bonn zur Demonstration gegen den § 218 am 21. September Sonderzüge eingesetzt:

München–Bonn
über Augsburg, Ulm, Stuttgart, Heilbronn, Heidelberg, Mannheim, Ludwigshafen, Mainz

Freiburg–Bonn
über Karlsruhe, Darmstadt, Frankfurt, Wiesbaden

Hamburg–Bonn
über Bremen, Osnabrück, Münster, Hamm, Dortmund, Bochum, Essen, Düsseldorf

Göttingen–Bonn
über Kassel, Marburg, Gießen, Wetzlar

Verhandelt wird gegenwärtig noch mit der Reichsbahn (DDR) und der Bundesbahn über einen Sonderzug aus Westberlin über Braunschweig/Hildesheim nach Bonn. Am Wochenende bereits kann man die Karten von den Komitees erhalten. Die Fahrpläne werden nach Bekanntgabe durch die Bundesbahn in Kürze veröffentlicht.

„Am liebsten hätte ich ihm eine geschmiert"

Der Arzt meinte: "Sie können auch noch ein neuntes und zehntes Kind zur Welt bringen"

Nachfolgendes Interview machte ein Mitglied des Komitees gegen den § 218 aus Essen mit Frau S. Sie war schwanger und wollte das Kind nicht mehr zur Welt bringen. Sie wandte sich in ihrer Notlage an das Komitee mit der Bitte um Unterstützung. Sie selbst drang darauf, daß ihre Erfahrungen in der Öffentlichkeit bekannt werden. Sie und ihr Mann, der Betriebsrat bei einer großen Fabrik in dem betreffenden Stadtteil ist, wollen jetzt Aktivitäten in ihrem Stadtteil ergreifen, damit der § 218 zu Fall kommt.

Frau S., wieviel Kinder haben Sie?

Frau S.: Ich habe acht Kinder. Der Älteste ist vierzehn und die Jüngste ist zweieinhalb Jahre alt. Fünf gehen schon zur Schule.

Warum wollen Sie jetzt abtreiben?

Frau S.: Ich halte das nervlich nicht mehr durch, und finanziell geht es einfach nicht mehr, wo schon acht Kinder da sind. Ich bin doch 40 Jahre alt. Mein Mann arbeitet als Maschinenarbeiter und verdient 1 200 DM netto im Monat. Er könnte zwar in seinem erlernten Beruf mehr verdienen, aber die Wohnung gehört dem Werk, und wir sind auf die Wohnung so angewiesen. Dann bekommen wir noch 1 600 DM Kindergeld. Das hört sich zwar zunächst viel an. Aber was kosten nicht allein schon die Schulsachen der fünf Schulpflichtigen! Und dann fällt eben bei so vielen Kindern der Kauf von zwei Paar Schuhen im Monat an, um nur ein Beispiel zu nennen.

Die Wohnung hat auch zusammen mit der Küche nur sechs Räume. Die Mädchen müssen eh schon alle in einem Zimmer schlafen.

Außerdem, ich habe schon zweimal Zwillinge geboren. Es könnten ja diesmal wieder Zwillinge sein.

Bekommen Sie sonst noch Unterstützung von städtischen Ämtern?

Frau S.: Einmal bin ich von der Stadt zusammen mit den Kindern in Urlaub geschickt worden. Das war überhaupt mein erster Urlaub. Dann hat der Fürsorger gewechselt. Als ich wieder einen Urlaub beantragt habe, hat der neue Fürsorger die ganze Wohnung inspiziert und gemeint, wenn ich so eine komfortable Wohnung hätte, dann könnte ich auch das Geld für den Urlaub mit den Kindern aufbringen. Daraufhin habe ich ihn nur gefragt, ob man im Dreckstall wohnen muß, um die Unterstützung zu bekommen. Mein Antrag ist nicht bewilligt worden.

Frau S., Sie wollten eine legale Abtreibung bewilligt bekommen. Was haben Sie unternommen?

Frau S.: Zuerst bin ich zu meinem Hausarzt gegangen. Der hat mir auch ein Attest ausgestellt. Mit dem Attest bin ich dann hin zur Ärztekammer. Die dortige Ärztin sagte mir sofort, daß ein Attest nicht ausreichen würde, daß ich zwei brauche. Außerdem müßten in dem Attest medizinische Gründe bescheinigt werden, die eine Abtreibung erforderlich machen. Dies wäre bei meinem Attest aber nicht der Fall. So weit wären wir Gottseidank in Deutschland noch nicht. Dann hat sie sofort meinen Hausarzt angerufen und ihn angefahren, wie er mich mit einem solchen Attest zu ihr schicken könne. Er müßte doch Bescheid wissen.

Ich bin also zurück zu meinem Hausarzt gegangen. Der hat mich dann von Kopf bis Fuß untersucht. Aber alle Werte waren in Ordnung. Ich bin eben gesund. Dann hat er mich zu einem Frauenarzt, zum Dr. Wohaus, ins Philippus-Krankenhaus geschickt. Der hat mich nochmals untersucht. Danach hat er mir gesagt, ich wäre so gesund, daß ich noch ein neuntes und auch zehntes Kind zur Welt bringen kann. Da war ich erst einmal fassungslos. Aber es ging noch weiter. "Wissen Sie, daß Sie Mord begehen, wenn Sie abtreiben?", hat er mich gefragt. Mein Kind hätte jetzt schon Ärmchen und Beinchen. Ob ich denn kein Gewissen hätte? Ob ich es denn vor Gott verantworten wolle, das Kind abzutreiben.

"Jetzt sind Sie noch gesund", sagte er, "aber wissen Sie, ob Sie gesund sind, wenn sie von Holland wiederkommen? Ich kenne Frauen, die von Holland wiedergekommen sind mit zerstochenem Unterleib." Das hat er wirklich gesagt. Zweieinhalb Stunden hat er mir Predigten gehalten. Als ich ihm dann nochmals zu erklären versuchte, daß ich das Kind aber nicht mehr großziehen kann, hat er mir angeboten, das Kind auszutragen und dann zu verschenken! Ich bräuchte das Kind nur zu gebären und mir nach der Geburt gar nicht mehr anzusehen. In Deutschland gebe es doch jetzt so wenig Nachwuchs.

Daraufhin habe ich ihn nur gefragt, ob er denn keine Gefühle habe, ob er nicht mehr richtig tickt. Am liebsten wäre ich aufgestanden und hätte ihm eine geschmiert. Ich kann doch nicht neun Monate das Kind mit mir tragen und gebären und dann verschenken! Ich weiß doch dann gar nicht, in welche Hände das Kind kommt. Das ist für mich keine Mutter, die ihr Kind einfach so weggeben kann.

Ich bin dann gegangen. Ich war vollkommen fertig mit den Nerven. Mein Hausarzt hat mir gesagt, er könne jetzt nichts mehr für mich tun. Zum Psychiater könne er mich noch schicken. Aber was hätte das schon genützt?

Wie lange hat denn das ganze Hin und Her gedauert?

Frau S.: Drei Wochen bin ich rumgelaufen. 40 Mark Unkosten sind mir entstanden. Die Krankenkasse zahlt nichts davon. Da hätte ich mir mit den Kindern lieber einen schönen Tag machen können. Jetzt muß ich noch in Sorge sein, daß die Frist für Holland überschritten ist. Das Geld für die Abtreibung zusammenzubekommen, fällt mir auch schwer. Ich habe kein Geld auf der Bank liegen.

Mancher Arzt oder andere Befürworter des § 218 führt die augenblicklichen Empfängnisverhütungsmittel an, um die Aufrechterhaltung des § 218 zu begründen. Was halten Sie von diesem Argument?

Frau S.: Ich selbst konnte die Pille einfach nicht vertragen. Mein Hausarzt hat mich auch nie beraten. Beim Frauenarzt bin ich nie gewesen. Meine Kinder habe ich alle zu Hause zur Welt gebracht, weil ich die anderen Kinder nicht allein zu Hause lassen konnte. Die Hebamme hat mir immer nur gesagt, dies müßte jetzt das Letzte sein. Erst der Frauenarzt im Philippusstift hat mir zu einer Sterilisation geraten.

Jedenfalls, Familien dürfen nicht gezwungen werden, Kinder in die Welt zu setzen, die sie nicht mehr verkraften können. Es geht ja nicht nur um die Mutter und um das Neugeborene, sondern auch um die anderen Kinder, deren Ausbildung usw. Der § 218 muß aufgehoben werden.

(aus Ortsbeilage Essen)

Ein bürgerlicher „Bevölkerungspolitiker" ergreift das Wort

Die staatstragenden Schichten der BRD haben ihrer Sorge um das "werdende Lebende" bekanntlich durch das § 218-Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Ausdruck gebracht. Wie in diesen staatstragenden Schichten in Wirklichkeit über das Leben der Menschen gedacht wird, darüber gibt ein Artikel in der Zeitung "Die Welt" vom 4. August Aufschluß. Damit man seine Bedeutung erkennt, steht er auf der ersten Seite. Dieses Schwesterblatt der "Bild"-Zeitung wendet sich an die Bourgeoisie.

"Die Menschheit wächst nicht länger, sie explodiert. Die umfassendste Gefahr, die der Menschheit droht, ist nicht der Atomkrieg. Es ist die Bevölkerungsexplosion."

"Würde ab sofort jede Minute ein Raumschiff mit mehr als hundert Männern an Bord starten, um den menschlichen Überfluß ins All abzutransportieren" – nicht einmal das könnte nach Meinung des Schreibers dem Bevölkerungswachstum seinen Schrecken nehmen. Mit den Worten Mc Namaras, des Vernichtungs- und Entwicklungsexperten in einer Person, ist ihm das Bevölkerungswachstum *"eine Schreckensvision, gegenüber der selbst das 'Inferno' verblaßt"*. Das wird verständlich, wenn man die Vergleichsmaßstäbe des Autors kennt: *"Nach den Ratten ist der Mensch bereits die zahlreichste Säugetierart auf Erden."*

Der Autor hat auch die Wurzel des Problems erkannt:

"Von allen Primaten hat der nackte Affe den größten Penis und das größte Hirn. Und beide sind zu gleichen Teilen verantwortlich für die gegenwärtige Misere der Menschheit." Es wird zuviel gezeugt und zu wenig gestorben und natürlich vor allem in den Entwicklungsländern, *"wo Ignoranz, Armut und Jugend herrschen"*, die Menschen aber durch europäische Wissenschaft am Leben erhalten werden. Ist die Wurzel des Problems erst erkannt, dann kann an seine Lösung geschritten werden: *"Nur zwei Methoden führen zu dem Ziel, Geburt und Tod wieder in Einklang zu bringen: Entweder werden weniger Menschen geboren, oder es müssen mehr sterben. Entweder die Geburtenrate wird gesenkt oder die Todesrate erhöht."*

So stellt sich das Bevölkerungswachstum für den Angehörigen der staatstragenden Schichten des BRD-Imperialismus als Problem.

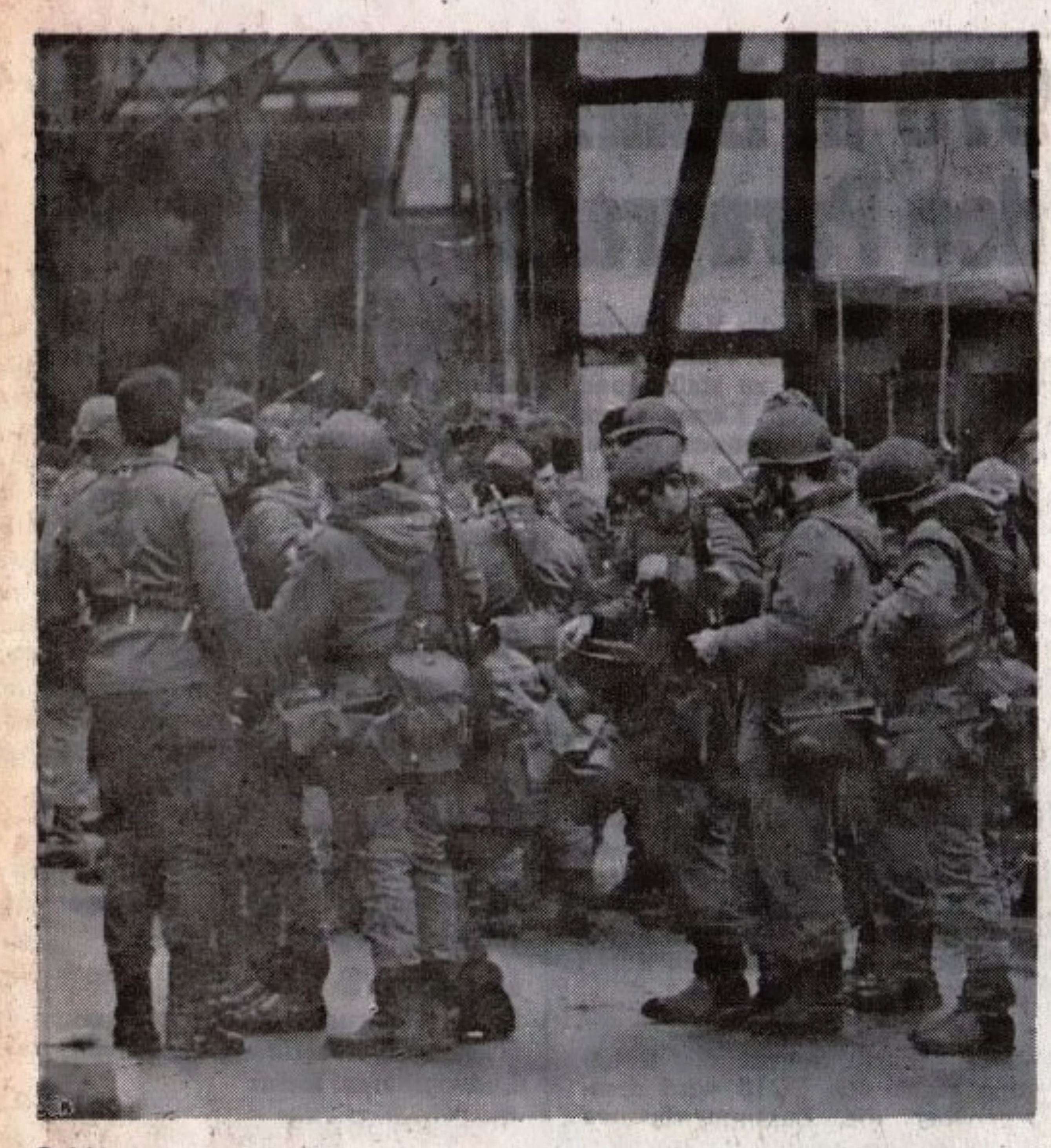
Für die unterdrückten Volksmassen dieser Welt, die dieser Gemütsmensch in seiner imperialistischen Mentalität so sehr fürchtet, stellt sich das Problem anders:

Sie müssen sich befreien von Ausbeutung und Unterdrückung, damit sie ihre gesellschaftlichen Fähigkeiten entwickeln können. Die Massen sind die Produzenten des materiellen Reichtums, und es gibt kein Problem, das die Massen nicht lösen können, wenn sie sich befreit haben. Das zeigt die Volksrepublik China mit ihren über 600 Millionen Menschen, die den Sozialismus aufbaut und in der der Mensch nicht als Ratte gilt, sondern als das "wertvollste Ding auf Erden" (Mao Tsetung).

Wenn wir heute in der BRD gegen den § 218 kämpfen, dann nicht, weil wir vor den Massen und ihrer Zunahme Furcht hätten, sondern weil der Kampf gegen diesen Unterdrückerparagrafen ein notwendiger Schritt ist auf dem Weg der Massen zur politischen und sozialen Befreiung. Weil die Imperialisten und ihre Ideologen die Befreiung der Massen fürchten, bedeutet es für sie keinen Widerspruch, wenn sie auf der einen Seite in der BRD den Paragrafen 218 propagieren und verteidigen und auf der anderen Seite für die Dritte Welt die Zwangssterilisation und die Vernichtung propagieren. Die Völker der Welt werden diese heuchlerischen Unterdrücker stürzen und ihre Probleme in die eigene Hand nehmen.

Leicht wird es dann den Massen sein, ihre Fortpflanzung mit ihren übrigen gesellschaftlichen Fähigkeiten in Einklang zu bringen. Wie sich in der Volksrepublik China zeigt: Die Geburtenregelung durch die Massen ist dann Teil der Beherrschung der natürlichen und gesellschaftlichen Bedingungen durch die Massen.

–J.S.–



Soldaten nach einem Marsch

„Normale Ausfallquote"

Hamburg. Letzte Woche wurden wir mit Alarm um fünf Uhr geweckt und marschierten acht Kilometer zum Schießplatz. Weil in der Hetze die Schuhe nicht fest gebunden waren, liefen sich viele Soldaten Blasen. Am Nachmittag sollten wir dann zurückmarschieren mit Umwegen. Die erste Gruppe marschierte ab, der Zugführer ließ einen Rekruten, der vom Marsch über zehn Kilometer befreit war, wegen der großen Hitze (28 Grad) zurück. Dieser mußte dann trotz seines Protestes in der zweiten Gruppe mitmarschieren. Er mußte auch Sturmgepäck und Gewehr tragen (25 kg). Während des Marsches wäre er einige Male beinahe zusammengebrochen und mußte von Kameraden gestützt werden. Dieses kümmerte den Hauptmann allerdings nicht: Es sei ja nur ein Spaziergang! Er schleppte sich dann bis zur Kaserne, brach aber auf der Stube total zusammen und mußte mit Blaulicht und Sirene ins Krankenhaus abtransportiert werden. Die Reaktionen der Ausbilder waren unterschiedlich, einige wenige waren empört über das Vorgehen des Hauptmanns, der große Teil brachte Kommentare wie: normale Ausfallquote, passiert jedes Vierteljahr. Darüber waren die Rekruten empört!

—X., Hamburg—

Die Soldaten bestrafen ...

Zweierlei Maß

und selber PKW auf Eisenbahngeleise tragen: Chef der 2./11

Delmenhorst-Adelheide. Zwei Rekruten meiner Einheit, der Ausbildungskompanie 2/11, sind am Abend des 30. Juli nach Zapfenstreich beim Verlassen des Kompaniegebäudes erwischt worden. Beide hatten ihren Feierabend in einer Diskothek verbracht und waren danach nicht mehr ganz nüchtern. Sie wollten dann um 22.30 Uhr noch einmal in die Diskothek zurück.

Nachdem unser Spieß schon am nächsten Morgen den beiden vor versammelter Mannschaft schwere Folgen angedroht hatte, verhängte der Kompaniechef am Freitag Disziplinarbußen von 50 DM und 70 DM. Über diese Strafen waren alle Kameraden, die davon hörten, empört. Denn was das für einen Soldaten bedeutet, der im Monat nur 165 DM bekommt, kann sich jeder leicht ausrechnen.

Beide Kameraden haben versichert, daß sie so etwas in nüchternem Zustand nie gemacht hätten. Dazu meinte der Kompaniechef, sie sollten gefälligst nicht so viel trinken. Derselbe Kompaniechef nahm jedoch am nächsten Abend an einer Unteroffiziersfeier im Kompaniegebäude teil, in deren Verlauf ein Privat-PKW auf die Eisenbahnbleise getragen wurde und fast alle Teilnehmer in Uniform ins Schwimmbad sprangen. Trotzdem hat der Kompaniechef weder sofort eingegriffen noch irgendeine Strafe verhängt.

Angesichts dieser Ungerechtigkeit haben einige Kameraden den Vorschlag gemacht, die 120 DM durch eine Sammlung in der Kompanie aufzubringen und gleichzeitig eine Beschwerde zu schreiben. Wenn das gelingt, dürfte der Plan der Kompanieführung durchkreuzt sein, alle Rekruten durch diese viel zu hohen Strafen einzuschüchtern.

—Panzergrenadier M.,
Ausbildungskompanie 2/11,
Adelheide—

Die privilegierte Rolle der Kirche

„Vielfältige Nützlichkeit" für die Bundeswehrführung

Beim Bund sind uns "wegen dem gesetzlich begründeten Auftrag der Bundeswehr" praktisch sämtliche demokratischen Rechte genommen. Selbst die spärlichen Rechte des hochgelobten Grundgesetzes sind für uns Soldaten außer Kraft – mit einer Ausnahme: Der Paragraf 36 des Soldatengesetzes sichert den Soldaten volle Religionsfreiheit zu. Doch nicht nur das – beim Bund spielt die Kirche eine privilegierte Rolle, sie wird gefördert und gehätschelt.

So gibt ein Pfarrer monatlich während der Dienststunden (!) den sogenannten "lebenskundlichen Unterricht", sprich Religionsunterricht. Als frisch eingezogene Rekruten wurden wir folglich zum Unterrichtsraum befohlen und durften hören, welche Vorteile es bringt, ein aufrechter Christ zu sein: Befreiung von Sonderdiensten während der Kirchgangszeiten, jeweils eine Woche Sonderurlaub für kirchliche Seminare und Wallfahrten (nach Lourdes) und ähnliches.

Der für uns zuständige katholische Militärpfarrer von Köln, Linke, versteht dieses Reizen mit Sonderrechten besonders gut. Er betonte seinen Einfluß (sein Rang und seine Bezahlung entspricht dem eines Oberstleutnants), erzählte, wie Unteroffiziere, die einen Soldaten am Kirchgang behinderten, von der Beförderung gesperrt wurden usw. Gleichzeitig wurde deutlich, daß fast alle Kosten für diese "Seelsorge" vom Bund selbst getragen werden. Zum Beispiel wird ihm jährlich ein neuer Rekrut "zur Verfügung" gestellt, der ganztags sein vom Bund bezahltes Büro betreut und von allen anderen Bundeswehrpflichten befreit ist. Wie der Religionsunterricht ist auch der Kirchgang einmal im Monat während der Hauptdienstzeit. Der Andrang ist enorm, denn erstens wollen viele sich mal richtig ausruhen und zweitens wird allen, die den Kirchgang verweigern, eine "gleichwertige Aufgabe" zugeteilt, meistens einen Aufsatz zu schreiben (Thema zum Beispiel: "Der Sinn des Kirchgangs", "Staat und Kirche in der Bundesrepublik").

Die aufgezählten Möglichkeiten der Kirche, ihre Lehre zu verbreiten, sind nur einige wenige Beispiele. Aber schon diese zeigen, wie wichtig die Kirche für die Bundeswehrführung ist. Während alle politischen Betätigungen verfolgt und bestraft werden und selbst die Gewerkschaften keinerlei Rechte besitzen, dient die Kirche dem "gesetzlichen Auftrag der Bundeswehr". Sie soll helfen, den aggressiven Charakter der Bundeswehr zu verschleiern und den Unmut der Soldaten über ihre rechtlose und unwürdige Lage in ungefährliche Bahnen zu lenken.

Bekanntlich ist Religion "Opium fürs Volk". Wie von allen herrschenden Ausbeuterklassen wird dieses Mittel auch von der Bundeswehrführung geschickt eingesetzt. Gerade die Verwendung der Kirche durch die Bundeswehr zeigt, wie bedeutend die demokratische Forderung nach vollständiger Trennung von Kirche und Staat ist.

—Ein Soldat des
Leichten Pionierbataillons 15
Lüttich-Kaserne, Köln-Longerich
Initiativgruppe für ein Soldaten-
und Reservistenkomitee Köln—

Abgesetzt nach dem neuen Vertrauensmännerwahlgesetz

Ihre Erfahrungen mit dem neuen Vertrauensmännerwahlgesetz haben die Kameraden im Panzerbataillon 24 gemacht. Dem Vertrauensmann der 1. Kompanie wurde auf einer Kompanieversammlung vom Bataillonskommandeur Oberstleutnant Schaeper eröffnet, er sei nicht mehr Vertrauensmann der 1. Kompanie. Grund: Da er drei Tage im Arrest gesessen hatte, dürfe er nach dem neuen Gesetz nicht mehr das Amt des Vertrauensmannes ausüben. In den Knast war er gekommen, weil er eine Beschwerde an den Brigadekommandeur auch an verschiedene Zeitungen gesandt hatte, die dann die Beschwerde veröffentlichten. Beschwert hatte er sich damals darüber, daß ihm eine Disziplinarstrafe ausgesprochen wurde, weil er in der Kaserne einen Kantinenboykott wegen überhöhter Preise organisieren wollte.

Nach dem Gesetz nun soll dieses Verhalten dadurch geahndet werden, daß solche Soldaten nicht mehr Vertrauensmänner werden sollen. "Die Bundeswehr", Organ des reaktionären "Deutschen Bundeswehrverbandes", schreibt zu diesen Änderungen im Vertrauensmännerwahlgesetz: "mehr Rechte für die Soldaten"! Genau das Gegenteil ist der Fall; das beweist die "Abwahl" des Gefreiten v. Glinski in der 1./24.

In der 1./24 muß jetzt versucht werden, Neuwahlen zu ermöglichen. Dies kann zunächst nur dadurch geschehen, daß der neue Vertrauensmann, der ehemalige 2., zurücktritt.

K., Braunschweig

Strahlensicheres Krankenhaus für die Spitzen der Gesellschaft

Oldenburg. Offenbar ist der Bourgeoisie die Unvermeidlichkeit von Kriegen, solange der Imperialismus herrscht, recht gut bewußt. So wird in Oldenburg unter der Flötenteichschule ein strahlensicheres 800-Betten-Krankenhaus eingerichtet. Daß im "Ernstfall" nur für Erlesene dort Platz sein wird, versteht sich von selbst bei einer Bevölkerung von zirka 140 000.

–K., Oldenburg

Ersatzlose Streichung des Paragraf 218

Von den 144 Soldaten der Instandsetzungs-Ausbildungskompanie 15/2 haben 80 die Namen auf die Liste gesetzt. Die soziale Ungerechtigkeit, die beim Abtreibungsparagrafen so deutlich wird, war auch hier für die meisten der Hauptgrund für die Unterschrift. Auch der Kantinenpächter und einige Bedienungen sowie auch Ausbilder haben unterschrieben. P.

Leserbrief zur "Lohnfortzahlung"

Der Staat bezahlt die Beamten weiter

Emden. Der Lehrer M. hat sechs Monate seines Grundwehrdienstes ableisten müssen, als er bereits als Lehrer angestellt war. Er hat während dieser Zeit sein volles Gehalt weitergezahlt bekommen. Dazu schreibt der Lehrer unter anderem:

"... Die Arbeiterjugendlichen hängen zwischen Beendigung der Lehre und der Einberufung zum Wehrdienst förmlich in der Luft, da bei einer Einberufung die materielle Basis zum Leben, der Lohn, flöten geht. An die Stelle tritt der Wehrsold von heute zirka 160 DM. Die Arbeiterjugendlichen fallen weiter ihren Eltern auf die Tasche, sie gehen an dienstfreien Samstagen arbeiten, machen im Urlaub keinen Urlaub, sondern gehen arbeiten.

All diese Probleme hat ein anderer Teil der Jugendlichen nicht: junge Beamte und Richter, falls sie altersmäßig noch einberufen werden können, so einer wie ich. Ich hatte 15 Monate beim Bundesgrenzschutz (1968/69) abgeleistet und mußte wegen zu frühen Kündigens (einen Monat) sechs Monate nachdienen.

Während dieser sechs Monate (1.2.–30.6.1975) habe ich mein volles Lehrergehalt (zirka 1 800 DM) weiter erhalten, weil ich bereits im Schuldienst drin war. *"1. Nach § 9 Abs. 2 des Arbeitsplatzschutzgesetzes ... hat der Dienstherr den Beamten und Richtern, die zum Grundwehrdienst oder zu einer Wehrübung mit Dienstbezügen beurlaubt sind, Bezüge wie bei einem Erholungsurlaub zu zahlen."* (Quelle: Schulrecht, hier Besoldungsrecht: Zahlung von Dienstbezügen an Beamte und Richter währed der Einberufung zum Grundwehrdienst oder zu Wehrübungen, hier: § 21 Abs. 2 LBesG). Hier wird mit zweierlei Maß gemessen, was nicht mit meinem Alter oder Status begründet werden kann. Wichtig daran ist aber, daß der Staat gegenüber seinen Beamten, wenn sie zum Grundwehrdienst eingezogen werden, die Lohnfortzahlung praktiziert ..."

„Was symbolisiert die sowjetische Flotte auf den Weltmeeren?"

Zweite Anfrage an den "Arbeiterkampf"

Die KVZ hatte am 17. Juli an den "Arbeiterkampf", Zeitung des Kommunistischen Bundes Nord, die Frage gerichtet: "Was symbolisiert die sowjetische Flotte auf den Weltmeeren?" Der "Arbeiterkampf" hatte eine Polemik mit der KVZ angefangen wegen der sowjetischen Flottenpolitik und dem russischen Streben nach Militärstützpunkten. Die KVZ hatte dazu den Standpunkt vertreten, daß die sowjetische Flottenrüstung sowie das Streben nach Militärstützpunkten in fremden Ländern folgerichtiger Ausdruck des sozialimperialistischen Charakters des Regimes in der Sowjetunion sei. Der "Arbeiterkampf" dagegen behauptet, die Stärke der sowjetischen Flotte würde maßlos übertrieben, die russische Flotte auf den Weltmeeren hätte nur "symbolischen Charakter". Wenn die sowjetische Flotte aber "symbolischen Charakter" hat, dann ist doch die Frage, was diese Flotte auf den Weltmeeren symbolisiert, zwangsläufig. Der "Arbeiterkampf" drückt sich auch in seiner jüngsten Ausgabe um eine klare Antwort herum. Obwohl er in zwei längeren Artikeln wiederum gegen die "übertriebene Stärke" der sowjetischen Flotte polemisiert, bleibt er die Antwort schuldig auf die Frage: Was symbolisiert die sowjetische Flotte auf den Weltmeeren?

—Redaktion—

Häuserkampf

in einem Westerwald-Ort

"**Friesenhagen.** Einige Nachtstunden lang war von Dienstag auf Mittwoch voriger Woche wieder "Krieg" in Friesenhagen! Maschinenpistolen und Gewehre feuerten fast an allen Ecken und Enden! Leuchtspurgeschosse schnitten grelle Spuren in den Nachthimmel. Die Friesenhagener riß es entsetzt aus dem Schlaf. Kinder schrien. Angst breitete sich aus. Was manchem zuerst als ein Überfall auf sein Haus erschien, stellte sich schließlich als eine offenbar von belgischen Soldaten 'unangemeldet', wie Ortsbürgermeister Hermann Mockenhaupt hervorhebt, inszenierte nächtliche Häuserkampf-Übung heraus." (Rheinzeitung vom 7. August)

Der Korrespondent, der diesen Bericht der "Rheinzeitung" an die KVZ schickte, bemerkt: "Im Westerwald gibt es öfter Manöver deutscher und fremder Truppen (Belgier und Amerikaner), bei denen in den Dörfern geübt wird." Wie aus dem Bericht der "Rheinzeitung" weiter hervorgeht, fordert die Bevölkerung eine Erklärung der Behörden ihr gegenüber für diesen nächtlichen Überfall der belgischen Soldaten. Ortsbürgermeister Mockenhaupt: "Ich werde ständig von Leuten auf der Straße angehalten und nach dem Stand der Dinge gefragt. Die Sache läuft. Der Fall wird zur Zeit von der Kreisverwaltung überprüft."



Schiffe der Reserveflotille in Wilhelmshaven

Westdeutsche Waffenhilfe für die Türkei

Nach Angaben des Soldaten- und Reservistenkomitees Wilhelmshaven verkauft die Bundeswehr in Wilhelmshaven mehrere Küstenminensuchboote aus der Reserveflotille der "Vegesack-Klasse" an die Türkei. Schnellboote werden von der Türkei in Kiel übernommen; außerdem erhält die Türkei vier große U-Boote; zwei sind bereits abgeliefert, zwei weitere sind im Bau. Türkische Marinesoldaten werden in Wilhelmshaven und Kiel auf die Überhahme der Boote vorbereitet. Nach dem Waffenembargo des amerikanischen Repräsentantenhauses kann der westdeutsche Imperialismus seine Position im Waffengeschäft mit der Türkei verbessern.

Westdeutscher Imperialismus

Monopolisierung und Kapitalexport

Verschärfte Monopolisierung und wachsender Kapitalexport kennzeichnen die Entwicklung des BRD-Imperialismus. In der gegenwärtigen Krise wird der BRD-Imperialismus diese Tendenzen weiter verstärken.

104 Industriekonzerne, deren Jahresumsatz mehr als eine Milliarde betrug, haben 1974 durch die Ausbeutung von 46 Prozent der Industrie-Beschäftigten 62 Prozent des gesamten westdeutschen Industrieumsatzes erzielt. (Frankfurter Rundschau, 26.7.1975) Diese Konzerne beherrschen die westdeutsche Industrie. Sie verfügen über die wirksamsten Ausbeutungsmethoden. Durch riesige Fusionen, zum Beispiel VEBA–Gelsenberg, Thyssen–Rheinstahl, treiben sie die Zentralisierung des Kapitals voran und bauen ihre beherrschende Position aus und monopolisieren zunehmende Bereiche der Industrie.

In der Krise können die großen Konzerne ihre vorherrschende Stellung noch besser zur Geltung bringen und die Zentralisierung des Kapitals in den Händen weniger Finanzmagnaten beschleunigen. Dabei spielen die großen Banken eine vorwärtstreibende Rolle. Hand in Hand mit der Zentralisierung des Kapitals verstärkt sich der Zugriff dieser großen Konzerne und Banken auf den bürgerlichen Staatsapparat. Sie bedienen sich seiner, um ihre Interessen gegenüber der Arbeiterklasse und dem Volk wie auch ihren übriggebliebenen Konkurrenten durchzusetzen. Dazu nutzen sie ihre Kapitalistenverbände wie den Bund Deutscher Industrieller (BDI), den Bund der Arbeitgeber (BdA) und den Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT), die sämtlich in der Hand des Monopolkapitals sind. Das zeigt sich schon an den Namen der Spitzenfunktionäre Sohl, Schleyer und Otto Wolff von Amerongen, sämtlich Vertreter großer Konzerne.

Monopolisierung und Verschmelzung des Industrie- und Bankkapitals zum die gesamte Wirtschaft beherrschenden Finanzkapital sind Kennzeichen des Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus.

Ein weiteres Kennzeichen ist die wachsende Bedeutung des Kapitalexports. Der Kapitalexport von seiten des westdeutschen Finanzkapitals hat sich seit 1966, dem Jahr der ersten fühlbaren Krise der kapitalistischen Entwicklung in Westdeutschland nach dem II. Weltkrieg, beinahe vervierfacht. Beliefen sich die westdeutschen Auslandsinvestitionen 1966 auf 10 Milliarden (1961 beliefen sie sich erst auf 3,84 Milliarden), so betrugen sie 1974 bereits 36,77 Milliarden.

Zeigt die Monopolisierung die Herrschaft des Finanzkapitals über die westdeutsche Wirtschaft und Gesellschaft, so ist sie gleichzeitig die Vor-

sie 1974 bereits 36,77 Milliarden.
Zeigt die Monopolisierung die Herrschaft des Finanzkapitals über die westdeutsche Wirtschaft und Gesellschaft, so ist sie gleichzeitig die Vor-

aussetzung für das Eindringen in fremde Länder und die Ausbeutung des dortigen Proletariats. Das Monopolkapital ist kosmopolitisch und es begnügt sich nicht mit der Ausbeutung der Arbeiterklasse im Ursprungsland. Seine Weltfahrten werden durch die Hoffnung auf Profite und Extraprofite gesteuert. So sucht es nach billigen Arbeitskräften und dringt in fremde Märkte ein, um in ihnen Fuß zu fassen und sie zu beherrschen. Die Jagd nach Rohstoffen treibt das Monopolkapital in die fernsten Winkel von Chile bis nach Papua-Neuguinea, zum Beispiel auf der Suche nach Kupfer.

Gefördert wird diese Fernsucht des Monopolkapitals durch den imperialistischen Staat, zum Beispiel durch die staatliche Deutsche Entwicklungsgesellschaft (DEG) mit ihrem Aufsichtsratsvorsitzenden Franz Heinrich Ulrich, Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG und einer der Größten des westdeutschen Finanzkapitals. In ihrem Jahresbericht für 1974 stellt diese Gesellschaft zur Entwicklung des westdeutschen Monopolkapitals mit Hilfe von Steuergroschen der Arbeiter und Bauern das vergangene Jahr als das "expansivste" ihrer bisherigen dreizehnjährigen Geschichte heraus. Doch sie strebt nach neuen Rekorden: *"Die deutsche Wirtschaft muß stärker als bisher im Ausland investieren. Vor allem gilt es die Investitionsmöglichkeiten und Marktchancen in Entwicklungsländern zu nutzen"*, lautet ihre Aufforderung an das westdeutsche Monopolkapital (Die Welt, 31.7.75). Sie sollten die *"Konsequenzen aus der veränderten wirtschaftlichen Gesamtlage"* ziehen und *"verstärkt im Ausland"* investieren, appelliert Ulrich an seine Kumpane (Süddeutsche Zeitung, 31.7.75). Und zweifellos wird das Krisenjahr 1975 eine weitere Verstärkung des Kapitalexports mit sich bringen.

Durch ihren Drang in die Fremde erwachsen den Monopolkapitalisten freilich weitere Sorgen.

Angesichts der Krise des westdeutschen Kapitalismus fragt der Kommentator der "Süddeutschen Zeitung" zunächst scheinheilig:

"Oder müssen die Anstrengungen verstärkt werden, im Ausland zu investieren? Wenn ja, wo?" Dann stellt er betrübt fest: *"Bis zum Frühjahr 1974 hatte Portugal allgemein als ein 'sicheres Land' gegolten, wo die Eigentumsverhältnisse ganz kapitalistisch ausgelegt wurden. Wer würde das heute noch sagen? Jetzt gilt Brasilien als das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Mit dem Begriff 'sicheres Land' im Sinne der Sicherheit des dort investierten Kapitals wird man nicht weiterkommen."* (Süddeutsche Zeitung, 26.7.75) Statt des Alleinbesitzes von Fabriken in fremden Ländern empfiehlt er deshalb "Kooperation", das heißt Hinzuziehung von einheimischen Kapitalisten oder von Strohmännern. Das entscheidende Instrument, um das im Ausland investierte Kapital zu sichern, ist jedoch der imperialistische Staatsapparat selber und so folgen dem Strom des Kapitals nach Asien, Afrika und Südamerika die Reisen der Politiker und in ihrem Gefolge die Lieferung von Waffen. Auf den Reisen der Politiker werden Ausbildungsverträge für Technokraten, Offiziere und Politiker geschlossen, die in Westdeutschland lernen sollen, wie man im Ausland das westdeutsche Kapital gegen die einheimischen Arbeiter und Bauern verteidigt. Dennoch bleibt es Tatsache: Mit dem imperialistischen Kapital werden auch Faktoren der Revolution gegen den Imperialismus ausgeführt und gerade deshalb muß der imperialistische Staat 'Weltpolitik' machen, um sich überall in die inneren Verhältnisse fremder Länder einzumischen, die Kräfte der Reaktion zu stärken und die Kräfte der Revolution zu vernichten. Wie daheim, so im Ausland. Ein gutes Beispiel dafür liefern die gegenwärtigen Bemühungen des BRD-Imperialismus, in Portugal mitzumischen und die Funken der sozialen Revolution auszutreten. Kein Wunder: In Portugal 'arbeiten' 300 Millionen westdeutsches Kapital. –J.S.–

Wo deutsche Fabriken stehen

Deutsche Direktinvestitionen im Ausland · In Milliarden DM

So wuchsen die Auslands-Investitionen: 1961: 3,84 – 1966: 10,00 – 23,78 – 26,60 – 32,24 – 1974: 36,77

Diese Branchen investierten im Ausland: Landwirtschaft 0,31; Industrie 28,06, darunter Chemie 7,18, Elektrotechnik 3,88, Eisen und Stahl 2,91, Maschinenbau 2,68, Automobilindustrie 2,65, Mineralölindustrie 1,48; Dienstleistungen 7,80, darunter Banken und Versicherungen 3,41, Verkehrsunternehmen 0,65, Handel 0,61; Übrige 0,60

In diesen Regionen wurde investiert: Europa 21,97, davon EFTA-Länder 5,91, EG-Länder 12,96; Amerika 10,86, davon USA 3,48, Kanada 2,64, Brasilien 2,42; Australien und Ozeanien 0,29; Asien 1,40; Afrika; gesamt 36,77

Cabora Bassa:
Die Niederlage der Imperialisten

Cabora Bassa:

Die Niederlage der Imperialisten ist unbestreitbar

In der Ausgabe vom 28.7. berichtete das "Handelsblatt" über die letzte Aktionärshauptversammlung der Hochtief AG. Die Hochtief AG ist wesentlich mitbeteiligt am Bau des Cabora-Bassa-Staudammes in Mozambique. Darüber heißt es im "Handelsblatt": *"Auch nach der Unabhängigkeit des afrikanischen Staates Mozambique laufen die Arbeiten an der Vollendung des Staudammes und Kraftwerk-Projekts Cabora Bassa planmäßig weiter. Und die von der einstigen Rebellenbewegung geführte Regierung der ehemaligen portugiesischen Kolonie hat bereits in aller Öffentlichkeit erklärt, daß sie die Verträge erfüllen will, nach denen die Stromlieferungen an die Republik Südafrika in wenigen Wochen aufgenommen werden sollen."*

Das "Handelsblatt" erinnert an die *"ultralinken Demagogen"*, die den beteiligten Firmen vorgeworfen hätten, das *"imperialistische Kolonial-System"* der Portugiesen zu unterstützen, und empfiehlt ihnen hämisch, sich die Augen auszuwischen. Schließlich hätte sich die Argumentation der Gesellschaft als richtig erwiesen, *"nämlich daß der Staudamm auf jeden Fall der afrikanischen Bevölkerung zugute kommen werde, wer immer in Zukunft die politische Macht innehaben werde."*

Wie war das mit dem Cabora-Bassa-Staudamm? Verbunden mit dem Plan der Ansiedlung von mehreren Hunderttausend weißen Siedlern war der Damm geplant als ein Damm gegen die Befreiung, der die Kolonie Mozambique fest mit der weißen Apartheids-Republik Südafrika zusammenschweißen sollte. Damit ist nun nichts, nachdem der bewaffnete siegreiche Kampf des Volkes von Mozambique unter der Führung der Frelimo die Kolonialherrschaft besiegt hat. Mozambique ist eine Volksrepublik, die ihre Unabhängigkeit verteidigen und eine neue Gesellschaft mit dem Ziel des Sozialismus aufbauen wird. Dabei wird sie unter den Bedingungen beginnen, die ihr der Kolonialismus hinterlassen hat.

Nach dieser Niederlage haben die Imperialisten aber noch nicht alle Hoffnungen fahren lassen. Das "Handelsblatt" schreibt zu der Entscheidung der Regierung von Mozambique, die Verträge einzuhalten: *"Der junge Staat überwindet in diesem Fall seine Abneigung gegenüber dem die Rassentrennung praktizierenden Südafrika, weil die Stromeinnahmen aus dem Cabora-Bassa-Kraftwerk ein wesentliches Element seiner Wirtschaft sein werden."* Das ist doch eine offene Sprache! Die Imperialisten hoffen auf nichts anderes, als daß sie mit dem Cabora-Bassa-Damm der Volksrepublik Mozambique ein Kuckucksei ins Nest gelegt haben, daß der "junge Staat" schließlich gezwungen sein wird, sich mit der weißen Rassistenherrschaft in Südafrika zu arrangieren und seine Wirtschaft davon abhängig bleibt. Nachdem die alte Kolonialherrschaft zusammengebrochen ist, hoffen sie auf die neuen Herrschaftsformen des Neokolonialismus. So haben sie Cabora-Bassa geplant, so wollen sie ihn einsetzen.

Man kann davon ausgehen: Dieser Plan wird genauso scheitern wie der erste. Doch das wird nicht mehr hauptsächlich am Cabora-Bassa-Staudamm entschieden, sondern im planmäßigen Aufbau der Volksrepublik Mozambique durch Mobilisierung der Volksmassen im Vertrauen auf die eigene Kraft! –Dietrich Hildebrandt–

„Im Ausland verstorben..."

Steigende Unruhe im chilenischen Volk über die Versuche der Junta, sich von ihren Folter- und Mordbefehlen abzusetzen

Die Junta in Chile mußte den Tod von 119 Chilenen bekanntgeben, die zu Tode gefoltert oder direkt auf ihren Befehl hin ermordet wurden. Von der Verantwortlichkeit dafür versucht sie sich jetzt abzusetzen. Die Nachforschungen und die Forderung nach vollständiger Aufklärung des Schicksals dieser Personen sind aber in Chile nicht mehr zu unterdrücken. Daß 119 Chilenen, die der Linken angehören sollen, sich im Ausland gegenseitig umgebracht haben, das glaubt in Chile niemand.

Die Behauptung, 119 ihrer politischen Gegner hätten sich gegenseitig in Frankreich, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Panama und Mexiko umgebracht, wurde von der Junta selber zunächst über die ihr direkt hörigen oder mit ihr sympathisierenden Auslandszeitungen in Umlauf gebracht; die Zeitungen in Chile haben sich dann auf diese Auslandspresse beziehen können, als sie die Nachricht übernahmen. Zuerst veröffentlichte die Zeitschrift "Lea" eine Liste von 60 Namen. "Lea" wird in der argentinischen Stadt Salta gedruckt. Kurz darauf folgte die brasilianische Tageszeitung "O Dia", die mit einer Liste von weiteren 59 Namen hervortrat. Diese Personen seien bei Auseinandersetzungen mit den argentinischen Sicherheitskräften umgekommen, war ihre Behauptung. Nachdem im Juli die gesamte Liste der 119 Namen somit bekanntgegeben war, setzten Nachforschungen, Proteste und auch direkte Widerstandsaktionen ein. Die Nachforschungen wurden von den Angehörigen zuerst eingeleitet. Widerstand wird aus dem Konzentrationslager Puchuncavi gemeldet, wo ungefähr 100 politische Häftlinge seit dem 1. August einen Hungerstreik führen. Ziel des Hungerstreiks sei, so meldete die französische Tageszeitung "Le Monde", gegen das Verschwinden von über 100 Häftlingen zu protestieren und zugleich Druck auszuüben, damit die bei Gericht anhängigen Verfahren gegen diese Personen beschleunigt werden und Licht auf das Verschwinden werfen sollen.

Gleichzeitig erhoben wurden die Forderungen der Hungerstreikenden von Organen der Kirchen in Chile. So der erzbischöfliche Vikar von Santiago in einem Gottesdienst und das "Friedenskomitee", das eine von den chilenischen Kirchen und dem Weltkirchenrat getragene Organisation ist, über die Nahrungsmittel an die Hunger leidende Bevölkerung von Santiago verteilt wurde.

Auf diesen Druck hin reagierten selbst die juntatreuen Zeitungen in Chile. "El Mercurio" berichtete darüber und unterstützte sogar die Forderungen. Die Auslandspresse griff die Angelegenheit auf und zeigte ihre ganze Widersprüchlichkeit: Die "New York Times" zitiert zwei der 119 Namen: Edwin Van Yurick Altamirano und Barbara Uribe Tamblay, die beide englische Eltern haben. Im vergan-

ganze Widersprüchlichkeit: Die "New York Times" zitiert zwei der 119 Namen: Edwin Van Yurick Altamirano und Barbara Uribe Tamblay, die beide englische Eltern haben. Im vergan-

genen Jahr hatte der Außenminister der Junta auf Anfrage der britischen Botschaft mitgeteilt, daß diese beiden aus "Gründen der Vorbeugung in chilenischen Gefängnissen seien, daß aber ihr Gesundheitszustand vollkommen normal sei" ("Le Monde", 6./7. August). Wie kommen sie nun plötzlich zum Beispiel nach Argentinien, um von der argentinischen Polizei erschossen zu werden? Die argentinischen Behörden haben zu solchen Behauptungen mitgeteilt, daß es keinerlei Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Chilenen gegeben habe.

Mit der "Untersuchungskommission", die die Junta Anfang August eingesetzt hat, wird sie die Unruhe unter der Bevölkerung nicht eindämmen können; daran werden sie schon die Angehörigen der 119 Toten hindern. Die Junta will damit die Sache von den Gerichten wegbringen, um deren Schein des Rechts zu wahren und zugleich sich durch "Feststellen einiger Schuldiger" bei der Polizei usw. von ihren eigenen Folterbefehlen und Folterknechten absetzen. Sie will "beweisen", daß sie nichts damit zu tun hat. Das aber wird man nicht zulassen können.

Das "Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte" in Chile hat mitteilen lassen, daß nach seinen Ermittlungen mindestens 1 000 Chilenen zu Tode gefoltert worden sind. Eine Untersuchungskommission des Internationalen Arbeitsamtes in Genf hat in einem Bericht die Junta verurteilt wegen des vorsätzlichen Mordes an 131 chilenischen Gewerkschaftern. Der Menschenrechtskommission der UNO wurde im Frühsommer die Einreise nach Chile zur Überprüfung der Lage in den Gefängnissen und Konzentrationslagern verweigert. Die Sache wird sich also weiterentwickeln; keineswegs also wird die Junta mit ihrer sogenannten Untersuchungskommission die Unruhe in der chilenischen Bevölkerung eindämmen können.

Betrachtet man die Entwicklung seit dem 11. September 1973, dem Datum des Putsches, dann ist festzustellen, daß wegen der zu Tode gefolterten oder einfach ermordeten Chilenen die Junta in Chile diesmal in einer Weise gestellt wird, die ihr keinen Ausweg mehr läßt. Das wird man aufmerksam verfolgen müssen.

Nach: "Le Monde" vom 6./7. und 10./11. August und "L'Espresso" vom 15. Juni

Ausweg mehr läßt. Das wird man aufmerksam verfolgen müssen.
Nach: "Le Monde" vom 6./7. und 10./11. August und "L'Espresso" vom 15. Juni

Die vom Volk besetzten Mietwohnungen sollen zurück an die Hausbesitzer

Die chilenische Junta hat durch Gesetz die unter der Allende-Regierung von den Arbeitern und der übrigen werktätigen Bevölkerung besetzten und enteigneten Wohnungen wieder an die früheren Eigentümer zurückgegeben. Betroffen sind davon Tausende von chilenischen Familien, besonders in Santiago. Die Hauseigentümer ließen die Wohnungen unter der Allende-Regierung leerstehen, weil sie nicht genügend Gewinn daraus ziehen konnten. Ausgestattet mit ihren wiederhergestellten Eigentumsrechten und dem staatlichen Terrorapparat der Junta im Rücken wollen sie jetzt an die Bewohner ihre Forderungen stellen oder sie hinauswerfen lassen. Schon jetzt ist abzusehen, daß mit der Wiederherstellung des Eigentumsrechts an den Wohnungen der soziale Gegensatz sich weiter verschärfen wird. (nach: Le Monde, 6./7.8.75)

Politische Demonstration gegen die Junta in Chile

Am 5./6. August forderten mehrere Tausend Menschen auf einer Messe des katholischen Bischofs von Santiago die Militärs zur öffentlichen Rechtfertigung auf. Sie fordern Auskunft über den Aufenthaltsort von 119 Mitgliedern der "Bewegung der revolutionären Linken" (MIR). Von der Kanzel wurde eine Erklärung der Angehörigen der Verschwundenen bekanntgegeben.

Gleichzeitig wurde auf dieser Demonstration zur Solidarität mit dem Hungerstreik von 80 politischen Gefangenen des KZ Puchuncavi aufgerufen, der seit mehreren Tagen andauert.

Diese Demonstration gegen die Junta ist kein gutes Tagesereignis, sondern Erfolg der hartnäckigen Arbeit von Widerstandskomitees und Arbeiterparteien im Untergrund. So berichtet die Zeitung "Venceremos" der "Bewegung der einheitlichen Volksaktion" (MAPU), daß derzeit in den Arbeitersiedlungen der Aufbau solcher "Widerstandskomitees" voranschreitet, während in den Fabriken die Arbeiter beginnen, sich in "Fabrikkomitees" zusammenzuschließen. Die beginnende Organisierung der Massen ist die Grundlage dafür, daß die Auseinandersetzung mit der Junta geführt werden kann.

5 000 bolivianische Bergarbeiter im Streik

Am 4. August haben die 5 000 bolivianischen Bergarbeiter im Distrikt Catavi, 350 Kilometer südwestlich der Haupstadt La Paz gelegen, den Streik beschlossen. Sie demonstrieren damit gegen den "Mangel an Freiheit und die Armut" in Bolivien. 17 Gewerkschaftsvertreter der bolivianischen Bergleute haben eine Erklärung veröffentlicht, in der sie sich gegen die "Diktatur" wenden, die die Regierung Banzer ausübe, die "durch ihre Form und ihren Inhalt faschistisch erscheint". Weiter heißt es: "Dieses Regime, das auf Gewalt beruht, hat mit allen demokratischen, sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften der Arbeiter Tabula rasa gemacht". (nach "Le Monde", 5.8.75)

Interview mit dem Repräsentanten der PAIGC für Westeuropa

Viele Initiativen für den Wiederaufbau von Kapverde!

Wie das Volk von Kapverde gestützt auf die eigene Kraft auf allen Gebieten den Wiederaufbau des Landes anpackt nach der Befreiung von der jahrhundertelangen Kolonialherrschaft der Portugiesen, darüber spricht der Genosse Adao Rocha, der Vertreter der Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln (PAIGC). Adao Rocha ist Vertreter der PAIGC in Westeuropa. Das Interview wurde im Anschluß an eine Veranstaltung des Komitee Südliches Afrika Heidelberg am 9. Juli gemacht.

Wie organisiert die PAIGC die Bevölkerung auf Capverde, damit sie ihre ganze Kraft und Fähigkeiten einsetzen kann im Aufbau einer unabhängigen und revolutionären neuen Gesellschaft?

Nachdem die Portugiesen gezwungen waren, das Recht auf Selbstbestimmung des Volkes in Capverde anzuerkennen und die PAIGC offen arbeiten konnte, hat sie im ganzen Land in allen Dörfern – auch da, wo die Besiedlung nicht dicht ist – lokale Komitees organisiert. Sie bilden die Grundlage für den politischen Kampf der PAIGC, weil sie durch ihren engen Kontakt mit der Bevölkerung zur aktiven Beteiligung des Volkes am jetzigen Kampf beitragen. Diese Komitees haben sich zur Aufgabe gemacht, Kampagnen zur politischen Aufklärung durchzuführen. Sie erklären dem Volk, daß der Kolonialismus die Ursache der katastrophalen Situation ist, in der das Volk von Kapverde sich befindet. Sie versuchen mit der Bevölkerung die eigentlichen Ursachen des Leidens und des Elends zu diskutieren und sie zu überzeugen, daß es eine Lösung für ihre Probleme gibt.

Kannst du uns ein Beispiel geben für die Bedeutung dieser Aufklärungsarbeit?

Die Portugiesen haben immer wieder behauptet, Kapverde wäre zu arm, um selbständig existieren zu können. Die Bevölkerung hat jetzt genau begriffen, daß wir sehr wohl in der Lage sind, selbständig vorwärtszukommen. Dazu müssen wir die koloniale Mentalität bekämpfen, die in der Bevölkerung verbreitet wurde, z.B., das Volk auf Kapverde wäre unfähig und faul. Die PAIGC erklärte, daß das kapverdianische Volk fähig ist, wie jedes andere, die nötigen Schritte zum Aufbau eines freien Kapverde zu machen. Die koloniale Mentalität hat die Bevölkerung z.B. in der Einstellung zur Arbeit beeinflußt. So hatten die Portugiesen z.B. in besonders schlimmen Krisenzeiten die sogenannte "Unterstützungsarbeit" eingerichtet: Für einen Hungerlohn, der nicht mal zum Überleben reichte, mußten Arbeiten ausgeführt werden, die keinerlei Nutzen für den Aufbau Kapverdes hatten. So kann man heute Straßenstücke finden, die in dieselbe Richtung führen und nicht zu Ende gebaut wurden, mitten in der Landschaft aufhören. Diese Arbeiten waren offensichtlich nutzlos, und keiner hat sie gern gemacht.

Wir haben der Bevölkerung erklärt, daß sich nicht nur das System geändert hat, sondern daß sie es ändern müssen. Wir haben gesagt, daß jeder



Aristides Pereira, Generalsekretär der PAIGC (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln), diskutiert mit kapverdianischen Bauern nach der Unabhängigkeit von Kapverde.

unbedingt und sehr hart arbeiten muß. Wenn jemand von uns jetzt arbeitet, weiß er, daß er für den Aufbau von Kapverde und deshalb auch für sich selbst arbeitet.

Und es sind schon konkrete Ergebnisse unserer Aufklärungskampagnen festzustellen. Ein großer Teil der Bevölkerung meldet sich nach Beendigung der täglichen normalen Arbeit für freiwillige Aufbauarbeit.

So wurde diese "Unterstützungsarbeit" der Portugiesen in konstruktive Aufbauarbeit, vor allem in der Landwirtschaft, umgewandelt. Bei der jetzigen "Unterstützungsarbeit" geben die Menschen das Maximum von sich selbst.

Welche politische Ordnung wollt ihr aufbauen und welche Aufgaben haben dabei die Komitees?

Die lokalen Komitees haben sehr viele Aufgaben des täglichen Lebens zu lösen. Möglich ist das nur durch die aktive Beteiligung der Bevölkerung, die selber die Entscheidungen trifft, wobei die Komitees sozusagen das Gerüst für die Arbeit stellen.

Wir wollen ein wirklich demokratisches Regime aufbauen, wo alle Entscheidungen in den Händen des Volkes liegen, so daß die Entscheidungen von unten nach oben gehen und nicht von oben nach unten. Sie dürfen nicht in den Händen einiger weniger Leute in der Regierung liegen, die ihre Entscheidungen dem Volk aufzwingen. Unter Volksdemokratie verstehen wir ein System, wo das Volk Herr der Entscheidung ist, denn das Volk kennt ja am besten die Probleme, die gelöst werden müssen, und kann auch die besten Lösungen finden.

Obwohl die Strukturen der Volksdemokratie noch nicht genau bestimmt sind, weil die PAIGC erst kurze Zeit eine effektive Kontrolle der Macht ausüben kann, gibt es in Kapverde eine sich im Anfangsstadium befindende Volksdemokratie. Sie zeigt die zukünftige Entwicklung schon auf.

Ich kann z.B. von den Verwaltungskommissionen erzählen, die in allen Gegenden gewählt wurden. Sie bestehen aus Teilen der Bevölkerung, die vom Volk gewählt wurden. Das Wahlverfahren ist sehr einfach, hat aber den großen Vorteil, daß es kein Mißtrauen geben kann. Die Mitglieder der Kommission, alle Kandidaten stammen aus der Gegend und sind Teil des Volkes. Sie werden in einer Versammlung dem Volk vorgestellt. Wenn das Volk mit ihm einverstanden ist, ist er gewählt, wenn es nein sagt, ist er abgelehnt. Dieses Wahlverfahren ist sehr simpel, aber auch sehr wirksam.

Ein anderes Beispiel für die Volksdemokratie sind die Volksgerichte. Sie funktionieren bereits in den Dörfern. Das Volk hat in ihnen die Entscheidung. Sicherlich gibt es Richter, die die Verhandlungen anleiten, aber entscheiden tut das Volk. Wenn ich Volk sage, heißt das die Mehrheit der lokalen Bevölkerung. Sie entscheidet.

Gibt es eine zentrale Einwirkung der PAIGC auf die lokalen Komitees?

Die Komitees stellen sich auch zur Aufgabe, das Programm der PAIGC mit der Bevölkerung zu diskutieren. Die Zustimmung der Massen dazu und die vollständige Niederlage aller reaktionären Kräfte, die versuchen, Kapverde unter neokolonialen Verhältnissen zu halten, zeigen, daß das PAIGC-Programm das einzige ist, das den Interessen des Volkes entspricht und daß das Volk schon ein hohes politisches Bewußtsein besitzt, das es ihm ermöglicht, seine Interessen genau zu erkennen und wahrzunehmen.

Die PAIGC ist der Meinung, daß nur durch Kampagnen, die die Massen mobilisieren, der Aufbau einer fortschrittlichen Gesellschaft einen richtigen Start erhalten wird. Die Rolle der lokalen Komitees ist zwar sehr wichtig, weil sie wie ein Katalysator zur Aktivierung der Bewegung im Volk gewirkt haben. Aber jetzt hat das Volk sozusagen die Komitees überholt, dank seiner Wachsamkeit und seines hohen Bewußtseins.

Initiativen versucht nun jeder zu entwickeln und die Umsetzung zu organisieren, sie kommen nicht nur von den Komitees. Alle Kampagnen, die freiwillig und spontan stattfinden, sind ein Bekenntnis für die PAIGC. Die von der PAIGC organisierten Komitees haben die Aufgabe, sie zu fördern und zu entwickeln. Dabei kommen die Initiativen aus allen möglichen Gruppen, die schon früher existierten oder neu gebildet wurden. So werden z.B. von Sportvereinen Kampagnen organisiert. Sportvereine haben auf den Kapverden deshalb eine ziemliche Bedeutung, weil sie eine der wenigen erlaubten Organisationen unter der Kolonialherrschaft waren. Heute nehmen die Vereine z.B. mit den Vereinen auf anderen Inseln Kontakt auf, um gemeinsame Schritte für den Aufbau des Landes zu tun. Früher gab es so gut wie keine Treffen zwischen Vereinen verschiedener Inseln, und wenn, dann waren sie von den Portugiesen organisiert, um uns zu spalten. Jetzt geschieht das Gegenteil: Alle Kontakte, auch im sportlichen und kulturellen Bereich, dienen unserer Einheit und unserer Zusammenarbeit für das gemeinsame Ziel.

Ein anderes Beispiel ist die Übernahme der Kontrolle über einige private Grundstücke durch die Bevölkerung, die von örtlichen Grundbesitzern ausgebeutet wurden. Die Arbeiter haben selbständig die Kontrolle über diese Grundstücke übernommen, ohne vorher das Zentralkomitee der PAIGC nach seiner Zustimmung zu fragen. Sie haben vielmehr die PAIGC vor vollendete Tatsachen gestellt, und es ist klar, daß die PAIGC diese Aktionen unterstützt. Es gibt noch viele Beispiele, die zeigen, in welche Richtung sich die Dinge entwickeln.

Jetzt ist alles politisch in Kapverde. Der Wiederaufbau ist eine höchst politische Angelegenheit, die Bevölkerung weiß das ganz genau.

Eine Hygiene-Kampagne als Beispiel: Die PAIGC hat zuerst medizinische Kampagnen durchgeführt über die positiven Ergebnisse der Vorbeugungsmedizin, daß verhindert werden muß, daß man überhaupt krank wird. Und sie hat die Leute zur aktiven Teilnahme aufgefordert. Auf allen Inseln fanden dann schon Kampagnen zur Säuberung der unreinen, gesundheitsschädigenden Gegenden statt. Alle Leute, die darüber mobilisiert worden sind aus dem Volk, arbeiteten freiwillig mit und spontan. Sie entwickeln selbständige Initiativen und haben allein entschieden, welche Gebiete gereinigt werden müssen. Sie rufen selbst zur weiteren freiwilligen Mitarbeit auf. Ähnliche Kampagnen gibt es zum Aufbau von Häusern, zur Einrichtung von Geschäften, Genossenschaften, Straßenbau, Fabriken.

Spendenkonto:
Postscheckamt Karlsruhe
Nr. 95 292-754 B. Köhn
Stichwort Kapverde

Das Volk von Zimbabwe verstärkt den Befreiungskampf

Obwohl das Smith-Regime viel von Verfassungsverhandlungen mit den Vertretern des Volkes von Zimbabwe redet, hofft es immer noch, die Herrschaft von Kolonialismus und Imperialismus in Rhodesien aufrechterhalten zu können. Eine "Kommission für die Untersuchung 'unnötiger und unerwünschter' Rassendiskriminierung soll eingesetzt werden" (Süddeutsche Zeitung vom 10. Juli); ansonsten sind "Pläne für verstärkte Anstrengungen, die Guerilla-Kämpfer im Land zu schlagen, weit fortgeschritten und werden bald in Einsatz kommen" (Smith laut "Times" vom 23. Juli). Stützen will er sich dabei außer auf die weißen Siedler vor allem auf ausländische Söldner, vorzugsweise mit Erfahrungen im Völkermord. Laut Spiegel Nr. 33/1975 sind "bevorzugte Zielgruppen der Werber: amerikanische Vietnam-Veteranen und ehemalige Angehörige der Bundeswehr". Die zunehmende Arbeitslosigkeit soll ihm dabei nützen. Die westdeutschen Behörden machen keine größeren Schwierigkeiten. Als sie durch mehrere öffentliche Proteste gegen die Anwerbetätigkeit des ehemaligen Fremdenlegionärs und Nahkampfausbilders der Bundeswehr Thelen vorgehen mußten, verurteilten sie ihn symbolisch, um vor der Öffentlichkeit zu heucheln, sie hätten mit der Unterdrückung des Volkes von Zimbabwe nichts zu tun. Ein Jahr auf Bewährung und 3000 DM Geldstrafe bekam Thelen. Mit 800 Bewerbungen für den Killerjob, die er schon in der Tasche hatte, konnte er zu seinen Auftraggebern zurückkehren. Da rentieren sich so geringe Unkosten schon.

Welches Geschäft diese Verbrecher im Solde der Imperialisten im großen Stil betreiben sollen, zeigen Vorfälle wie dieser: Am 1. August klagte in Salisbury/Rhodesien die "Katholische Kommission für Frieden und Gerechtigkeit in Rhodesien" die rhodesischen Sicherheitskräfte an, am 12. Juni 20 Afrikaner, darunter 9 Kinder und 4 Frauen, in einem Dorf in Nordostrhodesien umgebracht zu haben (nach: Le Monde vom 3./4. August).

Zahlreiche als Widerstandskämpfer verdächtige Zimbabwer werden im Land verhaftet, gefoltert und auch umgebracht. Die Meuchelmordkampagne gegen die ZANU-Führung geht gleichfalls weiter. Am 17. Juli wurde der Genosse Chikara, Vertreter der ZANU in Botswana, durch Agenten Smiths mit einer Bombe getötet, nachdem zuvor Giftanschläge auf die führenden ANC- und ZANU-Mitglieder Edson Sithole und Enos Nkala ihr Ziel verfehlten, aber eine größere Anzahl ZANU-Kader vergiftet wurde.

Aber weit gefehlt, wenn die Imperialisten annehmen, daß dadurch das Volk von Zimbabwe entmutigt würde. Sein Haß wächst von Tag zu Tag. Beunruhigt melden die Zeitungen Rhodesiens: "Immer mehr schwarze Schüler verschwinden aus den Schulen im Grenzgebiet zu Mozambique und Botswana. Aus zwei Missionsschulen waren es allein 13 und insgesamt in wenigen Wochen im Juli 300 zumeist männliche Schüler im Alter von 14 bis 19 Jahren. Sie gehen zur Guerilla-Ausbildung in die neu eingerichteten Trainingslager in Mozambique." (Financial Times vom 24. Juli) Die ZANU gibt in ihrer Erklärung zur Ermordung des Genossen Chikara die Antwort des Volkes von Zimbabwe:

"Es ist ganz klar, daß damit die Versuche des Feindes, uns auszulöschen und dadurch den Befreiungskampf zu unterdrücken, nicht beendet sind. Wie unser bewaffneter Kampf sich verstärkt und der Feind eine Niederlage nach der anderen einsteckt durch unsere heldenhaften Kämpfer, so wird er auch jede bekannte Form der Barbarei anwenden. Äußerste Wachsamkeit unseres Volkes ist deshalb erforderlich.

Ähnliche imperialistische Intrigen in der Absicht, die Befreiungsbewegungen zu zerschlagen, gab es gegen die FRELIMO, als 1968 Mondlane brutal ermordet wurde. Die gleiche bittere Pille mußte in Guinea Bissao geschluckt werden, als Genosse Cabral 1973 ermordet wurde. Beide Völker aber, von Mozambique und Guinea Bissao, waren durch diese Schandtaten so empört, daß sie ihren bewaffneten Kampf verstärkten und ihr Ziel erreichten.

Wir von der ZANU stehen auf dem Standpunkt, daß, ob es noch Entspannungsübungen geben wird oder nicht, ob es zu Giftanschlägen und Morden kommt oder nicht dazu kommt – auf jeden Fall wird Chimurenga, der Befreiungskrieg, verstärkt werden, bis jeder Zoll unseres Heimatlandes befreit ist." (Presseerklärung der ZANU-Vertretung in London anläßlich der Ermordung des Genossen Chikara) H.L.

ZANU-Spendenkonto:
Nr. 10 68 326
Volksbank Mannheim

Bestätigung der Spendenüberweisung

Bis zum 18. Juli sind auf das Spendenkonto der ZANU einschließlich der Sammlungen auf den Veranstaltungen mit dem Präsidenten der ZANU, N. Sithole, insgesamt 43 800 DM eingegangen. Für den Erhalt einer ersten Überweisung von 40 000 DM die Bestätigung von Rex Chiwara, dem Repräsentanten der ZANU in Westeuropa:

Liebe Genossen,

Ich schreibe Euch, um den Eingang von 40 000 DM zu bestätigen, die von Euch auf den vier Versammlungen, zu denen wir sprachen, gesammelt wurden.

Bei dieser Gelegenheit danke ich im Namen von Präsident Sithole und den entschlossen kämpfenden Massen Zimbabwes jedem einzelnen herzlich, der zu unserer Sache beigetragen hat, und besonders dem KBW, der verantwortlich war für die Organisierung der großen Versammlungen. Bitte versichert allen, die zum Sammelergebnis beitrugen, daß das Geld gut genutzt werden wird.

Vorwärts mit den kämpfenden Völkern der Welt!

„Ich habe den Leuchtturm von Con Son gesehen!"

Ein südvietnamesischer Marineleutnant erzählt, wie die Besatzung des Schiffs Nr. 602 gegen den Marionettenkapitän meuterte und mit dem Schiff zurückkehrte.

Ich traf Thai Van Hong bei der Bach-Dang-Werft in Saigon. Er war Leutnant in der früheren Marionetten-Marine und treibende Kraft einer erfolgreichen Meuterei auf Schiff Nr. 602, durch die dieses vor einigen Tagen nach Vietnam zurückkam. Er wirkte sehr jung, um die dreißig, durch Sonne und Wetter gebräunt. In guter Laune und energiegeladen preßte er meine beiden Hände und sagte:

"Ich bin gerade mit meiner Honda von den Westlichen Werften in Cholon bis zum Flughafen Tan Son Nhut und dann vom Markt Ba Chieu zum Markt Ben Thanh gefahren, um mir Saigon anzusehen. Ich lebe schon dreißig Jahre lang in Saigon, nach nur zwanzig Tagen Abwesenheit finde ich die Stadt aber vollständig verwandelt wieder. Um ehrlich zu sein, an dem Tag, als wir noch in der Philippinischen See kreuzten und uns entschlossen hatten, in die Heimat zurückzukehren, wälzte ich schwere Gedanken: Wie werden wir behandelt werden? Werden meine Frau und mein Kind darunter leiden müssen, daß sie einen Mann und Vater wie mich haben? Aber all diese Ängste verschwanden im Moment, in dem ich wieder vienamesischen Boden betrat. Der erste Mann, den ich traf, war ein Kämpfer der Marine der Volksstreitkräfte. Er war jung und behandelte mich wie einen patriotischen Soldaten. Die erste Frage, die er mir stellte, war nach meinem Namen und Dienstgrad. Dann: "Ist jemand auf dem Schiff krank? Niemand? Gut, dann kommt bitte alle herüber und trinkt mit uns Tee." Mir wurde dann eine Bescheinigung gegeben, und ich konnte heimgehen, um meine Familie zu sehen. Meine Türe war nur halb geschlossen, und ich konnte meine Frau und mein Kind auf unserem Bett liegen sehen. Auf Zehenspitzen ging ich rein und hielt mich eine Zeitlang im Hintergrund. Mein Kind lernte ein Lied "Letzte Nacht sah ich im Traum Onkel Ho". Alles war so unwirklich, daß mir die Tränen kamen vor lauter Glücksgefühl ... So hat sich Saigon verwandelt, selbst meine kleine Familie. Ich fand mein Haus plötzlich gemütlicher, die Straßen fröhlicher, ordentlicher und die Beziehungen unter den Leuten menschlicher und aufrichtiger ..."

Im Gegensatz zu anderen Soldaten der Saigoner Marionetten, die Furcht oder offene Angst zeigten, wenn sie sich den neuen Behörden stellen mußten, war Hong ganz natürlich in seinem Sprechen und Handeln. Er nahm mich mit zu einem Besuch seines Schiffes Nr. 602. Alle Aufbauten waren intakt. Als er die Kommandobrücke betrat, von der aus er vor einigen Tagen den Befehl zur Rückkehr gegeben hatte, begann er mir von der Meuterei zu erzählen:

Es war am 30. April 1975, 10 Uhr früh. Die Offiziere und Mannschaft auf Schiff Nr. 602 hatten gerade die bedingungslose Kapitulation von Duong Van Minh angehört. Außer sich vor Freude jubelten die Männer, die nicht länger ihr Leben zu riskieren brauchten. Einige machten sogar weiße Fahnen ... Aber der Kapitän, Ngo Minh Duong, verhielt sich anders. Er beugte den Kopf wie in Verzweiflung und schwankte zum Signalraum. Einen Augenblick später kam er mit dem kurzen Befehl zurück: "Alles fertigmachen zum Verlassen der An-Thoi-Brücke". Er antwortete nicht, als ich ihn über den Befehl befragte, lächelte vieldeutig und blinzelte Leutnant Hai, dem 2. Offizier, zu.

Unser Schiff gewann Fahrt in Richtung offene See, es ließ das Festland, wo der Frieden schon hergestellt war, hinter sich. Was war unser Ziel? Um 1 Uhr Mittag trafen wir auf drei weitere Schiffe und formierten uns zu einem Konvoi – Nr. 330, 602 und 230, in dieser Reihe.

Wir fuhren ununterbrochen weiter, und am 2. Mai 1975 passierten wir die Poulo-Panjang-Inseln. Wir waren bereits ziemlich weit weg vom Festland und hielten uns weiter in Richtung Süden. Unsere Männer standen unbeweglich wie Schatten auf Deck. Von Zeit zu Zeit war ein Husten, gefolgt von einem Seufzer, zu hören. Insgeheim schauten sie zu mir, und ich konnte in ihren Augen ein Drängen und eine Bitte lesen. Ich selbst schritt das Deck auf und ab und gab kein Wort von mir, stieß aber absichtlich von Zeit zu Zeit einen Matrosen leicht an, als würde ich zu ihm sagen: "Was sollen wir machen?"

Am nächsten Morgen um 4 Uhr rief der Kapitän Duong alle zusammen, damit wir sein Urteil gegen die Revolution hören: "Wenn wir nach Saigon zurückkehren, wird es ein Blutbad geben ..." Dann befahl er: "Laßt uns jetzt nach Singapore gehen. Von dieser Minute an muß jeder eiserne Disziplin halten, und jeder, der sich unserem Plan widersetzt, wird auf der Stelle erschossen und sein Körper ins Meer geworfen." Als er sprach, starrten seine blutunterlaufenen Augen auf mich. Seine ungewöhnliche Aufmerksamkeit für mich bewirkte, daß alle mich anstarrten. In den Blicken war Mißtrauen, Verwirrung oder Sympathie zu lesen. Ich stand still und bewegungslos.

Alles war nun klar, und wir wußten, wohin man uns bringen wollte. Vor uns lag noch ein weiter Weg, aber wenn die Befehle des Kapitäns Duong befolgt wurden, würden wir am Ende wieder Söldner der USA, Japans oder der Philippinen werden: Wir würden Männer ohne Heimat und Familie sein. Was für eine düstere Aussicht! Ich begann eine Zigarette an der anderen zu rauchen.

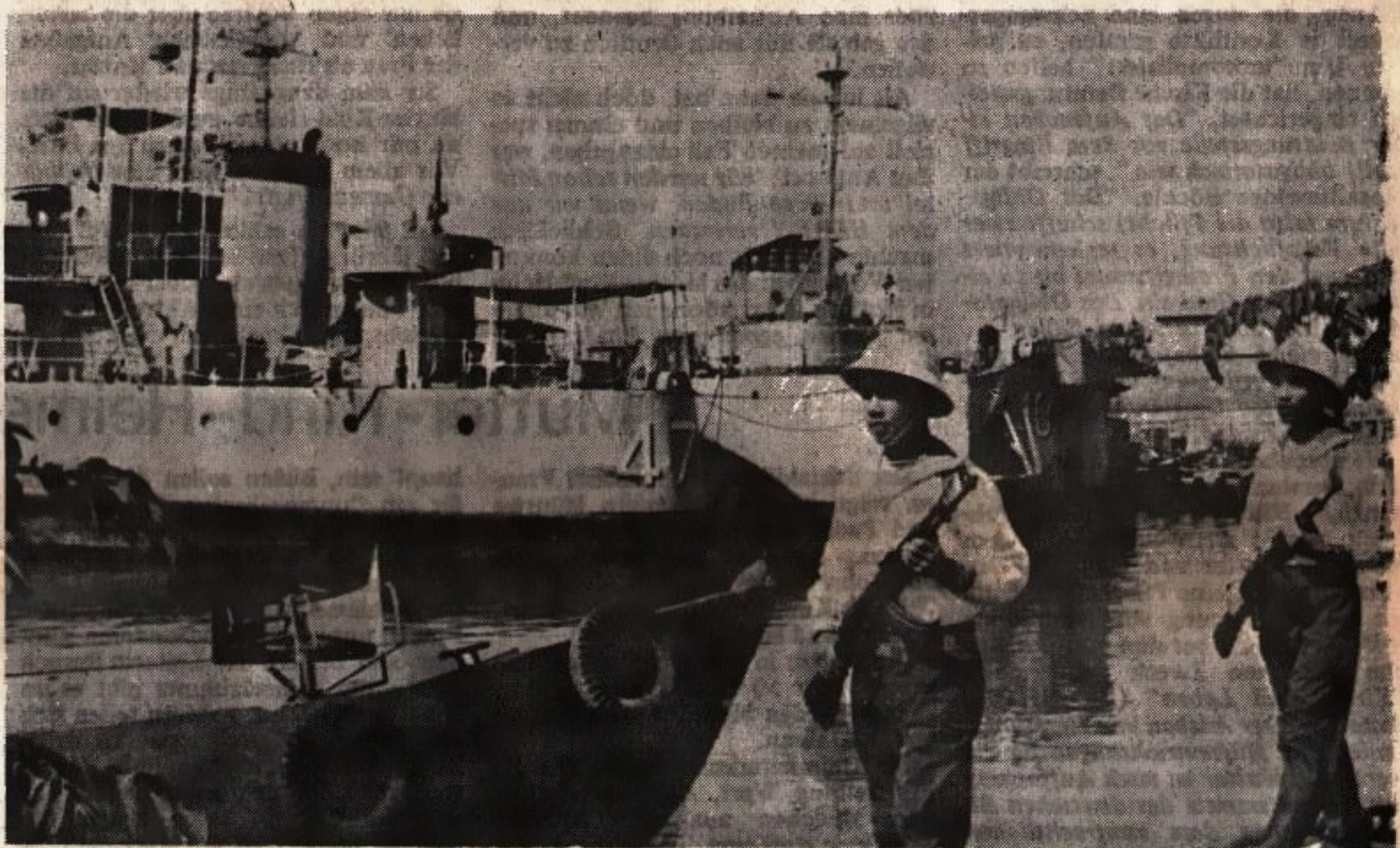
Leutnant Hoang war mein engster Freund an Bord. Ich zog ihn in eine Ecke und fragte ihn: "Was machen wir jetzt?" – "Ich verstehe nicht, was du meinst", antwortete er. Ich sah im direkt ins Gesicht und sagte: "Wir müssen zum Festland zurück!" Überrumpelt starrte Hoang mich an und ging dann ohne ein Wort. Kapitän Duong hatte jedes Treffen, auch zwischen zwei Leuten, an Bord verboten.

Nach einigen Schritten kehrte Hoang jedoch zurück und sagte zu mir: "Dein Plan ist mutig, aber zu abenteuerlich, denn ..." Er beendete seinen Satz nicht, sondern zeigte auf die Kabine des Kapitäns. Ich ballte meine Faust, als würde ich sagen: "Wir werden Hackfleisch aus ihm machen." Hoang nickte verständig.

Von diesem Augenblick an begannen wir die Gefühle eines jeden an Bord zu untersuchen. Hoang saß auf Deck und sang das traditionelle vietnamesische Lied Vong co, während ich mit anderen Matrosen über Saigon und Vietnam sprach. Natürlich konnten wir nur wenige Worte wechseln. Meine Absicht war, ihr Heimweh zu wecken und ihren Patriotismus. Und obwohl ich selbst keine Vorstellung davon hatte, was aus uns werden würde, so stützte ich mich auf das, was ich heimlich von Radio Saigon-Befreiung gehört hatte, um meine Gesprächspartner von der Versöhnungsbereitschaft der Revolution zu überzeugen. Einigen der zuverlässigsten der Mannschaft deutete ich an: "Lieber in der Heimat sterben als den Yankees dienen und ihren Whisky trinken!"

Entgegen meiner Erwartung verstanden mich diejenigen, zu denen ich sprach, sehr gut und stimmten dem zu, nach Saigon zurückzukehren. Der Matrose Nguyen Van Luong sagte: "Erschieße mich, wenn ich was falsches mache. Aber ich möchte auf der Stelle zurück nach Saigon."

Nach zwei Tagen Untersuchung wußte ich: Von 17 an Bord waren 12 bereit, mir in die Meuterei zu folgen. Was für ein ermutigendes Verhältnis! Das Haupthindernis war Kapitän Duong – jetzt unser Feind. Wenn er gewußt hätte, daß wir ein Komplott schmiedeten, um nach Saigon zurückzusegeln, wäre er bereit gewesen, uns alle zu erschießen. So mußten wir den günstigsten Zeitpunkt abwarten.



Im Hafen von Saigon: Die Schiffe der Marionettenarmee gehören jetzt dem Volk

Am 6. Mai 1975 legte unser Schiff in Singapore an, um Nahrung und Treibstoff aufzunehmen. Wir beschlossen, hier zu handeln. Aber die Marine von Singapore bewachte uns Tag und Nacht, so daß wir nichts unternehmen konnten und weiter warten mußten.

Am 8. Mai 1975 beauftragte Kapitän Duong seine engsten Helfer, uns zu beobachten, weil er spürte, daß was in der Luft lag. Er gab Tha den Schlüssel zum Waffenlager. Tha war ein Mann, der für US-Dollar sehr leicht seine Familie und sein Heimatland aufgab.

Dann ging die Reise weiter. Wohin? Wir wußten es nicht, und vor uns lag der weite Ozean ohne Küste in Sicht.

Am 12. Mai 1975 war ich an der Reihe mit dem Dienst auf der Kommandobrücke, von 1 bis 4 Uhr. Wir waren nördlich von Borneo. Das Schiff Nr. 602 war das dritte im Convoi, mit anderen Schiffen vor und hinter uns. Kapitän Duong konnte in Ruhe in seiner Kabine schlafen. Aber für uns war es eine günstige Gelegenheit, und wir handelten sofort in gutem Zusammenspiel.

Ich verlangsamte die Geschwindigkeit des Schiffes und ließ Schiff Nr. 230 vorbei. Als die Entfernung etwa eineinhalb asiatische Meilen betrug, gab ich meinen Waffenbrüdern Aufgaben. Ich werde das Kommando übernehmen. Leutnant Hoang und Duc werden das Schiff nach Vietnam zurücksteuern, und Doanh wird der Kontrolleur sein, Vinh der Steuermann; an Lai Xuan und Meo wurden die Maschinen übertragen; Be sollte Kapitän Duong entwaffnen. Tan, Thank, Nhien sollten darauf achten, daß der Befehl zur Rückkehr nach Vietnam ausgeführt wird, und Luom sollte Kapitän Duong "ausschalten". Als die Aufgaben verteilt waren, befahl ich, die Maschinen zu stoppen, worauf Luom dem Kapitän Duong von einem Maschinenschaden berichtete. Der bestürzte Kapitän lief sofort zur Brücke und rief: "Wieso haben Sie die Fahrt verlangsamt?" "Ein Maschinenschaden", sagte ich und fügte hinzu: "Wir suchen schon nach der Ursache. Die Geschwindigkeit ist geringer, weil die Motoren sonst zu heiß sind."

Als er bemerkte, daß Schiff Nr. 602 weit hinter den Konvoi zurückgefallen war, war Duong sichtlich erschreckt. Er stürzte zum Signalraum, wahrscheinlich, um ein SOS-Zeichen abzugeben. Aber Luom hieb ihm rasch seinen Schraubenschlüssel über den Kopf. Duong brach zusammen, versuchte aber wieder hochzukommen und packte mich an den Hüften, um mich über Bord zu stoßen. Mit Luoms Hilfe konnte ich mich jedoch befreien, und in weniger als 30 Sekunden flog er über Bord.

Sofort ließ ich Tha antreten und den Schlüssel zur Waffenkammer herausgeben. Waffen wurden verteilt an alle Meuterer, um gegen eventuelle Verfolgungsschiffe kämpfen zu können. Ich drehte die Geschwindigkeit hoch, um das Schiff aus dem Radarbereich des Flaggschiffs Nr. 330 zu bringen. Nach fünf nautischen Meilen wurden wir aber wieder ausgemacht. Schiff Nr. 330 war in der Verfolgung knapp hinter uns und schoß mit 76,2 Millimeter- und 40 Millimeter-Geschossen nach uns. Das brachte uns aber nicht von unserer Route ab.

Wir segelten mit vollem Dampf und pflügten wie wild das Wasser. Die Mechaniker mußten die Motoren mit allen Mitteln, die ihnen zur Verfügung standen, kühlen, z.B. pumpten sie Sauerstoff auf sie. Ich befahl, in der Zwischenzeit auf die Verfolger zu schießen, um sie abzuschrecken.

Als wir dann aus ihrem Radarbereich heraus waren, umarmten wir uns vor Freude. Das Verfolgungsschiff wagte es nicht länger, uns zu verfolgen. Viertel nach Fünf am 12. Mai war es, als wir uns unseren Gewässern näherten. Wir hatten das Gefühl, als würden die Wellen vor uns vor Freude tanzen.

Von da an konnten wir alle drei volle Tage nicht mehr schlafen, und alle außer Leutnant Huy, Ha, Ma, Duc, Hoai, die unten festgehalten wurden, weil sie gegen unsere Aktion waren, blieben auf Deck. Von der Brücke rief ich: "Con Son! Brüder, ich habe den Leuchtturm von Con Son gesehen!" Alle waren glücklich. Es war der 15. Mai 1975, 23 Uhr.

Aus dem Zentralorgan der FNL, "Südvietnam im Kampf", Nr. 306 vom 23. Juni 1975

PLO beschließt Steigerung des Kampfes gegen den Zionistenstaat Israel

Der Exekutivausschuß der Palästinensischen Befreiungsfront (PLO) hat auf seiner jüngsten Sitzung beschlossen, "Operationen mit Waffengewalt gegen Israel zu steigern und die Anstrengungen zu verstärken, den jüdischen Staat aus internationalen Organisationen auszuschließen" (nach: Süddeutsche Zeitung vom 12. August).

Demonstration in Madrid

Am 23. Juli demonstrierten 2 000 Menschen in der spanischen Hauptstadt Madrid gegen die vom Staatsanwalt geforderten Todesurteile in Militärprozessen. Der Beginn der Prozesse wird jetzt Ende September erwartet. Die Demonstration, zu der neben der MCE (Kommunistische Bewegung Spaniens) verschiedene andere politische Organisationen aufgerufen hatten, war auch deshalb ein Erfolg, weil es der Guardia Civil nicht gelang, Massenverhaftungen vorzunehmen.

USA: 880 000 Arbeiter haben dieses Jahr schon gestreikt

Während des ersten halben Jahres 1975 haben nach einem amerikanischen Regierungsbericht 2 600 Streiks stattgefunden, an denen sich 880 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligten. Diese offiziellen Zahlen, die sicher zu tief angesetzt sind, drücken demnach die gestiegene Kampfkraft der amerikanischen Arbeiterklasse aus. Die Arbeiter kämpfen in der Hauptsache gegen Entlassungen und die Abwälzung der wirtschaftlichen Krise des amerikanischen Monopolkapitals auf ihren Rücken. Nach offiziellen Angaben gibt es inzwischen 8,6 Millionen Arbeitslose in den USA, die höchste Zahl seit dem Zweiten Weltkrieg.

Von einem Streik, den 10 000 Arbeiter auf einer U-Boot-Werft im Bundesstaat Connecticut Anfang Juni organisierten, wird berichtet, es sei der größte Streik, der seit 15 Jahren in diesem Bundesstaat organisiert worden sei. Am 26. April hatten 60 000 Arbeitslose aus verschiedenen Bundesstaaten in Washington auf einer Demonstration Arbeit gefordert. Tausende von Arbeitern der 19 Krankenhäuser New Yorks hatten am 5. Mai gegen die Schließung von 5 Krankenhäusern mit einer Demonstration protestiert. Wegen drohender Entlassungen infolge der Finanzmisere der Stadt New York haben Angehörige aller städtischen Betriebe und der städtischen Verwaltung immer wieder Streiks und Demonstrationen durchgeführt, an denen sich selbst große Teile der Polizei beteiligten. (nach: Hsinhua, 3.8.)

Weniger französische Waffen an Südafrika

Bei seinem Staatsbesuch in Zaire kündigte der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing eine zeitlich befristete Beschränkung der Waffenlieferungen an Südafrika an. Das rassistische Vorster-Regime wurde vom französischen Imperialismus unter anderem mit Hubschraubern, Mirage- und anderen Kampfflugzeugen, Raketen und Panzern ausgerüstet. Entsprechend der Ankündigung des Staatspräsidenten sollen nun nur noch U-Boote und Raketen geliefert werden. Da das weiße Siedlerregime die Mirage-Bomber und die Panhard-Panzer bereits in Lizenz selber herstellt, sollen auch die Lizenzverträge überprüft werden. Der französische Staatspräsident erklärte, "er verurteile 'absolut' die Politik der Rassentrennung, wie sie in Südafrika betrieben wird".

Der französische Imperialismus trägt mit dieser Verringerung seiner Waffenlieferungen an das Vorster-Regime den veränderten Verhältnissen in Afrika Rechnung. In Afrika macht die Befreiung der Völker vom Joch des Kolonialismus, Imperialismus, Neokolonialismus und Rassismus große Fortschritte. Die Befreiung ganz Afrikas steht bevor. Das ist die Ursache für die Maßnahme des französischen Imperialismus. (nach: Süddeutsche Zeitung, 11.8.)

Panama fordert die Rückgabe der Kanalzone

In einem Interview mit der venezolanischen Zeitung "el nacional" vom 3./4. August hat der Regierungschef von Panama, Omar Torrijos Herrera, die Entschlossenheit seiner Regierung bekräftigt, die Souveränität Panamas über die Kanalzone wiederherzustellen und die Militärbasen dort aufzulösen.

In dem Interview heißt es: "Unser Kampf ist ein Kampf für die Unabhängigkeit." "Wir hoffen, daß wir auch die Souveränität über die 500 Quadratmeilen in der Mitte unseres Landes erlangen." "Wir wollen die 14 Militärstützpunkte auflösen, die die Vereinigten Staaten auf unserem Gebiet ohne jede vertragliche Grundlage errichtet haben." "Seit 130 Jahren halten die USA dort ihre Truppen. Das ist eine Zeit, die zu lang ist, um notwendig zu sein."

Der Regierungschef verurteilt in dem Interview die USA, die die Verhandlungen über die Rückgabe der Kanalzone verzögerten: "Wir werden Teilverhandlungen nicht akzeptieren, denn die Souveränität ist unteilbar." In dem Interview wird schließlich festgestellt, daß Panama keine andere Wahl habe als einen langen Weg einzuschlagen, auf dem es mit Blut einen hohen Preis bezahle, wenn die Kanalzone nicht bald zurückgegeben und die 14 Militärstützpunkte aufgelöst würden. (nach: Hsinhua, 4.8.)

Vorhölle für ledige Mütter und ihre Kinder

Wer auf die Hilfe der Kirche angewiesen ist, hat nichts zu lachen

Münster ist eine Stadt, in der die katholische Kirche großen Einfluß hat. Von den über 200 000 Einwohnern sind 70 % katholisch. Der CDU ist bisher das Direktmandat für Münster im Bundestag sicher gewesen. Am Karfreitag 1973 konnte der Münsteraner Bischof Tenhumberg 10 000 Menschen zu einer Demonstration auf dem Domplatz zusammenbringen für die Beibehaltung des § 218. Seit Anfang Juni arbeitet in Münster ein Komitee gegen den § 218. 5 200 Unterschriften gegen den § 218 wurden bisher gesammelt. Die Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe hat eine Untersuchung darüber angestellt, wie die Kirche mit Beratungsstellen Druck auf Frauen ausübt, ihre Kinder auszutragen, und was sich in den kirchlichen Mutter-Kind-Heimen abspielt.



Nicht kleinlich mit dem geborenen Leben, wenn es um die Sache der Kapitalisten geht. Feldgottesdienst im Hitler-Krieg

In einer kirchlichen Mütterberatungsstelle

In ihrem *"Hirtenschreiben vom 25. April 1975 zum Schutz des ungeborenen Lebens"* haben die westdeutschen Bischöfe betont, daß die katholische Kirche sich verpflichtet fühlt, in Not geratenen Menschen, z.B. Frauen, die durch eine Schwangerschaft in Konflikte geraten, zu helfen. Um "unkompliziert" helfen zu können, hat die Kirche Beratungsstellen eingerichtet. *"Das Aufsuchen einer Beratungsstelle vor dem Eingriff (soll) obligatorisch sein"*, schreibt der Moraltheologe Böckle. *"Das Obligatorium (also die Pflicht) schafft zwar eine Verpflichtung, es reglementiert und engt den Freiheitsraum bis zu einem gewissen Grad ein. Das Obligatorium wirkt aber in vielen Fällen ... als befreiend. Es befreit die Frau von falscher Beeinflussung und Rücksichtnahme, unter Umständen auch von Angst und Zwang."*

Versprochen wird den Frauen, die sich beraten lassen wollen, u.a. finanzielle Hilfe für eine größere Wohnung oder Unterbringung in einem Heim für Mutter und Kind, Kostenübernahme für eine Pflegestelle, Hilfe für die Fortsetzung von Ausbildung und Studium. Über den von der Kirche verfolgten Zweck heißt es in *"Kirche und Leben"* (Nr. 28/1971, Seite 1): *"Der Ausbau von Beratungsstellen und Hilfseinrichtungen für die werdende Mutter ist nach Auffassung des Kommissariats der deutschen Bischöfe neben dem strafrechtlichen Verbot des Schwangerschaftsabbruchs 'das einzige Mittel, der Abtreibung entgegenzuwirken'."*

Um herauszufinden, was es mit einer solchen "Beratung" auf sich hat, ließ sich eine Genossin der Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe in Münster "beraten". Hier ihr Bericht.

"Jeder hat ein Gutteil selbst Schuld"

"Noch bevor ich schildern konnte, warum die Austragung der Schwangerschaft zum augenblicklichen Zeitpunkt für mich ganz unzumutbar ist, bat mich die Beraterin um die Angabe meiner Personalien. Als ich mich erst weigerte, bezeichnete sie dies als Voraussetzung für eine Beratung; alle Beratungen müßten nämlich registriert werden. Kein Wunder, wenn es in einer Meldung der 'Frankfurter Rundschau' vom 15. Mai 1975 heißt: 'Die Strafandrohung bei Abtreibung wirke sich in der Praxis so aus, daß viele betroffene Frauen – wenn nicht schon die Abtreibung – so doch auf jeden Fall die Beratung vermeiden werden.'

Erst nachdem ich dann meine Personalien abgegeben hatte, konnte ich meine Lage schildern. Ich bin 27 Jahre alt, Angestellte und lebe bei einem Nettogehalt von 900 DM in einer winzigen Einzimmerwohnung. Die Beziehung zu dem Mann, von dem ich das Kind erwarte, ist aufgelöst. Da meine alleinstehende Mutter krank ist, gibt es niemanden, der sich um das Kind kümmern könnte, auch keine Arbeitskollegen. Die müssen sich mit ihren eigenen Problemen herumschlagen. Ich sagte der Beraterin, meine Situation sei aussichtslos, und deshalb sei mir der Gedanke an eine Abtreibung gekommen. Die Beraterin hielt mir darauf eine Predigt gegen die *'Vernichtung menschlichen Lebens'*. Eine Abtreibung hieße, daß der Mensch sich göttliche Rechte anmaße, denn allein Gott habe das Recht, über Leben und Tod zu entscheiden. Sie redete vom *'Untergang der sittlichen Wertvorstellungen'* – als ob ich persönlich Spaß an einer Abtreibung hätte. Damit war für die Beraterin jede weitere Diskussion über eine Abtreibung beendet, und das gab sie mir auch deutlich zu verstehen.

Als ich sie dann bat, doch nicht so allgemein zu bleiben und einmal speziell auf meinen Fall einzugehen, war ihre Antwort: *'Wir werden schon Mittel und Wege finden, wenn wir nur dem HERRN vertrauen.'* Schließlich machte sie doch noch einen konkreten Vorschlag: das Mutter-Kind-Heim in Nottuln. Dort könne ich *'mit anderen Frauen gemeinsam Kinderpflege erlernen sowie wichtige Kenntnisse in der modernen Haushaltsführung erwerben'*. Was dann mit meiner Ausbildung und meinem Beruf werden solle, fragte ich zurück. *'Da müssen Sie halt mal ein wenig zurückstecken. Sie lernen dafür ja etwas Neues hinzu.'* Als ich einwandte, daß ich von Haushaltsführung und Kinderpflegen doch nicht leben könnte, hielt sie mir einen Vortrag über die 'natürlichen' und 'moralischen' Aufgaben der Frau als Hausfrau und Mutter.

Sie kam dann flugs wieder auf die Mutter-Kind-Heime zurück und legte sie mir noch einmal warm ans Herz. Vor allem herrsche dort eine *'fröhliche Gemeinschaft'*.

Ich wies sie schließlich darauf hin, daß jährlich allein in der Bundesrepublik schätzungsweise über eine Million Frauen sich einer Abtreibung unterzieht, und fragte sie, ob denn da nicht die materiellen Verhältnisse berücksichtigt werden müßten, die so viele Frauen zu Abtreibungen zwingen. Etwas barsch erwiderte sie, das würde ich überhaupt zu einseitig sehen, da müsse man jeden einzelnen Fall genau untersuchen, denn *'jeder hat auch ein gut Teil selbst Schuld'*.

Mir fiel da eine Äußerung des 'Zentralkomitees der deutschen Katholiken' ein, die in der Broschüre 'Für das Leben', Bonn 1974, steht: *'Konfliktsituationen werden nicht in erster Linie dadurch hervorgerufen, daß die Abtreibung unter Strafe gestellt ist. Vielmehr entstehen Konflikte durch die hemmungslose und menschenunwürdige Sexualisierung des öffentlichen Lebens, ... ferner durch eine Geisteshaltung in der Gesellschaft, die Bequemlichkeit und 'guten Ruf' höher achtet als Schutz und Förderung des Lebens. ... mit dem Begriff Selbstbestimmung* (werden) *vor allem die unverantwortliche Gestaltung der geschlechtlichen Beziehungen und übersteigerte sexuelle Ansprüche verdeckt.'*

Ich habe mir dann ausgebeten, über alles noch einmal nachdenken zu dürfen, und ihr auch gesagt, daß ich mir von der Beratung mehr konkrete Hilfe, z.B. bei der Suche nach einer größeren Wohnung, versprochen hätte. Die Beraterin überhörte die Kritik und sprach mir noch einmal Trost zu. Es kämen zu ihr oft nach Jahren Frauen mit ihren Kindern, die ihr versicherten, wie gut ihnen die Kirche geholfen hätte."

So weit der Bericht der Genossin. Bei der Beratung war empfohlen worden das "Mutter-Kind-Heim" in Nottuln mit seiner "fröhlichen Gemeinschaft". Die Genossen sind dem nachgegangen.

Mutter-Kind-Heime im Bistum Münster

Der Sozialdienst katholischer Frauen trägt in den Bistümern Münster und Paderborn neben 53 Beratungsstellen, an die sich 1973 etwa 300 Schwangere wandten, auch drei "Mutter-Kind-Heime" in Wesel, Bocholt und Nottuln.

Die Mütter in den drei Heimen, insgesamt über 50 Frauen, sind in ihrer überwiegenden Mehrheit zwischen 14 und 17 Jahren.

Die Heimleiterinnen legten auf die Feststellung Wert, daß die Frauen und Mädchen aus allen sozialen Schichten stammen.

In Wirklichkeit hatten aber nur zwei Mädchen eine höhere Schule besucht; alle anderen hatten, sofern überhaupt einen Abschluß, einen Hauptschulabschluß. Viele arbeiteten vorher in Verwaltungs- und Pflegeberufen, einige waren Hilfsarbeiterinnen, etliche waren und sind arbeitslos, oft gerade wegen der Schwangerschaft. In ihrer Mehrzahl haben sie ein zerrüttetes Elternhaus und sind unter elenden Umständen aufgewachsen. Viele sind wegen ihrer Schwangerschaft zu Hause rausgeflogen. Die Beziehung zum Freund war fast immer zerbrochen.

Mittellos und oft am Ende ihrer Kraft sind sie von den kirchlichen Beratungsstellen ins Heim gebracht worden.

Unwissenheit stärkt den Glauben

Den Hauptschulabschluß kann man in dem Heim in Nottuln machen, wenn man lange genug dableibt. Mit der Berufsausbildung sieht es in allen Heimen übel aus. Nähen, Haushaltsführung und Kinderpflege, das können die Frauen im Heim lernen und das wird auch als Praktikum anerkannt. Es handelt sich dabei aber weder um eine fachlich qualifizierte noch um eine staatlich anerkannte Ausbildung, sondern um bloße Hilfstätigkeiten, nützlich für das Heim.

Es sei sehr schwierig, so eine Heimleiterin, die Frauen in andere Arbeiten zu vermitteln. Leider würden etliche durch ihre "Arbeitsscheu" immer wieder die Unternehmer vergraulen und ihren Rausschmiß provozieren, behauptete sie.

In dem neu geplanten Heim in Wesel sollen jetzt Auftragsarbeiten für Heimarbeit angestrebt werden. Lehrwerkstätten für eine qualifizierte Ausbildung sind nicht vorgesehen.

Überfluß herrscht dagegen an der religiösen Belehrung. Vor allem auch, daß Abtreibung Mord sei. Bußwallfahrten nach Kevelaar werden unternommen.

Buße soll das Leben im Heim überhaupt sein, Büßen sollen die Frauen für ein "unmoralisches Leben", das die Schwangerschaft verursacht hat. Ausgang ist höchstens bis 23 Uhr. Niemand von den Frauen erhält einen Hausschlüssel. In Wesel können die Frauen nur in einem besonderen Zimmer oder in dem der Leiterin Besuch empfangen. Einzelzimmer gibt es im Haus nur vier, die anderen teilen sich die Frauen zu zweit oder zu dritt. Bleibt doch eine Frau über Nacht weg, muß sie sich am anderen Tag von der Leiterin sagen lassen, die Männer würden sie doch nur ausnutzen, sie solle sich zurückhalten.

Bei der Besichtigung des Hauses in Wesel betonte die Leiterin ständig, daß im Neubau alles besser werden würde. Sich für den augenblicklichen Zustand des Hauses zu schämen, hatte sie auch allen Grund. Die Einzelzimmer – wir haben zwei von vieren gesehen – sahen so aus: etwa zwei Meter breit, vier Meter lang, und darüber eine Dachschräge. Darin standen Bett, Kinderbett, kleiner Schrank, Schreibtisch, Stuhl, Bücherregal und Waschbecken. Dies alles für Mutter und Kind! In einem Raum, der etwa 16 Quadratmeter maß, waren sieben Säuglinge samt ihren Wickeltischen untergebracht. In Bocholt nicht besser: Je sechs Säuglinge müssen in einem Raum von etwa 10 Quadratmetern untergebracht werden. Die Leiterin fürchtet, daß auch der im Bau befindliche Neubau wieder zu eng werden würde.

„Neben der ständigen Gängelung sind die Frauen einer "stillen", aber steten Erziehung zu einem "gottgefälligen" Leben unterworfen. Wichtigste "Freizeitgestaltung": die Heimabende, auf denen der Herr Pastor zu "lebenskundlichen Fragen" Stellung nimmt; in Wesel organisiert er auch ab und zu Gottesdienste im Heim – die Kinder müssen dort aber auf jeden Fall am Sonntag in die Kirche.

"Die Frauen sollen lernen, Selbständigkeit und Aktivität zu entwickeln", sagt die Leiterin in Bocholt. Tatsächlich aber werden sie bevormundet, eingesperrt und in ihrer Entwicklung behindert. *"Was die jungen Mädchen und Frauen hier lernen sollen, ist, Kräfte aus der Mutterrole zu schöpfen und eine positive Bindung zum Kind zu erlangen"*, fährt die Leiterin fort. Ob es gelungen ist, entscheidet sie selbst. Wo es, wie sie meint, nicht gelungen ist, wird das Kind zur Adoption vorgeschlagen. In Nottuln werden sogar bewußt möglichst viele Adoptionen angestrebt, denn, so heißt es, die jungen Frauen *"sind ja nur selten fähig, mit ihrer Situation fertig zu werden und sich dem Kind liebevoll zuzuwenden"*!

In Bocholt besteht die "Förderung der Selbständigkeit" darin, daß versucht wird, die Mädchen und Frauen "unter die Haube" zu bringen. Die Heimleiterin gibt für die Frauen Heiratsannoncen in der Zeitung auf.

Barmherzigkeit für die reichen Sünder

Welch schmutzige Doppelmoral hinter den Vorgängen in diesem Heim steckt, kam bei der Antwort der Leiterin in Nottuln auf die Frage heraus, in welchem Ausmaß noch Kontakte der Frauen zum Vater des Kindes bestünden. Danach haben lediglich vier von den 80 bis 90 Müttern, die in einem Jahr das Heim durchlaufen, noch Kontakte, was aber nicht verwunderlich sei, *"weil des öfteren der Bürgermeister, Arzt oder Lehrer des Dorfes, aus dem das Mädchen stammt, der Kindesvater ist"*. Die Mädchen kommen deshalb häufig von weit her, weil es ja in dieser sauberen Gesellschaft nicht angehen kann, daß die "ehrenwerten Herren" durch einen Skandal ihre gesellschaftliche Stellung und ihren wohldotierten Posten gefährden. Der von der Kirche viel gebrauchte Begriff des "Rechts auf Leben" erfährt hier erst seine angemessene Qualität: Auf der einen Seite ist es das Recht dieser "ehrenwerten Angehörigen" der Kapitalistenklasse (einschließlich des sie umgeben "Lumpenpacks ihrer Politiker, Advokaten und Pfaffen, Leibärzte und Künstler", so das KBW-Programm auf Seite 12) auf ein Leben in "Lust ohne Last", ein Leben als anerkannter Bürger innerhalb dieser "sittlichen Ordnung". Die Produkte dieses Lebens – die Kinder – werden heimlich in solchen Heimen ausgetragen. Bezahlt wird die ganze Sache nicht etwa durch diese Herren selbst, auch nicht von der Kirche, wie sie uns immer glauben machen möchte, sondern von der arbeitenden Bevölkerung vermittels der Pflegesätze für die Kinder durch das jeweilige Sozial- oder Jugendamt oder durch die Mütter selbst. Die katholische Kirche bzw. der Bischof ist nur bereit, hier und dort einmal eine kleinere Summe (gemessen an den gesamten Unkosten) den Heimen zukommen zu lassen, wofür allerdings oftmals Bittbriefe zu schreiben sind!

Auf der anderen Seite bedeutet der Begriff das "Recht" auf Leben der Mütter in unwürdiger Knechtschaft, abhängig von staatlichen Fürsorgesätzen, verborgen und isoliert in Heimen, aber versehen mit der göttlichen Barmherzigkeit durch die Kirche. Es bedeutet auch das "Recht" auf Leben der Kinder in den gleichen unwürdigen Verhältnissen, oft noch bestimmt durch geistige und körperliche Schäden. In Nottuln sind von 46 Kindern 18 schwer geschädigt; 12 Kinder mit spastischen Bewegungslähmungen, die bei intensivem täglichem Training in 90 Prozent der Fälle geheilt werden könnten – nur ist ein solches Trainingsprogramm im Heim nicht abgesichert; ein spastisch Gelähmter, der dauernd an den Rollstuhl gebunden und auf ständige Hilfe angewiesen sein wird; ein Hydrocephalus (Wasserkopf); zwei cerebral geschädigte Kinder (Schwachsinnige), zwei Mongoloide (zärtlich genannt "unsere kleinen Mongölchen").

Fluch über die Armen

Die Erklärung solch katastrophaler Zustände: *"Wissen Sie, jedes fünfte Kind, das bei uns geboren wird, ist ein Gastarbeiterkind (!), und jedes achte wird körperlich oder geistig behindert geboren. So erschreckend sind die Zahlen dann nicht mehr. Hinzu kommt* natürlich, *daß viele der Frauen während der Schwangerschaft herummanipulierten, dazu stark rauchten, so daß es kein Wunder ist, wenn die Kinder mit Schäden zur Welt kommen. Auch die psychische Ablehnung des Kindes, vor allem während der ersten Schwangerschaftsmonate, muß berücksichtigt werden"*, so die Leiterin. Den Frauen, die aufgrund der materiellen und gesellschaftlichen Verhältnisse zum Abtreibungsversuch getrieben wurden und die deshalb geschädigte Kinder zur Welt bringen, hält die Leiterin entgegen: *"Wer Schuld auf sich nimmt, muß dafür auch sühnen"*!

Sühnen sollen aber offensichtlich auch die Kinder, denn die fachliche Versorgung und Betreuung ist in den Heimen völlig unzureichend. So standen z.B. für die 38 Kinder in Wesel eine Kinderkrankenschwester, zwei Erzieherinnen und eine *"tüchtige Hausfrau"* zur Schularbeitenhilfe zur Verfügung.

Angesichts solcher Verhältnisse kann man das Wort des Bischofs Heinrich Tenhumberg *"Kein Kind soll getötet werden, weil es bei uns keinen Platz fände ... Die Kirche stellt ihre Beratungsstellen und Heime zur Verfügung, um fachliche Beratung und menschliche Hilfe zu geben"* nur als Drohung gegenüber den Frauen und Kindern verstehen.

Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Münster